

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Volkswirtschaftliche Aspekte der geplanten EU-
Erweiterung im Vergleich zu früheren
Erweiterungswellen“

Verfasser

Zoran Jelčić

gemeinsam mit

Michael Zaurow

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, im Juli 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

157
Diplomstudium Internationale Betriebswirtschaft
Univ.-Prof. Robert Kunst

Inhalt

1. Einleitung (Jelcic und Zaurow).....	5
2. Kroatien (Jelcic)	6
2.1 Einleitung.....	6
2.3 BIP.....	7
2.4 BIP per cap.....	11
2.5 Wirtschaftsstruktur	12
2.5.1 Industrie	12
2.5.2 Handel	13
2.5.3 Baugewerbe.....	13
2.5.4 Tourismus	14
2.5.5 Verkehr und Transport	15
2.5.6 Landwirtschaft und Fischzucht.....	16
2.6 Arbeitsmarkt.....	17
2.7 Inflation	19
2.8 Wechselkurse	21
2.9 Kapitalmarkt	22
2.10 Investitionen.....	23
2.11 Zahlungsbilanz und Auslandsverschuldung.....	25
3. Mazedonien (Jelcic)	27
3.1 Einleitung.....	27
3.2 Wirtschaft	28
3.3 BIP.....	28
3.4 BIP per cap. (zu KKP).....	29
3.5 Wirtschaftsstruktur	30
3.5.1 Industrie	30
3.5.2 Handel	31
3.5.3 Landwirtschaft.....	32
3.6 Arbeitsmarkt.....	34
3.7 Inflation	35
3.8 Wechselkurse	36
3.9 Investitionen.....	36
4. Türkei (Zaurow)	37

4.1 Fakten	37
4.2 Wirtschaft	38
4.3 BIP	39
4.4 Inflation und internationale Direktinvestitionen	39
4.5 Zollunion	40
4.6 Währung und Preisstabilität	40
4.7 Wirtschaftliche Leistung	41
4.8 Wirtschaftsstruktur	42
4.8.1 Industrie	42
4.8.2 Landwirtschaft	43
4.8.3 Tourismus	43
4.8.4 Handel	44
4.9 Wechselkurs	45
4.10 Bankensystem	46
4.11 Strategischer Ausblick	47
4.11.1 Die Fortschritte in der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien	48
5. Island (Zaurow)	50
5.1 Fakten	50
5.2 Wirtschaft	51
5.3 BIP und BIP per cap	52
5.4 Wirtschaftsstruktur	52
5.4.1 Export und Industrie	52
5.4.2 Tourismus	53
5.4.3 Landwirtschaft	53
5.5 Inflation	54
5.6 Wechselkurse	55
5.7 Islands Beziehung zur EU und Fortschritte über den Beitritt	55
6. Vergleichsländer	58
6.1 Litauen (Jelcic)	58
6.1.1 Einleitung	58
6.1.2 Wirtschaft	58
6.2 Bulgarien(Zaurow)	63
6.2.1 Wirtschaft	63
6.2.2 BIP	65
6.2.3 Konsum	66

6.2.4 Außenhandel	66
6.2.5 Wirtschaftslage.....	67
6.2.6 Entwicklungen seit dem EU-Beitritt 2007	68
6.2.7 Wirtschaftliche Zukunft Bulgariens	68
6.3 Polen (Zaurow)	69
6.3.1 Entwicklung seit dem EU-Beitritt	69
6.4 Malta (Jelcic).....	76
6.4.1 Einleitung.....	76
6.4.2 Wirtschaft	77
6.4.3 Wirtschaftliche Veränderung seit dem Beitritt	80
7. Ansichten von Ökonomen zur Erweiterung der EU (Jelcic und Zaurow).....	82
7.1 Grundlegende Gründe der Erweiterung (Jelcic und Zaurow).....	82
7.1.1 Binnenmarkteffekte (Jelcic).....	85
7.1.2 Handelseffekte (Jelcic).....	87
7.1.3 Faktorwanderung (Jelcic)	88
7.2 Erfahrungen mit der Erweiterung (Jelcic und Zaurow)	89
7.3 Handel in der erweiterten EU (Jelcic).....	94
7.4 Wohlfahrtsanalyse (Zaurow)	95
7.4.1 Kapitalmärkte – Investitionen	97
7.4.2 Arbeitsmarktfreizügigkeit.....	97
7.5 Gemeinsame Währungsunion (EMU) (Jelcic).....	100
8. Schlussfolgerung (Jelcic und Zaurow).....	102
9. Liste der Grafiken	108
Literaturverzeichnis.....	110
Abstract.....	116
Lebenslauf.....	116

1. Einleitung

In unserer Diplomarbeit behandeln wir das Thema „Volkswirtschaftliche Aspekte der geplanten EU-Erweiterung im Vergleich zu früheren Erweiterungswellen“. Die derzeitigen Beitrittskandidaten sowie auch die neuen Mitgliedsländer (seit 2004) haben in den vergangenen Jahren verschiedene wirtschaftliche Entwicklungen durch gemacht. Unsere Absicht ist die Entwicklung von uns ausgewählter Mitgliedsländer seit 2004 zu Evaluieren um sie mit dem derzeitigen Stand der Kandidaten zu vergleichen. Der letztliche Hintergedanke ist unsere Beurteilung ob und inwiefern die Kandidatenländer eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung erfahren können.

Da wir der Meinung sind dass die Kandidatenländer nicht willkürlich mit beliebigen Mitgliedsländern verglichen werden können, haben wir die Vergleichsländer nach vordefinierten Kriterien ausgewählt. Die ausschlaggebenden Kriterien für einen aussagekräftigen Vergleich sind unserer Meinung nach die Größe des Landes (Einwohnerzahl und Fläche), BIP (Bruttoinlandsprodukt)/Kopf und die wirtschaftliche Struktur (Dienstleistungen, Handel, Tourismus, Landwirtschaft,...). Aufgrund einer großen Übereinstimmung dieser Kriterien haben wir für die Kandidatenländer folgende Vergleichsländer ausgesucht. Als geeigneter Vergleichspartner von Kroatien dient Litauen, für Mazedonien ist es Bulgarien, für die Türkei Polen und für Island ein anderer Inselstaat, Malta.

Da wir bei den Kandidatenländern die aktuelle wirtschaftliche Lage erfassen wollten, haben wir bei den Daten hauptsächlich auf die vergangenen drei Jahre zurückgegriffen. Um die Kandidaten genau zu analysieren, haben wir eine Reihe wirtschaftlicher Kennzahlen betrachtet. Diese sind unter anderem das BIP, BIP/Kopf, Wirtschaftsstruktur, Inflation, Arbeitslosigkeit, Wechselkurse, Investitionen sowie die Zahlungsbilanz.

Bei den Vergleichsländern haben wir großen Wert auf die wirtschaftliche Entwicklung seit ihrem Beitritt in die EU (2004) gelegt, um die Veränderung bis heute zu erfassen.

Des Weiteren war uns wichtig einige Meinungen von Ökonomen über die EU-Erweiterung einzuholen. Die grundlegendsten Begriffe wie etwa die Binnenmarkteffekte, Faktorwanderung und Handelseffekte spielen hierbei eine zentrale Rolle.

Schließlich soll festgestellt werden, ob die Kandidaten durch den Beitritt ähnliche Entwicklungsschritte wie deren Vergleichspartner verfolgen werden.

2. Kroatien

2.1 Einleitung

Die Republik Kroatien (Republika Hrvatska) befindet sich im nördlichen Mittelmeerraum, an der Ostküste der Adria. Kroatien grenzt im Norden mit Slowenien und Ungarn, im Osten mit Serbien, im Süden und Osten mit Bosnien und Herzegowina und Montenegro. Nach der letzten Volkszählung aus 2001 hat das Land 4.437.145 Einwohner von denen 779.145 in der Hauptstadt Zagreb angesiedelt sind. Die Amtssprache ist Kroatisch (Hrvatski). Laut der letzten Volkszählung betrachten sich 89,63% der Einwohner als Kroaten, 4,54% als Serben und 5,83% als Angehörige anderer Minderheiten wie Bosniaken, Italiener, Ungaren, Albaner, Slowenen, Tschechen, Roma, Montenegriner, Slowaken und Mazedonier. Die Gesamtfläche des Landes beträgt 87.609 km². (CIA World Factbook Croatia), (Ministarstvo vanjskih poslova i europskih integracija Republike Hrvatske, 2010)

Die Republik Kroatien ist eine parlamentarische Demokratie. Der Präsident von Kroatien ist Prof. Dr. Sc. Ivo Josipovic und die Kanzlerin ist Jadranka Kosor. Seit dem 22. Mai 1992 ist Kroatien Mitglied der Vereinten Nationen. Weiteres ist Kroatien Mitglied des Europarates, der Welthandelsorganisation (WTO), der CEFTA (Central European Free Trade Agreement) sowie der NATO. Seit 2004 hat Kroatien den Status des Kandidaten für den Eintritt in die Europäische Union. (CIA World Factbook Croatia)

2.2 Wirtschaft

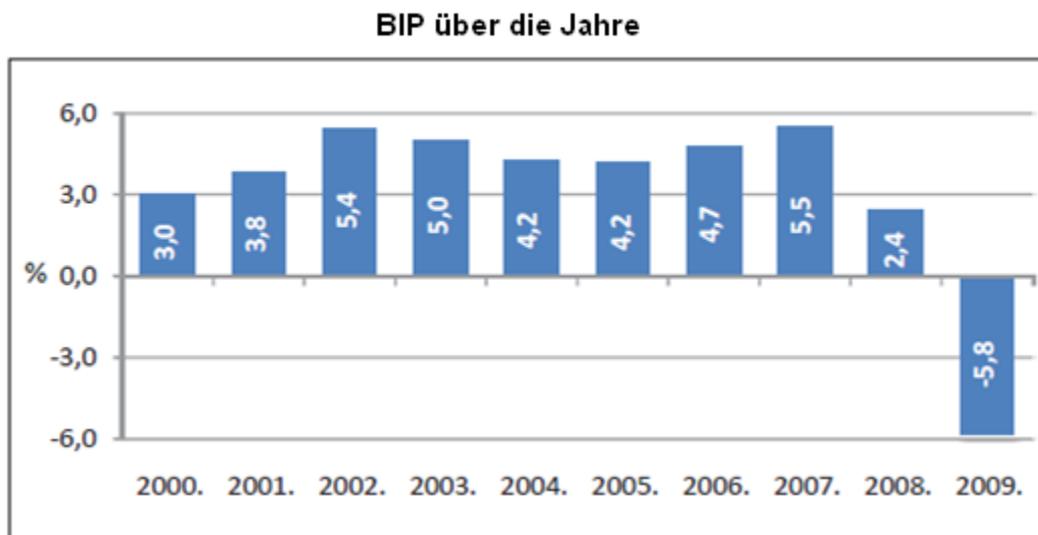
Seit Mitte 2008 kann man auch in Kroatien eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität erkennen, die in der ersten Jahreshälfte 2009 zu einem negativen Wachstum von 6,5% führt. Die Eskalation der globalen Finanzkrise im Herbst 2009 hat den Kroatischen Bankensektor nur in kleinen Ausmaßen durchgeschüttelt, wobei er sich relativ schnell erholt hat. Im Gegensatz dazu befand sich der Realsektor in einer weit schlechteren Situation durch den gleichzeitigen Einsturz der ausländischen und inländischen Nachfrage. Im Jahr 2010 war ein signifikanter Rückgang im Außenhandel, der Industrieproduktion, dem Verkaufshandel und der Bauindustrie zu verzeichnen. Lediglich hatte der Tourismussektor eine günstigere Entwicklung zu verzeichnen als erwartet wurde. Die Folgen der Krise haben sich, wie in vielen anderen Ländern auch, in der verheerenden Situation am Arbeitsmarkt, mit einer registrierten Arbeitslosenrate von 14,2%, manifestiert. Ursachen dieser Entwicklungen sind

größtenteils die globalen Instabilitäten aber auch zum Teil strukturelle Probleme der kroatischen Wirtschaft. Da es keine Anzeichen für eine signifikante Besserung der Entwicklung sowohl auf dem Inländischen als auch auf dem globalen Markt gibt, fiel das Wirtschaftswachstum in Kroatien im Jahr 2010 mit 0,5% relativ nüchtern aus. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.3 BIP

Der Rückgang der gesamten wirtschaftlichen Aktivität oder auch negatives Wachstum in 2009 ist einerseits auf den Trend der Entwicklungen auf dem globalen Markt und andererseits auf andere strukturelle Probleme der kroatischen Wirtschaft zurück zu führen.

Die Jahre 2008 und 2009 waren größtenteils durch eine Verstärkung der globalen Krise gekennzeichnet, welche als Finanzkrise in den USA begonnen und sich auf den globalen Finanzsektor ausgedehnt und danach durch gestörte Geldströme auch auf den real Sektor übertragen hatte. Vereinfacht gesagt hatte der durch die verringerte Kreditaktivität verursachte Geldmangel zu einem Rückgang der Nachfrage geführt welche wiederum die Produktion gedrückt hatte. Die Verringerung der Produktion hat im weiteren Verlauf der Krise eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit und einen Fall der verfügbaren Einnahmen bewirkt was im Gegenzug einen weiteren Rückgang der Nachfrage bewirkte. Fast die gleiche Situation entstand auch in der kroatischen Wirtschaft, mit der Ausnahme dass es in Kroatien nicht zum Einsturz des inländischen Finanzsystems kam, sondern dass der Rückgang der gesamten Nachfrage auf den Rückgang der ausländischen Nachfrage, die verringerte Kapitalverfügbarkeit am ausländischen Markt sowie die Verringerung der Ausgabebereitschaft zurück zu führen ist.



Grafik 1) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), HNB (Kroatische Nationalbank)

Daten internationaler Studien zeigen dass die globale Wachstumsrate von 5,2% in 2007 auf 3% in 2008 und letztlich in 2009 auf – 0,6% gefallen ist. Dabei verzeichneten vier der fünf größten Wirtschaften der Welt, die gemeinsam annähernd 50% des globalen BIP erwirtschaften (USA (-2,4%), Japan (- 5,2%), Deutschland (-5%) und Frankreich (-2,2%)) ein negatives Wachstum (2009) während nur China eine hohe Wachstumsrate von 8,9% (nur 0,9 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2008) verzeichnen konnte. Die Daten für die Europäische Union, den wichtigsten Handelspartner Kroatiens zeigen dass auch auf diesem Gebiet einen bedeutenden Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität verzeichnet wurde. Hatte die Wachstumsrate in der EU 2007 noch 2,9% betragen, waren es 2008 nur noch 0,7% sowie 2009 -4,2%, wobei die größten negativen Wachstumsraten bei der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen vermerkt wurden. Eine wesentlich kleinere negative Wachstumsrate von - 1,7% war bei den privaten Ausgaben verzeichnet während die staatlichen Ausgaben aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise die einzige Kategorie war in der ein Wachstum verzeichnet wurde. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Die gleiche Struktur des kroatischen BIP zeigt dass auch hier die Verringerung bei der Ausfuhr der Güter und Dienstleistungen den größten Einfluss auf den Rückgang des BIP hatten. Weiter muss betont werden, dass der Rückgang der privaten Ausgaben in Kroatien deutlich stärker ausgeprägt war und mit einer Rate von -8,5% mehr Einfluss auf das negative Wirtschaftswachstum hatte als die gesenkten Investitionen in das Fixkapital. Ein weiterer Unterschied zur EU besteht in der deutlich niedrigeren Rate der staatlichen Ausgaben (0,2%) was zeigt dass unter Umständen erschwerter Verschuldung und einer hohen

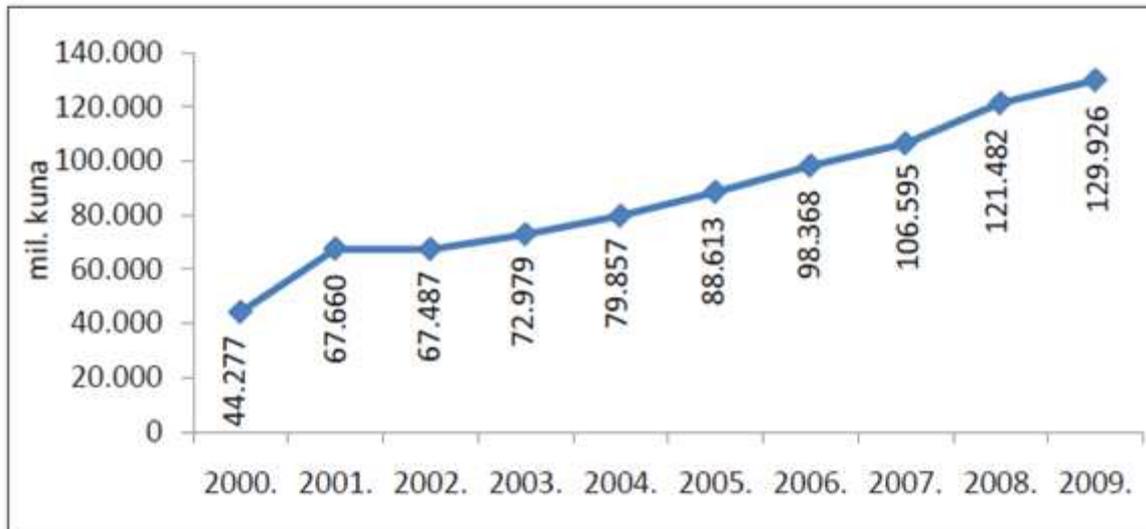
Auslandsverschuldung sowie der niedrigeren laufenden Einnahmen der Staat eine schwächere Antikrisenpolitik verfolgen konnte als dies in der Europäischen Union möglich war.

Der Rückgang bei der Ausfuhr der Güter und Dienstleistungen ist auf die globale Verringerung der Nachfrage und des darauf basierenden Güteraustausches (nach Angaben des IMF (International Monetary Fond) verringerte sich der Güteraustausch 2009 um 11,9% im Vergleich zum Vorjahr) zurück zu führen. Von der gesamten Verringerung der Ausfuhr der Güter und Dienstleistungen in Kroatien beziehen sich 56,3% auf den Rückgang in der Ausfuhr von Gütern und 43,7% auf den Rückgang der Ausfuhr von Dienstleistungen. Bei den Letzteren waren die Einnahmen aus dem Tourismus nominell um 14,6% im Vergleich zu 2008 geringer, wobei auch Rückgänge in den Einnahmen aus Transport und anderen Dienstleistungen verzeichnet wurden. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Die privaten Ausgaben, ein wichtiges Kriterium für die Entwicklung des BIP, erlebten erstmals seit 1999 ein negatives Wachstum von -8,5%. Ursache dafür waren hauptsächlich das reale Wachstum der Nettolöhne von nur 0,2% (das Kleinste in den letzten fünfzehn Jahren), eine Minderung durchschnittlicher Beschäftigungszahlen auf jährlicher Basis von annähernd fünfzig Tausend, kleinere Einnahmen auf dem Kapitalmarkt sowie die stark verlangsamte Kreditverschuldung der Bevölkerung. Die Kredite waren in den letzten Jahren eine bedeutende Kategorie des Wachstums privater Ausgaben und somit des BIP, doch 2009 kam es zu einer Verringerung des gesamten Kreditbetrages der Bevölkerung im Vergleich zum Jahr davor. Anders gesagt war der Rückzahlungsbetrag nach einer langen Periode erstmals grösser als der Betrag der neuen Kreditgenehmigungen. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Neben diesen realen Faktoren haben auch Veränderungen im Ausgabeverhalten Einfluss auf die Verstärkung der Rezession gehabt. Damit hat Kroatien den Trend gut entwickelter Marktwirtschaften wie der EU verfolgt. Die Haushalts-Sparquoten in der EU betragen 2007 nur 10,7%, 2008 schon 11% um 2009 eine hohe Quote von 13,5% zu erreichen. Dieses Verhalten der Verbraucher ist in unsicheren Krisenzeiten verständlich, hat aber einen enormen Einfluss auf den Fall der Nachfrage und die Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität geführt. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

gesamtes angelegtes Sparvermögen der Bevölkerung

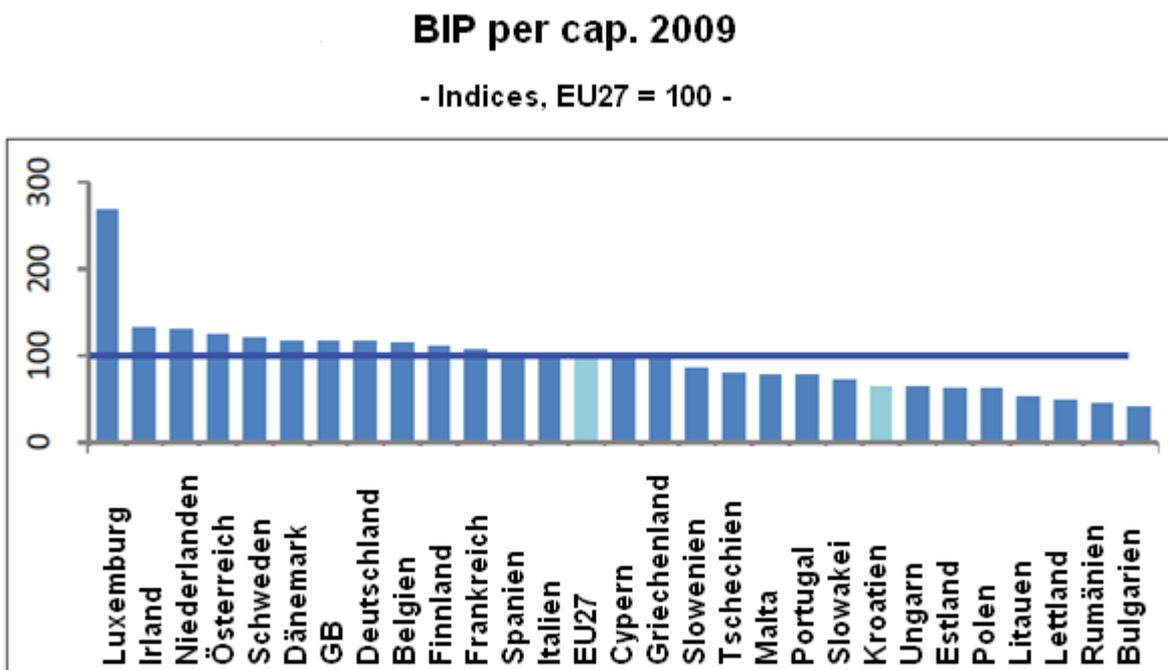


Grafik 2) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), HNB (Kroatische Nationalbank)

In Kontext der Verringerung der inländischen und ausländischen Nachfrage kam es zum Abfall der gesamten Waren und Dienstleistungen. Nach der NKD (Nationale Klassifikation der Gewerbe) nach Gruppen verzeichnete der Gross- und Kleinhandel die stärkste negative Wachstumsrate von -14,3% sowie die Industrie mit - 8,5%. Da diese Gewerbe einen hohen Anteil an der Struktur des BIP darstellen kann man feststellen dass gerade diese den größten Einfluss auf das negative Wachstum des Jahres 2009 hatten. Verringerungen wurden auch beim Transport, Lagerung, Baugewerbe sowie in Hotels und Restaurants verzeichnet, während bei den primären Gewerben, finanzieller Vermittlung, Immobiliengewerbe sowie den öffentlichen Sektoren auf jährlicher Basis ein geringes Wachstum beibehalten werden konnte. Die Analyse der einzelnen Wirtschaftssektoren zeigte das im Zeitabschnitt der günstigen Konjunktur zwischen 2002 und 2007 die leistungsstärksten Gewerbe gerade der Handel mit einem durchschnittlichen Wachstum von 8,1% und das Baugewerbe mit 10,5%. Somit kann man mit Sicherheit feststellen dass die Krise der letzten Jahre einen entscheidenden Einfluss auf die veränderte Struktur des kroatischen BIP hatte. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.4 BIP per cap.

Das steigende Wirtschaftswachstum und die sinkende Natalität in Kroatien haben bis 2007 ein ständiges Wachstum des BIP pro Einwohner bewirkt. Im Jahr 2008 erreichte Kroatien erstmals 63% des durchschnittlichen BIP pro Einwohner in der Europäischen Union. 2009 konnte dieser Anteil leicht auf 64% angehoben werden, im Gegensatz zu vielen EU-Ländern. Trotzdem zeigen diese Daten weiterhin die Notwendigkeit eines dynamisch wachsenden BIP im Sinne einer Erreichung des durchschnittlichen Standards der EU. Das Jahr 2009 und die weiteren Tendenzen zeigten die Empfindlichkeit der Wirtschaft auf globale Entwicklungen sowie strukturelle Probleme der Wirtschaft aufgrund welcher ein bedeutendes Wachstum in den nächsten Jahren fragwürdig erscheint. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)



Grafik 3) Quelle: Eurostat, HGK (kroatische Wirtschaftskammer)

2.5 Wirtschaftsstruktur

2.5.1 Industrie

In der EU beträgt die Industrieproduktion 16,2% des gesamten BIP. In den letzten zwei Jahren kam es hauptsächlich durch den Einfluss der Wirtschaftskrise zu einem Abfall der Bruttowertschöpfung der Industrie, welche in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 anfang und sich 2009 intensiviert hat (-12,4%) und in allen Mitgliedsländern der EU27 verzeichnet wurde. In diesem Kontext sind die Tendenzen der Entwicklung in Kroatien ähnlich denen in der EU. Dennoch ist die Situation in Kroatien spezifisch da während der davor gehenden Periode (Hochkonjunktur am Weltmarkt) die Restrukturierung der Wirtschaft bzw. wirtschaftliche Reformen die in Krisenzeiten die Produktion angekurbelt hätten, nicht durchgeführt wurden. So empfängt die Industrie, vor allem die Verarbeitungsindustrie die Krise mit einem niedrigen Level an Wettbewerbsfähigkeit und Effektivität. Die langjährige Vernachlässigung der Industriepolitik hat neben den immer ungünstigeren Verhältnissen der Krise die Industrie Kroatiens 2009 auf nur etwa 80% der Niveaus von 1990 gebracht. Das ist umso wichtiger als die Industrie, trotz der ungünstigen Entwicklung immer noch der bedeutendste Sektor der Kroatischen Wirtschaft ist. In der gesamten Bruttowertschöpfung hält die Industrie einen Anteil von 19,1% und 16,7% am BIP. Außerdem beziehen sich 95% des Warenaustausches des Außenhandels auf die Industrie, die daneben auch ein Fünftel aller Beschäftigten deckt. Die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie liegt im Vergleich zu 2008 um 9,3% niedriger. Der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie hat nicht allein als Folge der Wirtschaftskrise stattgefunden, es auch ist ein Trend der letzten fünfzehn Jahren (mit Ausnahme der Jahre 2005 und 2007).

Unter solchen Bedingungen war die industrielle Produktion im Jahr 2009 um 9,2% niedriger gegenüber 2008. Allerdings kann eine leichte Verlangsamung der Dynamik des Rückgangs der Produktion in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 festgestellt werden (eigentlich eine Stagnation). Das letzte Jahr war für einige der Zweige ein Wendepunkt in Bezug auf die Unterbrechung eines mehrere Jahre andauernden Wachstums (unter anderem die Produktion von Lebensmitteln, Holzverarbeitung, Chemie und Herstellung von Metallerzeugnissen, und für einige Zweige eine Vertiefung des negativen Trends (Textilindustrie). (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.5.2 Handel

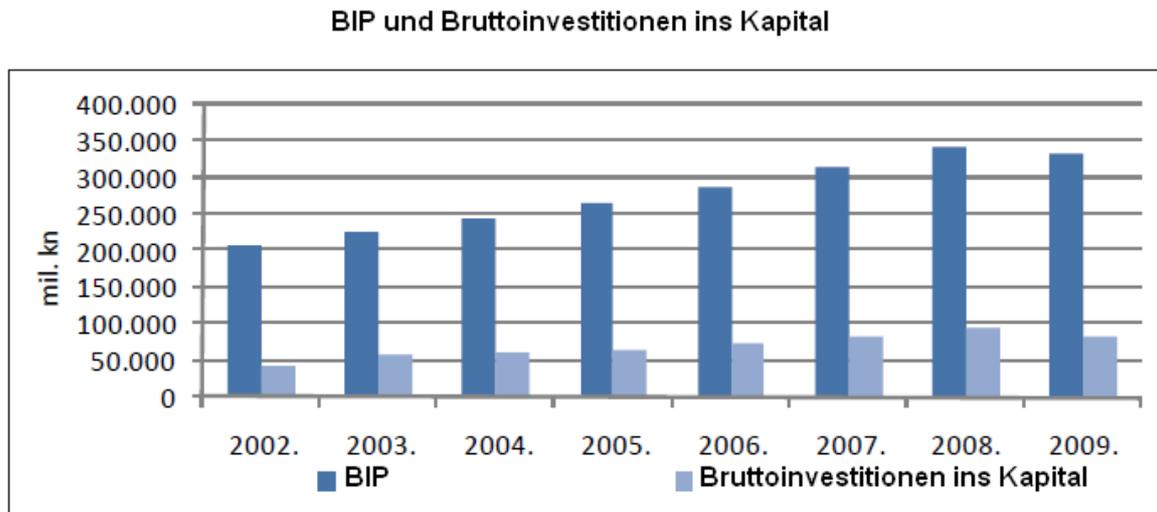
Im Rahmen der Intensivierung der rezessiven Tendenzen des Jahres 2009 wurde ein deutlicher Rückgang im Handel verzeichnet. Obwohl die negativen Trends den Entwicklungen in der Eurozone und der Europäischen Union entsprechen waren die Kontraktionen der Einzelhandelsumsätze in Kroatien weit stärker ausgeprägt. Da der Handel einer der führenden Zweige der kroatischen Wirtschaft ist, hatte sein steil nach unten gerichteter Trend deutlich die Bewegung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität beeinflusst. Im distributiven Handel welcher Aktivitäten von der Anschaffung der Waren beim Hersteller bis zur Endauslieferung beim Konsumenten deckt sind 34% der wirtschaftlichen Subjekte angesiedelt. Der Anteil des distributiven Handels am gesamten BIP war 2009 9,5%, was um 1,1 Prozentpunkte weniger war als 2008. 2010 konnte einer der größten Umsätze beim Großhandel erwirtschaftet werden und zwar 108,7 Milliarden Kuna (14,9 Milliarden Euro). Diesem folgte der Einzelhandel mit 96,1 Milliarden Kuna (13,1 Milliarde Euro). Im Einzelhandel konnte lediglich beim nicht-spezialisiertem Gemischtwarenhandel (vor Allem bei Nahrungsmitteln und Tabakprodukten) ein kleines Wachstum von 1,1% verzeichnet werden. Der Kroatische Einzelhandelsmarkt gilt als moderat konzentrierter Markt. Die zehn größten Supermarktketten beschäftigen mehr als 80 Prozent des Marktes. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.5.3 Baugewerbe

Die verringerte Investitionsaktivität hat sich auch deutlich auf den Abwärtstrend der Bauwirtschaft ausgewirkt. Ähnliche Tendenzen werden allerdings gleichzeitig in der Bauwirtschaft vieler EU-Länder verzeichnet. Auch das Baugewerbe hat in den vergangenen zehn Jahren ein kontinuierliches Wachstum mit einem Anteil am gesamten BIP 2008 von 7,2% verzeichnet. Dieser Anteil hat sich bis September 2009 um 0,2 Prozentpunkte verkleinert. Erst im September 2009 begann ein steilerer Fall der bauwirtschaftlichen Aktivität (durchschnittlicher Rückgang von Sept. bis Dez. war 12%), also mit einer zeitlichen Verzögerung im Vergleich zu anderen Gewerben, was auf in der Vergangenheit geschlossene Verträge für den Bau von Infrastruktur, Sporthallen, Handelszentren und Wohnungen, die schon gesichert und größtenteils finanziell gedeckt waren, zurückzuführen ist. Auf Jahresniveau endete das Jahr 2009 mit einem Fall von -6,5%. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.5.4 Tourismus

Trotz der Krise verbleibt der Tourismus eines der wichtigsten Standbeine kroatischer Wirtschaft. Die Ausländische aber vor Allem die Inländische touristische Nachfrage verminderte sich 2009 auch in Kroatien, nach einem neun Jahre andauernden Wachstum. Dennoch war der Fall der gesamten Anzahl von Touristen (-2,9%) und der Nächtigungen



Grafik 4) Quelle: DZS (Statistikamt Kroatien), HGK (Wirtschaftskammer Kroatien)

(-1,4%) deutlich langsamer verglichen mit dem Großteil europäischer Destinationen, mit Ausnahme von Italien und Griechenland, die ein Wachstum verzeichnen konnten.

Auf jährlicher Basis wurde ein deutlich größerer Fall inländischer Ankünfte (-13%) und Nächtigungen (-10%) als ausländischer Touristen (Ankünfte -0,9%, Nächtigungen -0,2%), bei denen eigentlich eher von Stagnation gesprochen wird, verzeichnet. Ein Wachstum des touristischen Verkehrs entstand nur im Jänner, April, August und September 2009, während in den restlichen Monaten ein Rückgang verzeichnet wurde. Dennoch kam es nicht zu einer Veränderung der Struktur der gesamten Nächtigungen, bei der ausländische Touristen weiterhin annähernd 90% der Nächtigungen verbuchen.

Der Einfluss der Weltwirtschaftskrise macht sich durch eine leichte Veränderung der Struktur der touristischen Nachfrage nach den Herkunftsmärkten bemerkbar. So konnte nur bei wenigen Herkunftsländern ein Anstieg bei den Ankünften und Nächtigungen verbucht werden. Die zehn bedeutendsten Herkunftsmärkte (nach der Anzahl der Nächtigungen) verzeichnen die kleinsten Rückgänge und deren Reihenfolgen nach der verbuchten Anzahl verbleibt die gleiche wie vor 2009: Deutschland, Slowenien, Italien, Österreich, Tschechien, Polen, Niederlanden, Slowakei, Ungarn und Frankreich. Die deutschen Touristen

verzeichneten einen Wachstumsrekord der letzten acht Jahre (4%) mit einer Gesamtanzahl der Nächtigungen von 11,4 Millionen (Rekord der letzten zehn Jahre). Im Jahr 2010 setzte sich der Trend einer wachsenden Anzahl von vier und fünf Sterne Hotels (2008 gab es noch 22% vier Sterne Hotels und 3% fünf Sterne Hotels, 2009 waren es dann 24% und 4%). Etwa 60 Tage beträgt die durchschnittliche volle Belegung der touristischen Kapazitäten (899.126 Betten). Die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus betrugen 2009 6,36 Milliarden Euro, was 14,6% weniger ist als 2008 und einen Bruch mit dem Trend der letzten vier Jahre darstellt. Gleichzeitig war die Netto Deviseneinnahme aus dem Tourismus um 15,6% kleiner während die Verringerung des Warendefizits 31,5% im Vergleich zu 2008 betrug. Eine deutlich kleinerer Rückgang der Netto Deviseneinnahmen aus dem Tourismus als die des Warendefizits führte zum ersten Wachstum der Deckung des Warendefizits aus den Einnahmen aus dem Tourismus seit 2005 (um 12,4 Prozentpunkte mehr also 76,4%). (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.5.5 Verkehr und Transport

Dieses Gewerbe beteiligt sich am Entstehen des kroatischen BIP mit durchschnittlich 7,6% innerhalb der letzten zehn Jahre mit einer sinkenden Tendenz der letzten zwei Jahre. Das ist eines der Gewerbe das besonders elastisch auf Veränderungen am internationalen und inländischen Markt besonders im Bezug auf Warentransporte. Unter den Bedingungen der globalen aber auch nationalen Wirtschaftskrise hat sich der Personen und Warenverkehr vermindert und somit auch die Bruttowertschöpfung und das BIP.

Nach einer sechsjährigen Wachstumsphase wurden 2009 146 Millionen Passagiere befördert, 1,5% weniger als 2008. Dabei verzeichnete lediglich der Bahnverkehr ein Wachstum während alle anderen Transportmittel Rückgänge erfahren mussten. Für den Straßenverkehr war das Jahr 2009 nur ein weiteres von vier Jahren mit Abwärtstrend, für den Luft, See und Küstenverkehr jedoch war das der erste Rückgang nach einer langjährigen Wachstumsphase. Der Passagierverkehr auf den Flughäfen fiel auf jährlicher Basis um 6,6% erstmals seit 1999. Die kroatischen Analytiker führen das auf Empfehlungen vieler Länder auf Verbringung des Urlaubs im Heimatland um den dortigen Tourismus anzukurbeln. Auch das Wachstum beim Bahnverkehr (2,8%) ist 2010 das kleinste der letzten vier Jahre und im Vergleich zum Jahr 2009 (12,4%) beträchtlich kleiner. Das langjährige Wachstum beim Bahnverkehr und der Fall des Straßenverkehrs bewirkt dass in den letzten zwei Jahren die Hälfte der Passagiere mit der Bahn befördert wurde. Dennoch ist der Straßenverkehr weiterhin bei der Warenbeförderung dominant, obwohl auch hier 2009 ein langjähriger Aufwärtstrend unterbrochen wurde

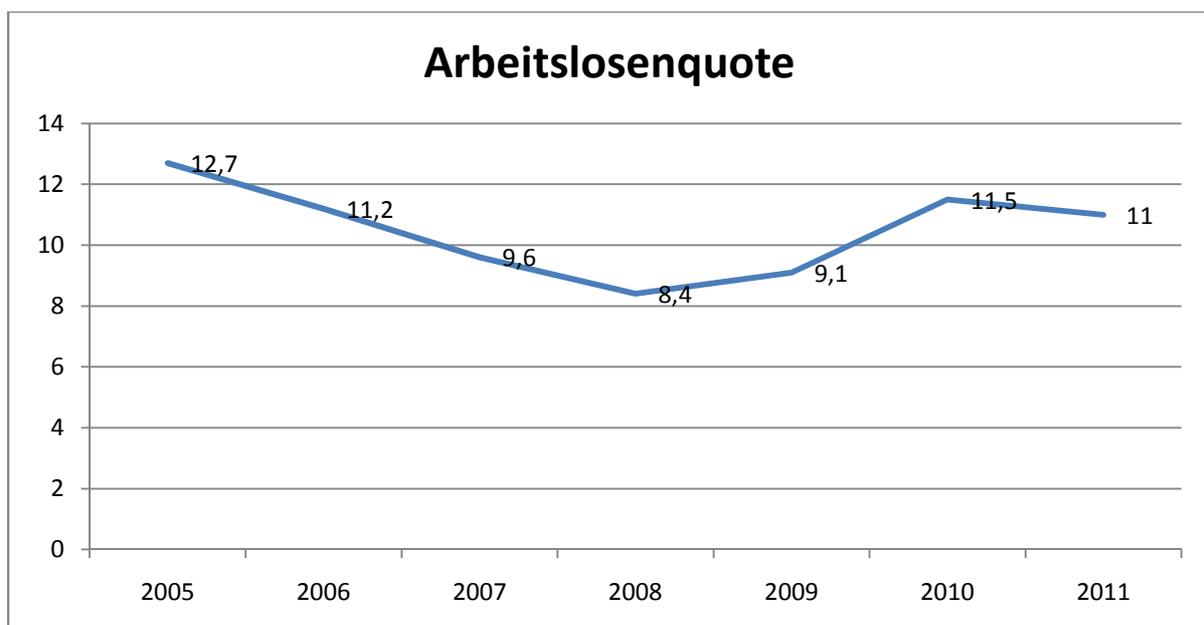
(insgesamt wurde 145,5 Millionen Tonnen Waren, was um 12,1% weniger ist als 2008 transportiert). So ist beim Warenverkehr deutlicher der Einfluss der Wirtschaftskrise als beim Personenverkehr zu erkennen, da die Dynamik des Rückgangs schneller ist. Negative Wachstumsraten der beförderten Waren sind in allen Segmenten beobachtbar außer beim Seeverkehr und Pipeline-Transport (Beförderte Öl Menge wuchs, die von Erdgas sank). (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.5.6 Landwirtschaft und Fischzucht

Die Landwirtschaft stellt 7,4% des kroatischen BIP und beschäftigt 14,2% der Arbeitskraft. Von 2,7 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Oberfläche wird etwa 1,1 Millionen Hektar genutzt, der Rest ist ungenutzt oder im Staatseigentum. Die Durchschnittliche Größe eines Landwirtschaftlichen Grunds ist 1,9 Hektar. 2008 haben die Landwirtschaft, Fischzucht und Forstwirtschaft ein bedeutendes Wachstum verzeichnet. Bei der Landwirtschaft ist das auf das vermehrte Wachstum der Ausfuhr von Mais und Getreide die auf gute Ernten beruhen zurückzuführen. Auch die Ausfuhr der Zuchtfische wurde vergrößert. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.6 Arbeitsmarkt

Obwohl sich die Wirtschaftskrise, im Sinne des Wachstums der Arbeitslosigkeit, auf den Arbeitsmarkt mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ausgewirkt hat, waren die ersten Anzeichen einer schwächeren positiven Entwicklung schon im Jahr 2008, besonders im zweiten Teil sichtbar. Unter Umständen des verlangsamten gesamten Wirtschaftswachstums wurde die Dynamik der Verminderung der Arbeitslosigkeit immer schwächer. Besonders betont wurde das im letzten Quartal 2009 mit einem Wachstum der Arbeitslosigkeit das bedeutender ausfiel als die durchschnittlichen Saisonentwicklungen. Mit dem Fall der Nachfrage war die Politik der Unternehmen auf Verringerung der Produktion und der Kosten gerichtet, was sich natürlich auch auf die Personalkosten ausgewirkt hat. Erst hat sich das in der Zurückhaltung bei der Beschäftigung neuer und später auch bei der Entlassung der Arbeitskraft manifestiert. Im Februar 2009 fing die Beschäftigungsrate an zu sinken und die Arbeitslosenrate zu steigen und dieser Trend verschärfte sich gegen Ende des Jahres. Der wichtigste Kanal für den Mitarbeiterabbau war der Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit: auf diese Weise wurden 2009 116.300 Personen freigesetzt, 23.800 mehr als im Vorjahr. Damit verringerte sich der Anteil der Beschäftigten mit begrenztem Arbeitsvertrag auf 12% im Vergleich zu 13,2% in 2008. Kroatien ist bezüglich des Anteils der Beschäftigten mit begrenztem Arbeitsvertrag unter dem EU-Durchschnitt (14%). (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)



Grafik 5) Quelle: Eurostat und Economic Forecasts der Europäischen Kommission, Frühjahr 2010 (Statistical Annex of European Economy)

Daneben wurden Arbeitnehmer auch als überflüssige Kosten aufgrund des verringerten Geschäftsvolumens abgebaut: insgesamt 71.600 (2010) was sogar 36.600 mehr ist als im Vorjahr. Die übliche Kurve der Entwicklung der Arbeitslosigkeit während des Jahres (die aufgrund von saisonaler Beschäftigung auftritt) war im Jahr 2009 deutlich steiler im Aufstieg und deutlich flacher im Abstieg. Dabei blieb die saisonale Beschäftigung auf dem Niveau durchschnittlicher Jahre: bei saisonalen Arbeitsplätzen waren 25.300 Personen beschäftigt, 4% mehr als im Vorjahr. Dennoch wirkte die saisonale Beschäftigung auf die gesamte Zahl der Arbeitslosen erst im April und dauerte nur drei Monate.

Im Zuge des Falls der wirtschaftlichen Aktivität während des Jahres 2009, wuchs vor Allem die Zahl der Arbeitslosen Jugend was auf die Zurückhaltung der Arbeitgeber als Maßnahme zur Anpassung auf die Wirtschaftskrise. Auf den gesamten Anstieg der durchschnittlichen Zahl der Arbeitslosen beziehen sich 47,5% auf jüngere als 30 Jahre. Nach Angaben des kroatischen Arbeitsamtes stammen 45.200 Arbeitslose aus der Verarbeitungsindustrie, 44.800 aus dem Handel, 33.100 aus dem Tourismus (Hotels und Restaurants) und 27.400 aus der Bauwirtschaft. Das kroatische Arbeitsamt belegte eine weitaus bescheidenere Neubeschäftigung als in den vergangenen Jahren. Insgesamt wurden 118.300 Personen beschäftigt, was etwa 10.000 weniger ist als im Vorjahr. Die größten Probleme traten im Handel auf, wo beinahe vier Tausend Personen weniger angestellt wurden als im Vorjahr. Die Arbeitslosenrate von 9,1% positioniert 2009 Kroatien in der Nähe des EU-Durchschnitts. Diese Rate ist sogar kleiner als der Durchschnitt der Eurozone und nur 0,2 Prozentpunkte größer als der EU-Durchschnitt. Dabei ist zu betonen dass 2008 Kroatien eine größere Arbeitslosenquote (8,4%) als alle anderen mit Ausnahme von der Slowakei und Spanien hatte. Das ist eine Widerspiegelung der momentanen Krise, die gemäß der Struktur und Charakteristik der Wirtschaft (Produktivität und Flexibilität am Markt) manche Länder schneller traf und manche, zu denen anscheinend auch Kroatien gehört, werden die Konsequenzen erst später und längerfristiger treffen. Obwohl die allgemeine Entwicklung des Arbeitsmarkts im Rahmen eines stärkeren Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren günstig schien, detailliertere Analyse zeigt ein völlig anderes Bild. Zunächst hat die Struktur des Kontingents der Arbeitslosen einen hohen Anteil älterer Arbeitsloser (etwa 30% über 50 Jahre), langfristige Arbeitsuchende (mehr als ein Drittel länger als drei Jahre), Jugendliche (unter 29 Jahren über 30%) und fast ein Drittel mit nur Volksschulbildung. Dies weist auf die Schwächen des Bildungssystems und die Bedürfnisse des Realsektors nach Sektor-spezifischen Arbeitskräften, niedrige Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und alles im Zusammenhang mit einem allgemeinen Mangel an wirtschaftlichen Strategie und

Vision. Das grundlegende Problem liegt eigentlich nicht im Kontingent der Arbeitslosen, sondern im ungünstigen Verhältnis der Arbeitskraft und der arbeitsfähigen Bevölkerung. Während des größten Wirtschaftswachstums und Falls der Arbeitslosigkeit konnte ein bedeutender Anstieg inaktiver Bevölkerung beobachtet werden. Zwischen 2005 und 2008 fiel die Arbeitslosenquote um 4,7 Prozentpunkte, die Erwerbstätigenquote wuchs um 2,1 Prozentpunkte, während die aktive Bevölkerung um 47,5 Tausend sank und die inaktive Bevölkerung um 165 Tausend wuchs. Die Beschäftigungsquote von 56,6% in Kroatien liegt etwa acht Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der EU. Bessere Resultate zeigt auch nicht die Aktivitätsquote, die in Kroatien 62,4% fast zehn Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt liegt. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.7 Inflation

Der Inflationsdruck im Jahr 2009 wurde im Rahmen des deutlichen Rückgangs der Konsumausgaben reduziert. Die Rohölpreise aber auch andere Rohstoffe auf den Weltmärkten sind nach Erreichen eines mehrjährigen Maximum in der ersten Hälfte des Jahres 2008 mit der Eskalation der finanziellen Krise in den USA im letzten Quartal stark gefallen. Der Preis für Rohöl dessen historisch hohes Niveau von rund 145 USD je Barrel im Juli 2008 fiel bis Ende des Jahres auf ein Viertel (ca. 33 USD / Barrel).

Die Einzelhandelspreise von Öl-Derivate bewegten sich auf dem kroatischen Markt im Abwärtstrend mit einer etwas kleineren Steigung. Der Rückgang der Durchschnittspreise von Motorenbenzin belief sich auf 21%, 12% Dieselkraftstoff und Heizöl 28%. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Gleichzeitig bewirkte die Aufrechterhaltung eines stabilen Wechselkurses gegenüber dem Euro (leichte Abwertung der Kuna von 1,6%) eine Stabilisation der Inflationserwartungen und der Preise der Waren die aus der Eurozone eingeführt werden (der wichtigste Import Markt in Kroatien) im Kontext des stärkeren deflationären Drucks welcher dort überwiegt. Die zwischenjährlichen Veränderungen der Preise der hergestellten Produktion in der Eurozone sowie der gesamten Europäischen Union hatten das ganze Jahr ein negatives Vorzeichen (Jahresdurchschnitt der WWU -1,3%, -0,4% EU). Daher gab es von der Seite keinen mit dem Import verbundenen inflationären Druck (in der Tat waren die Einfuhrpreise deflatorisch). (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

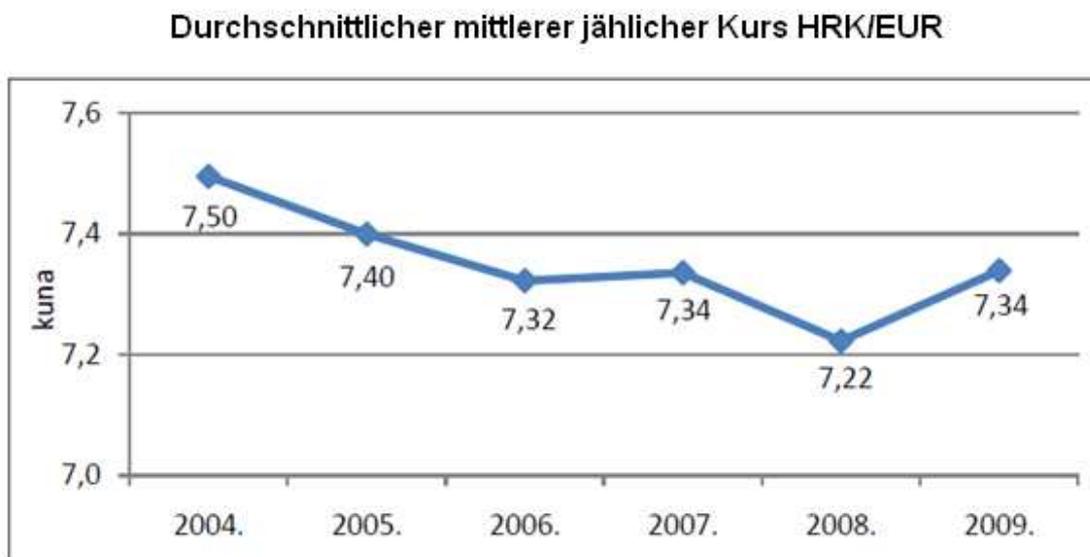
Dennoch wurde in Kroatien ein Anstieg der Verbraucherpreise realisiert obwohl das der kleinste Anstieg der letzten fünf Jahre war (durchschnittlich 2,4%). Der Inflationsdruck auf den Verbraucherpreisindex wurde durch das Preiswachstum auf der Grundlage administrativer Beschlüsse erreicht: Gaspreise für private Haushalte und Gesundheitswesen welche Anfang des Jahres 2009 erhöht wurden sowie Tabakwaren durch Anpassungen an die EU-Verbrauchsteuerpolitik. In der ersten Hälfte des Jahres haben auch die Strompreiserhöhung und die Preise der Lebensmittel die auf jährlichem Niveau bis August gestiegen sind, mit gewirkt. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Dem angepasst ist auch die Kurve des jährlichen Inflationsniveaus von 2009: vom Maximum am Anfang des Jahres (in Februar 4,2%) bis zum Minimum Anfang des dritten Quartals (1% im September) sowie die Ausbalancierung bei etwa 2% bis zum Ende des Jahres. In den grundlegenden Charakteristiken ähnelt die Inflationskurve der aus dem EU-Gebiet jedoch mit größeren Spannweiten und auf höheren Niveaus.

Die entwickelten Mitgliedstaaten der EU haben einen starken deflatorischen Druck erfahren, vor Allem in der zweiten Jahreshälfte als bei vielen eine Verringerung der Preise über mehrere Monate beobachtet wurde. Im Gegensatz dazu ist die Deflation in Kroatien in absehbarer Zeit keine Bedrohung weil Kroatien im Prozess der EU-Angliederung und besonders nach dieser mit einer weiteren Liberalisierung der Preise rechnen muss, wobei längerfristig eine Konvergenz an die Preise der EU erwartet wird. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.8 Wechselkurse

Obwohl es 2009 zu der größten Abwertung der Kuna seit 2003 kam, wurde eine hohe Stabilität des Kurses zu der gemeinsamen Europäischen Währung beibehalten. Das grundlegende Ziel der monetären Politik in 2009 blieb die Stabilität des Kurses und der Preise, wobei der Kurs nicht, wie in einigen Ländern (Polen – Abwertung der inländischen Valuta um -23,2%) zum Ziel der Verringerung negativer Effekte der Krise genutzt wurde.



Grafik 6) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), HNB (Kroatische Nationalbank)

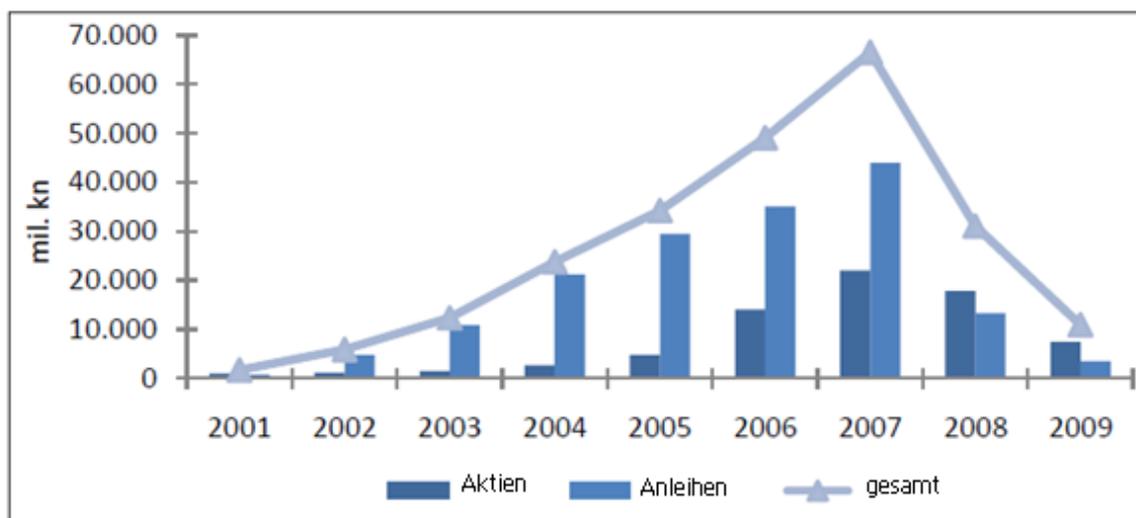
Der Wert der Kuna hielt sich in der ersten Jahreshälfte 2010 auf etwas niedrigerem Niveau, worauf hin es im Mai zu einer ausgeprägten Aufwertung der Kuna kam, welche während der touristischen Saison aber auch danach den Kurs der Kuna im Vergleich zum Euro auf etwas höheren Niveau hielt. Der Wert des Euro hat so zwischen 7,22 und 7,49 Kuna variiert, wobei diese Schwankung etwas weiter ausfiel als in den Jahren 2008 und 2009 aber dennoch innerhalb des Durchschnitts der letzten fünf Jahre liegt. Der durchschnittliche jährliche Kurs des Euro betrug 7,34 Kuna und war 1,6% höher als im Vorjahr was größtenteils der etwas stärkeren Abwertung der Kuna im Dezember 2008 zu zuschreiben ist. Auf den Kurs wirkte in der ersten Jahreshälfte 2009 das verringerte Devisenangebot, aber im weiteren Verlauf des Jahres hat sich das Devisenangebot stabilisiert. Auf den Kurs wirkte nun die hohe Liquidität der Kuna am Geldmarkt. Unter dem Einfluss der Krise verringerte sich die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen was sich auf eine deutlich verkleinerte Nachfrage nach der Kuna auswirkte. Der stabile Devisenmarkt und die normale saisonale Erhöhung der Devisenzuflüsse führten zu einer Aufwertung der Kuna.

Ein guter Indikator für die Liquidität der Kuna, lag in den Zinssätzen am Finanzmarkt die über die größte Zeit des Jahres wesentlich verringert wurden im Vergleich zum Ende des Jahres 2008. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.9 Kapitalmarkt

Mitte dieses Jahrzehnts wurde ein starker Anstieg des inländischen Kapitalmarkts verzeichnet, was einen großen Teil der Bevölkerung zur Investition in Wertpapiere bewegt hatte. Am Anfang des beobachteten Zeitraumes gab es lediglich einen kleinen Anteil individueller Investoren, jedoch wuchs mit der Zeit das Interesse, unter anderem angekurbelt durch das erstmalige öffentliche Angebot der Aktien der INA (größte kroatische Ölgesellschaft) und HT (kroatische Telekom) (das hat andererseits das Wachstum der Bankeinlagen der Bevölkerung verlangsamt). Das langjährige starke Preiswachstum der inländischen Aktien (über 50% in einigen Jahren) war langfristig nicht aufrecht zu erhalten. Deshalb verzeichnet man schon seit Ende 2007 eine Anpassung der Preise auf dem inländischen Aktienmarkt. Die Eskalation des amerikanischen Finanzmarkts die in eine globale Krise übergegangen ist, resultierte 2008 in einen bedeutenden Wertabfall des Finanzvermögens aller schnell wachsenden Volkswirtschaften. So vermerkten Aktienindices in Kroatien eine bedeutende Verringerung und zahlreiche Investoren verloren einen großen Teil des Kapitals. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Umsatz auf der Börse Zagreb



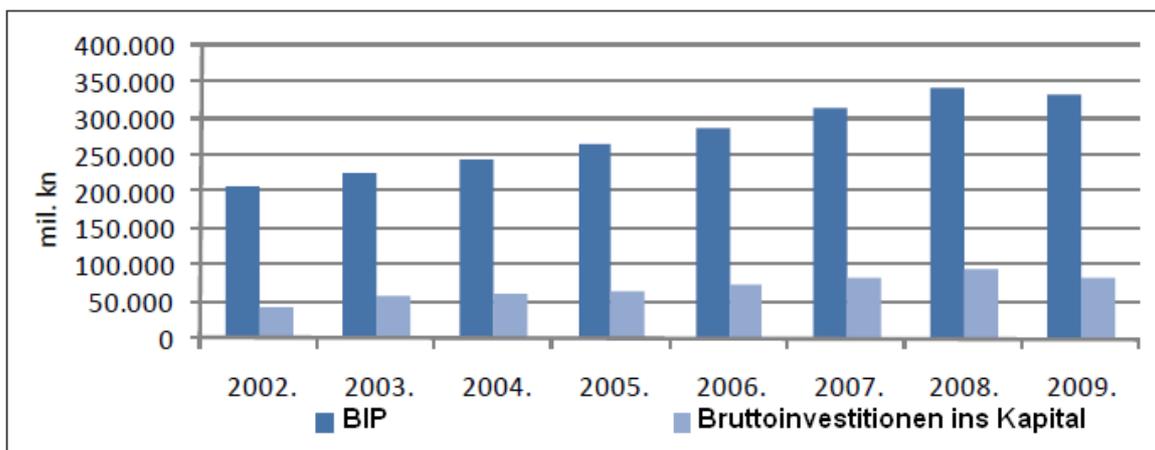
Grafik 7) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), Zagrebacka Burza (Börse Zagreb)

Der Fall der Aktienpreise resultiert im Rückzug eines Teils der Investoren, und deren Rückzug, der Verkauf der Aktien und Verringerung der Liquidität verursachen einen noch stärkeren Fall der Marktpreise, sodass das Nettovermögen der Aktienfonds deutlich verringert wurde. Die Hauptinstitutionen am Kapitalmarkt wurden die verpflichtenden Rentenfonds, die zusammen mit den Banken die größten Anleger in Staatsanleihen und bedeutende Anleger in inländischen Aktien sind. Das zweite Quartal 2009 brachte einen wachsenden Optimismus und eine schrittartige Erholung der Weltfinanzmärkte, vor Allem wegen zahlreicher Angekündigter Pläne der Regierungen und Bankzentren zur Sanierung des Finanzsystems durch fiskale Anreize. Die positiven Trends auf den Weltbörsen haben auch den inländischen Kapitalmarkt beeinflusst, so dass in 2009 trotz eines Rückgangs des jährlichen Aktienumsatzes ein Wachstum des inländischen Aktienindex CROBEX im Vergleich zu 2008 vermerkt wurde. Der Umsatz auf der Börse in Zagreb 2009 war dennoch nur 10,9 Milliarden Kuna was etwa einem Drittel des Umsatzes von 2008 entspricht. Der Umsatz der Anleihen betrug lediglich 3,5 Milliarden Kuna, etwa 74% weniger als im Vorjahr. Der Wert des Anleihenindex CROBIS verringerte sich Anfang des ersten Halbjahres, wuchs aber bis Ende December auf 95,84 Punkte was um 5,8% mehr war als 2008. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.10 Investitionen

2009 wurde der langjährige Wachstumstrend der Bruttoinvestitionen unterbrochen und die Investitionen ins Kapital betragen 82,3 Milliarden Kuna, was um 13% weniger war als 2008.

BIP und Bruttoinvestitionen ins Kapital



Grafik 8) Quelle: DZS (Statistikamt Kroatien), HGK (Wirtschaftskammer Kroatien)

Von 2003 bis 2007 konnte ein Anstieg der Investitionen ins Anlagevermögen (in vier Jahren um über 100% gewachsen), doch schon 2008 wurde der Trend unterbrochen (-22,3%) und konnte 2009 nicht wieder aktiviert werden (-13,3%). Das durchschnittliche jährliche Investitionswachstum bis zur Krise war etwas schneller als das BIP Wachstum, so dass der Anteil der Investitionen am BIP bis 27,6% in 2008 wuchs. In 2009 betrug der Anteil nur noch 24,7%. Im Vergleich zum Wachstum der Einnahmen der Unternehmer (4,9%) und deren Ausgaben (5,1%) war die Dynamik des Investitionswachstums weitaus langsamer (0,33%). In 2009 haben sechs Gewerbe etwa 76% der Mittel in neues Anlagevermögen investiert. Auf erster Stelle war die Verarbeitungsindustrie mit 11 Milliarden Kuna, auf zweiter Stelle das Baugewerbe mit 9,5 Milliarden Kuna, gefolgt vom Handel mit 7,5 Milliarden, Immobilienwirtschaft 3,7 Milliarden, Transport und Lagerung 3,1 Milliarden und Kommunikation mit 3,1 Milliarden Kuna. Andere Gewerbe haben jeweils 2,7 Milliarden oder weniger investiert. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Die globale Finanzkrise hatte einen starken Einfluss auf die Kapitalbewegung so dass die ausländischen Direktinvestitionen 2009 bedeutend gesenkt wurden. So wurde beispielsweise in acht Länder (Kroatien, Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen, Rumänien, Russland und Slowenien) 50,7 Milliarden Euro investiert was 43% weniger ist als 2008. In Kroatien kam es zu einer deutlichen Verlangsamung der Auslandsinvestitionen (auf jährlicher Basis 55,3%), mit nur 1,9 Milliarden Euro ausländischer Direktinvestitionen, womit ein relativ dynamischer Wachstumstrend der letzten vier Jahre unterbrochen wurde. Der größte Teil der Investitionen betraf weiterhin die Investitionen der Eigentümer (75,7%), sonstige Investitionen (25,9%) sowie einbehaltene Gewinne (16,4%).

Auch die Trends im Sinne der Investitionen aus Kroatien ins Ausland haben sich geändert. Nach dem Rekordjahr 2008 wurden 2009 etwa 912 Millionen Euro investiert, was 5,5% weniger war als 2008. Die meisten Mittel wurden in den Niederlanden investiert (62,4%) und in Syrien (31%).

Die meisten Mittel kamen nach Kroatien (2009) aus den Niederlanden (1,1 Milliarden Euro), aus Österreich (420,7 Millionen Euro), Ungarn (154,8 Millionen Euro) und Slowenien (108 Millionen Euro). Etwa 90% (1,7 Milliarden Euro) der gesamten Investitionen wurden in drei Dienstleistungsgewerbe investiert: Großhandel und Handelsvermittlung (39,1%), Finanzvermittlung (35,1%) und andere Dienstleistungsgewerbe (15,9%). In andere Gewerbe wurde nicht mehr als je 7% investiert. Die größten Rückzüge der Investitionen gab es im Gewerbe der Post und Telekommunikation (beinahe 200 Millionen Euro) und der Lebensmittelherstellung (179 Millionen Euro). (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

2.11 Zahlungsbilanz und Auslandsverschuldung

Kroatien erwirtschaftet die letzten fünfzehn Jahre ein Defizit im internationalen Austausch (Ein Überschuss war das letzte Mal 1994 erreicht worden). Das ist ein Abbild der ungünstigen Entwicklung der Warenausfuhr und Einfuhr sowie des begrenzten Wachstums der Deviseneinnahmen aus dem Tourismus, weil die eingeführten Waren durch Außenverschuldung finanziert werden.

Vor einigen Jahren, zur Zeit des stärksten Wirtschaftswachstums, als das nominale BIP im Durchschnitt um 10% stieg, wurde zugleich auch ein starkes nominales Wachstum der Außenverschuldung (14%) und ein Rückgang der wirtschaftlichen Transaktionen mit dem Ausland (durchschnittlich 30%) verzeichnet. Das Krisenjahr 2009 hat statistisch im Sinne einer Erhöhung der internationalen Transaktionen die Lage verbessert. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

Die wachsenden Ausgaben und Einfuhr neben der Vernachlässigung der Produktion und der Ausfuhr hat schrittweise die wirtschaftliche Struktur verformt und die Wettbewerbsfähigkeit verringert. Die immer größer werdende Differenz zwischen den Ausgaben und der Produktion, finanziert durch Verschuldung führte zu einem besorgniserregenden Anteil der Bruttoauslandsverschuldung am BIP. Waren es 1995 noch 17,4% stieg dieser Anteil 2000 auf 53% und letztendlich 2009 auf gefährliche 98,2% des BIP (am Ende des Jahres 2009 waren es 44,6 Milliarden Euro). Die hohe Dynamik des Wachstums der Auslandsverschuldung und das erreichte Niveau welches hoch verschuldeten Länder charakterisiert zwang in den letzten Jahren die kroatische Nationalbank zu einer Reihe von Maßnahmen die zu erhöhten Kosten für die Kreditaufnahme im Ausland durch Banken führte bis hin zur Begrenzung des Wachstums der Kreditvergabe. Obwohl die Aktivität der Nationalbank signifikante Auswirkungen hatte, war es nicht genug um ein kontinuierliches Wachstum der Schulden welches auf unzureichenden strukturellen Merkmalen der Wirtschaft basiert zu verhindern. Es haben sich größtenteils nur die Hauptträger von Auslandsschulden geändert (am Anfang der Staat, dann die Banken und jetzt die übrigen Sektoren oder Unternehmen), während die wahren Ursachen solcher Entwicklungen nicht behandelt wurden. Deshalb hat Kroatien die Weltwirtschaftskrise als hoch verschuldetes Land mit einem ausgeprägten Risiko das einen solchen Grad der Verschuldung entspricht empfangen. Dies gilt insbesondere für das Risiko der wachsenden Zinssätze (die in der Krise wachsen, insbesondere in riskanten und hoch verschuldeten Ländern) und das Risiko der Währungskursveränderungen (in ähnlichen

Ländern gab es eine deutliche Abwertung der Landeswährung), die in kurzer Zeit zu einer Unfähigkeit der Deckung von bestehenden Verpflichtungen führen können. (Hrvatska Gospodarska Komora, 2010)

3. Mazedonien

3.1 Einleitung

Die Republik Mazedonien (Република Македонија), aufgrund eines Namensstreits mit Griechenland auch ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (engl. Former Yugoslavian Republic of Macedonia, FYROM) genannt, ist ein Staat in Südosteuropa. Mazedonien war eine Teilrepublik Jugoslawiens bis sie 1991 ihre Unabhängigkeit ausrief. Mazedonien grenzt im Norden an den Kosovo und an Serbien, im Osten an Bulgarien, im Süden an Griechenland und im Westen an Albanien. Nach der letzten Volkszählung aus 2002 hat das Land 2.063.122 Einwohner von denen 506.926 in der Hauptstadt Skopje angesiedelt sind. Laut der Volkszählung von 2002 setzt sich die Bevölkerung aus 64,18% Mazedoniern, 25,17% Albanern, 3,85% Türken und 6,80% Angehöriger anderer Ethnien (hauptsächlich Roma, Serben, Bosniaken und Wallachen) zusammen. (CIA World Factbook; FYRM)

Derzeitiger Präsident ist Gjorge Ivanov und der Ministerpräsident ist Nikola Gruevski. Mazedonien, seit Dezember 2005 EU-Beitrittskandidat ist sehr bestrebt der EU beizutreten. Dennoch scheint sich Mazedonien bei den Reformen seit 2010 zu verlangsamen, nachdem die Liberalisierung der Visabestimmungen Ende 2009 erfolgte, jedoch Griechenland einen Starttermin für die formellen Beitrittsverhandlungen verzögert hatte. Mazedoniens Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen stellen weiterhin die bedeutenden Bestimmungen des Vertrags in Bezug auf den Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten. (CIA World Factbook; FYRM)

Zum weiteren Fortschritt der Integration in die EU muss Mazedonien auf einen Kompromiss über die "Namensfrage" mit Griechenland (gute nachbarschaftliche Beziehungen) eingehen, sowie der Erfüllung der EU-Anforderungen im Bezug auf verschiedene Bereiche der Reform, insbesondere Justiz, öffentliche Verwaltung und Korruptionsbekämpfung.

Wichtige wirtschaftliche multilaterale Mitgliedschaftsverträge Mazedoniens sind:

- Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (2001)
- Abkommen mit den EFTA (2002)
- Beitritt zur WTO (2003)
- Integration in das neue CEFTA (2006)

(CIA World Factbook; FYRM)

3.2 Wirtschaft

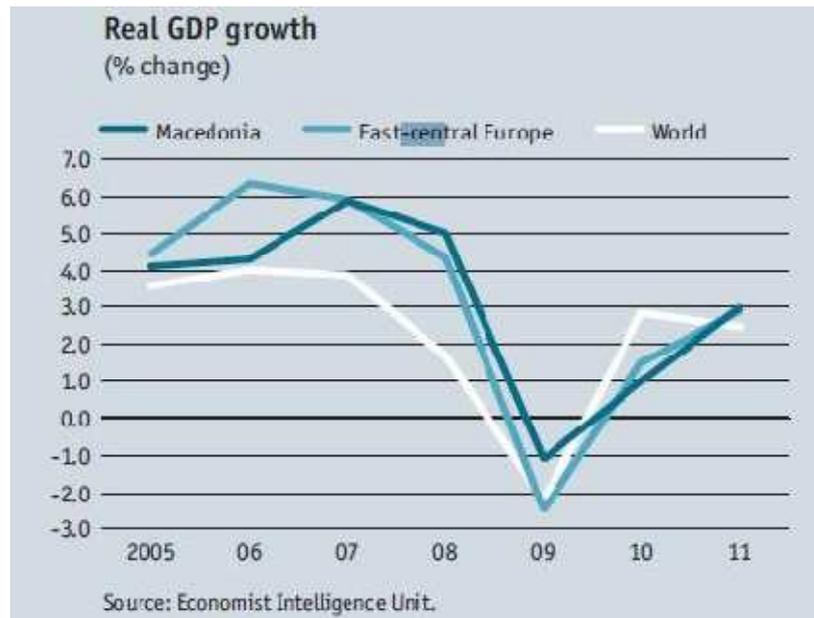
Mazedonien ist eine kleine Volkswirtschaft mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 6,82 Milliarden Euro (2009). Dies entspricht etwa 0,01% des gesamten weltweiten BIP. Es ist eine offene Wirtschaft, die in den internationalen Handel integriert ist, mit einem Export-BIP-Verhältnis von mehr als 50%. Landwirtschaft (11% des BIP) und Industrie (34%) waren die beiden wichtigsten Sektoren in der Vergangenheit, die Dienstleistungen (55%) haben heute an Bedeutung gewonnen. Wirtschaftliche Probleme bestehen weiterhin, obwohl Mazedonien einige regulatorische und strukturelle Reformen vorantreibt um den Übergang zur marktorientierten Wirtschaft zu erleichtern. Eine weitgehend veraltete industrielle Infrastruktur hat nicht viele Investitionen während der Übergangszeit erfahren. Gebildete und qualifizierte Arbeitskräfte sind zwar vorhanden doch ohne ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten, suchen viele mit den besten Fähigkeiten eine Beschäftigung im Ausland. Gekennzeichnet durch relativ niedrigen Lebensstandard, eine hohe Arbeitslosenquote, hohe soziale Steuern, bescheidene wirtschaftliche Entwicklung und den langsamen EU-Beitrittsprozess, muss das Land weitere Reformen zur Überwindung struktureller Schwächen durchführen um mit anderen EU-Beitrittsländern mithalten zu können. (CIA World Factbook; FYRM), (Economic Chamber of Macedonia)

3.3 BIP

Nach sechs Jahren stetigen, wenn auch bescheidenen BIP-Wachstums seit 2003 fiel Mazedoniens BIP um etwa 1% in 2009 (-1,1% nach Angaben der Regierung zufolge -1,3% nach dem IWF). Das Wachstum beschleunigte sich davor auf 6% im ersten Halbjahr 2008 gegenüber 5% im Jahr 2007 und 4% in 2006. Die wichtigsten Faktoren zugunsten des Wachstums waren Investitionen und privater Konsum.

Angesichts der Weltwirtschaftskrise, die einen Zusammenbruch in Mazedoniens Export verursacht hat sowie einen Verlust von externer Finanzierung, war Mazedoniens BIP-Rückgang im Jahr 2009 gemäßigt, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern in der Region. Für 2010 gehen die Finanzinstitute jedoch wieder von einer wirtschaftlichen Erholung in Höhe von bis zu 3 Prozent aus. (Economic Chamber of Macedonia), (Weltbank)

Die erhöhte Schwierigkeit, frisch und billig Mittel aus dem Ausland zu erhalten kann auch die mazedonischen Behörden zwingen Unterstützung durch den IWF zu suchen, obwohl sie sich geweigert hatten dies 2009 zu tun, da sie daran interessiert waren kontrazyklische Maßnahmen einzuleiten, um die Wirtschaft zu stimulieren. In dieser Hinsicht war die wirtschaftliche Leistung enttäuschend, da die Regierungsmaßnahmen nicht halfen, mehrere bedrängte privatwirtschaftliche Unternehmen, insbesondere im Bergbau und Textilindustrie zu retten.



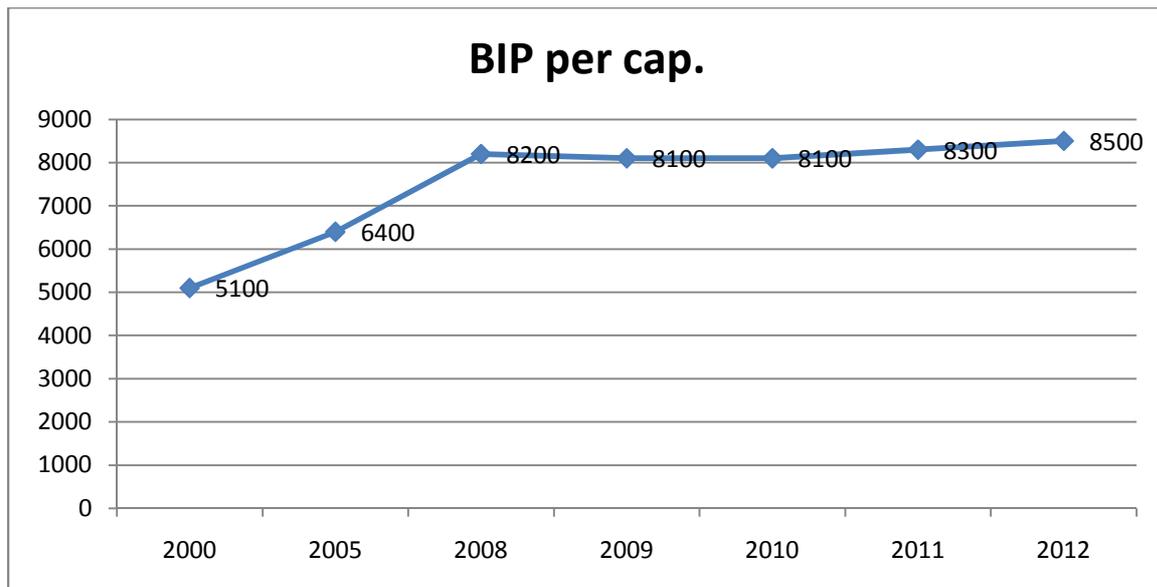
Grafik 9) Quelle: Economist Intelligence Unit

Prognosen der Europäischen Kommission (Statistical Annex of European Economy) für 2010 (1-1,3%) und 2011 (2%) fielen relativ nüchtern aus. Für einen echten Aufholprozess müssten die Wachstumsraten nach Einschätzung von internationalen Experten jährlich zwischen 6% bis 9% liegen. Hauptziel der Regierung unter Premierminister Gruevski ist daher neben der Förderung von Auslandsinvestitionen die Steigerung des Wirtschaftswachstums, unter anderem durch Steuersenkungen und zahlreiche Reformmaßnahmen sowie die Bekämpfung der Korruption und den Abbau von Bürokratie. (Economic Chamber of Macedonia), (Weltbank)

3.4 BIP per cap. (zu KKP)

Nach den Aufzeichnungen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) ist auch beim BIP pro Einwohner ein Anstieg bis zum Jahr 2008 zu verzeichnen.

Nach diesen Angaben betrug das BIP pro Einwohner umgerechnet in Euro im Jahr 2008 etwa 8200 € und 2009 nur 8100 €. Diese Daten zeigen die Notwendigkeit eines dynamisch wachsenden BIP im Sinne einer Annäherung an den durchschnittlichen Standard der EU. Ein bedeutendes Wachstum in den nächsten Jahren erscheint aufgrund der globalen Entwicklungen sowie struktureller Probleme der Wirtschaft fragwürdig. (Economic Chamber of Macedonia), (Weltbank)



Grafik 10) Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), WIIW Current Analyses and Forecasts/5, Februar 2010, EUROSTAT

3.5 Wirtschaftsstruktur

3.5.1 Industrie

Mazedoniens Industrie befindet sich in der Entwicklungsphase. Obwohl die Industrie eines der beiden wichtigsten Säulen mazedonischer Wirtschaft ist bedarf es einer verstärkten Weiterentwicklung um eine Anpassung an die EU27 voran zu treiben. Derzeit gibt es zahlreiche Branchen in diesem Wirtschaftssegment:

Service: Reise und Tourismus Industrie, Baugewerbe und Bauindustrie

Energie und Bergbau: Eisen-und Stahlindustrie, Erdgas-Industrie, Stromerzeugung für Industrie, Öl-und Gasindustrie.

Konsum-und Industriegüter: Nahrungsmittelindustrie, Getränkeindustrie, Pharmaindustrie,

Textilindustrie, Lederwaren Industrie

Technologie, Info-com und Unterhaltung: Telecommunications Industry, IT-Branche

Es ist vor allem die Textilindustrie, die diesen Wirtschaftszweig trägt und die höchsten Einnahmen für die Wirtschaft von Mazedonien erzeugt (gefolgt von der Lederindustrie). Die Stadt Skopje und Umgebung beinhalten die meisten Industriegebiete. Im Jahr 2006 betrug die Wachstumsrate der Industrieproduktion in Mazedonien schätzungsweise rund 3,4%. Ein Vorteil der Erhöhung der Zahl der Industriebetriebe in Mazedonien ist die Beschäftigungsmöglichkeiten was sich automatisch auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Mazedonien auswirken würde. (Economic Chamber of Macedonia), (Weltbank)

3.5.2 Handel

Mazedonien ist weiterhin entschlossen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erhalten und an die globalen Wirtschaftsstrukturen anzuschließen. Mazedonien wurde ein vollwertiges Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) im April 2003. Nach einem Kooperationsabkommen (1997) mit der Europäischen Union (EU) unterzeichnete Mazedonien ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU im April 2001, so dass Mazedonien zollfreien Zugang zum europäischen Markt hat. Mazedonien hat ein Außenhandelsdefizit seit 1994, das ein Rekordhoch von \$ 1,871 Mrd. im Jahr 2007 oder 23,3% des BIP erreicht hatte. Die Gesamtforderungen Ende Mai 2008 (Einfuhren und Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen) waren \$ 4,515 Mrd. und das Handelsbilanzdefizit betrug \$ 1,150 Mrd. oder 13,3% des BIP. Ein signifikanter Anteil von 51,5% des gesamten Handels Mazedoniens betraf die Länder der EU-27. Die wichtigsten Handelspartner sind Serbien, Russland, Deutschland und Griechenland. US-Fleisch, vor allem Geflügel und elektrischen Maschinen sind besonders attraktiv für mazedonische Importeure. Primäre mazedonische Ausfuhren sind Tabak, Bekleidung, Schuhe, Eisen und Stahl. (Economic Chamber of Macedonia), (Schweizerische Eidgenossenschaft), (Traveldocs)

Exports and imports values 2004 - 2008

US\$ million

	2004		2005		2006		2007		2008	
	Exports	Imports	Exports	Imports	Exports	Imports	Exports	Imports	Exports	Imports
Agricultural products	272,05	444,32	349,6	453,6	404,21	484,48	482,9	659,5	560,5	812,3
Food	255,35	401,38	333,7	411,2	386	438,83	459,4	607,5	539,6	751,4
Raw materials	16,7	42,94	15,9	42,4	18,21	45,65	23,5	52,0	20,8	60,8
Mineral raw materials	111,76	443,99	220	720	325,97	908,47	319,7	1296,4	568,8	1779,7
Ore and other minerals	26,23	27,48	51,2	57,2	92,78	80,89	145,1	232,7	246,7	277,2
Fuels	78,34	377,34	163,6	618,3	225,11	760,13	165,1	979,5	314,3	1417,8
Non-ferrous metals	7,19	39,17	5,2	44,5	8,08	67,45	9,4	84,2	7,8	84,6
Production	1286,2	1677,69	1459,9	2052,7	1670,53	2369,77	2553,7	3271,7	2846,8	4185,5
Iron and steel	405,35	298,61	535,1	288,4	668,28	371,88	1261,3	543,7	1292,1	757,3
Chemical products	79,64	303,7	90,8	333,9	100,49	365,28	132,2	482,8	181,0	611,4
Other semi-finished products	81,12	252,79	91,9	297,5	130,96	340,04	182,4	430,0	242,5	539,4
Machinery, office and transport equipment	98,82	545,69	109,9	563,1	117,9	688,60	149,8	1030,8	184,2	1435,5
Textile	52,59	105,58	50,3	317,3	45,27	339,46	49,5	425,2	55,6	463,9
Clothes	488,25	27,98	498	69,5	508,52	62,33	634,9	76,7	711,8	88,2
Other consumer goods	80,43	143,34	83,9	182,5	95,57	198,59	141,6	277,7	176,3	289,5
Products not classified by kind	3,48	337,43	11,77	68,7	3,54	3,59	1,9	4,7	2,9	0,0
Total	1673,49	2903,43	2041,27	3295,0	2400,71	3762,72	3356,2	5227,6	3976,2	6777,6

Grafik 11) Quelle: http://www.investinmacedonia.com/files/recources_files/2429/Report2009.pdf;
Seite 24

3.5.3 Landwirtschaft

Über 42% der Gesamtfläche der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, oder 1,08 Millionen Hektar entfallen auf die landwirtschaftlichen Flächen. Die Mehrheit der Anbaufläche ist Ackerland. Die Struktur des Agrarsektors wird durch kleine Familienbetriebe gekennzeichnet - rund 80% der landwirtschaftlichen Betriebe sind schätzungsweise 2,5 - 2,8 ha im Durchschnitt, sie sind im Eigentum oder gepachtet, und werden in kleine Parzellen zersplittert. Die staatlichen Unternehmen, in der Regel viel größer, sind meist nicht in Betrieb oder in finanzielle Schwierigkeiten nicht abgeschlossener Privatisierung. Fast die Gesamtheit der Bruttoagrarpoduktion (80%) wird durch Pflanzenbau erzeugt, wobei Gemüse den größten Anteil ausmacht. Tomaten, Paprika, Melonen und Wassermelonen dominieren die Gemüseproduktion und machen die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien zu einem Nettoexporteur von verarbeiteten Gemüse. Weitere wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse sind Obst, Getreide, Tabak und Trauben für Weinbau sowie für den direkten Verzehr. Die Landwirtschaft spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft des Landes, auf ihr Beitrag

zum BIP entfallen 13% und sie ist weiterhin relativ stabil (zusammen mit der Lebensmittelverarbeitung erhöht sich der Prozentsatz auf 16%). In den letzten 10 Jahren der Privatisierung hat auch die Landwirtschaft durch die Veränderungen und Schwierigkeiten bei der Anpassung an Marktwirtschaft gelitten. Die Erholung und marktorientierte Fokus sind jedoch auf dem Vormarsch. Die Politik der ländlichen Entwicklung bleibt im Interesse der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die als Beitrittskandidat von der IPARD Finanzhilfe profitieren kann. Das nationale IPARD-Programm wurde durch die Kommission am Ende des Jahres 2007 genehmigt. Sein allgemeines Ziel ist es eine "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der Lebensmittelindustrie" um sie in Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht zu bringen. (Economic Chamber of Macedonia)

3.6 Arbeitsmarkt

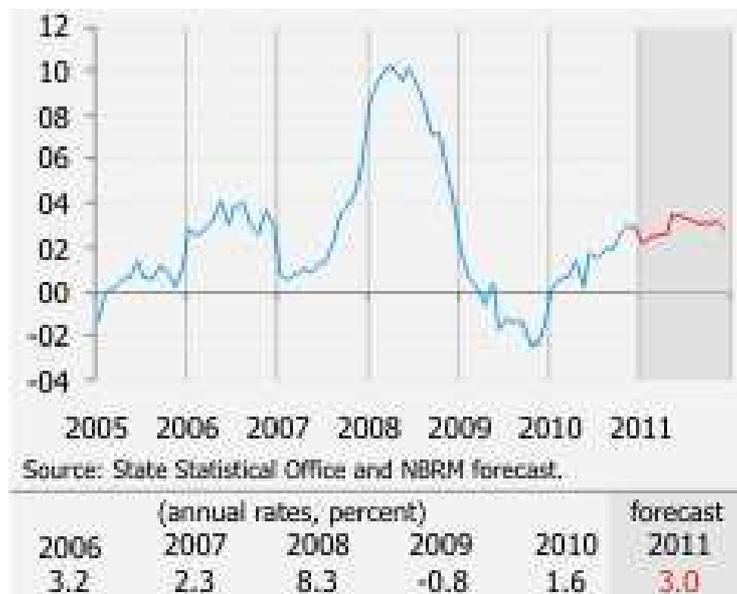
Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat 2010 den Prognosen recht gegeben und im Vergleich zum Vorjahr sah die Arbeitslosenquote einen geringfügigen Anstieg (etwa 0,8%). Sieht man sich die Entwicklung der letzten Jahre an ist bemerkt man Schwankungen der Arbeitslosenquote im Bereich zwischen 32% und 35%. 2007 war die Arbeitslosenrate am Höchststand der letzten Jahre mit 34,9%, 2008 noch 33,8% um 2009 einen Tiefpunkt von 32,2% zu erreichen. Prognosen für 2011 zeigen eine Entwicklung in Richtung des Standes von 2009. Ein erheblicher Anteil der Arbeitslosigkeit ist struktureller Natur, zum Teil aus einem Missverhältnis zwischen benötigter und verfügbarer Qualifikation. Als Folge, ist der Beschäftigungszuwachs hauptsächlich durch eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebots bewirkt, während der Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen deutlich weniger dynamisch ist. Es gab eine erhebliche Schaffung von Arbeitsplätzen in Sektoren mit geringer Wertschöpfung, wie z.B.: der Landwirtschaft. Etwa 20% der Arbeitslosen sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. Die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe ist immer noch sehr hoch (56% im ersten Halbjahr 2008. Der Trend einer leicht verbesserten Arbeitsmarktsituation hat sich fortgesetzt, obwohl die Arbeitslosigkeit immer noch auf sehr hohem Niveau ist. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit deutet auf strukturelle Schwächen, wie Qualifikationsungleichgewichten und eine unzureichende Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Darüber hinaus behindert die langsame Expansion der Produktionskapazitäten die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. (Economic Chamber of Macedonia), (Statistics Macedonia)

Arbeitslosenquote				
2007	2008	2009	2010	2011
34.9%	33.8%	32.2%	31.7%	31.0%

Grafik 12) Quelle: The Former Yugoslav Republic of Macedonia 2008 Progress Report
http://www.nbrm.mk/WBStorage/Files/Regulativa_FSR_ENG_2009.pdf; AMESO database, European Commission

3.7 Inflation

Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate verlangsamte sich 2007 auf 2,3% gegenüber 3,1% im Jahr 2006. Die in den letzten Monaten des Jahres 2007 stark steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise führten zu einer Beschleunigung in der Headline-Inflation, die 6,1% im Dezember 2007 erreicht und weiter auf knapp 9% im März und April 2008 steigt. Seitdem sind im Vergleich zum Vorjahr die Inflationsraten zurückgegangen, rutschten auf 7,1% im September 2008. Der starke Anstieg der Inflation ist vor allem auf die zu höheren Nahrungsmittel- und Energiepreise zurück zu führen, die wegen des hohen Anteils der Verbraucherausgaben einen erheblichen Einfluss auf die Lebenshaltungskosten haben. Die Deflation von 2009 (0,8%) ging 2010 wieder in die Inflation über. Die Inflation beschleunigte sich auf 2,7% im Oktober mit einer durchschnittlichen Inflation von 1,3% in den ersten zehn Monaten des Jahres 2010. Die Energiepreise, die um 8,8% in diesem Zeitraum stiegen waren wichtige Faktoren für den Preisbeschleunigung. Prognosen bis zum Ende des Jahres 2011 zeigen einen weiteren, kleinen Anstieg der Inflation. Solange die internationalen Preise für Energie und Rohstoffe moderat bleiben, bleibt die Inflation vermutlich während 2011 niedrig. (Economic Chamber of Macedonia), (Statistics Macedonia)



Grafik 13) Quelle: Internetseite der Mazedonischen Nationalbank; <http://www.nbrm.mk>

3.8 Wechselkurse

Die Mazedonische Zentralbank hat es geschafft, den Wechselkurs des Denar seit Jahren auf einem stabilen Niveau von 61,2 Denar zum Euro zu halten.

Derzeit ist die Wechselkurspolitik in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM), als eine sogenannte "Managed Float" Politik zu bezeichnen. Der Wechselkurs des Denar wird auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage von Devisenmärkten etabliert. Der an den Euro gebundene Wechselkurs des Denar dient als grundlegender Pfeiler der Geldpolitik der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM). Geldmenge und die Zinsen werden durch den Wechselkurs vorgegeben, welcher seit Mitte-2005 auf 61 Denare zu einem Euro festgelegt wurde und mehr oder weniger konstant auf diesem Niveau blieb. Mit diesem Wechselkursziel, hat die Landeszentralbank (die Nationalbank der Republik Mazedonien) einen stabilen Denar Wechselkurs gegenüber dem Euro geführt. (Economic Chamber of Macedonia), (Statistics Macedonia)

3.9 Investitionen

Trotz der hochkarätigen Regierungskampagne um Mazedonien als Business-freundliches Land darzustellen, waren die Zuflüsse in Form von ausländischen Direktinvestitionen eher enttäuschend. Laufende Streitigkeiten zwischen ausländischen Investoren (z.B.: EVN, Swisslion) und der mazedonischen Regierung verletzten den Ruf der mazedonischen Regierung und Justiz, als zuverlässiger und sicherer Partner für den privaten Sektor. Angesichts dieser Realität wird es nicht viel helfen, dass Mazedonien wieder gut auf dem Weltbank Business Report 2010 abgeschnitten hat, da die Leichtigkeit ein Unternehmen zu gründen ist von geringem Wert ist solange wichtige Faktoren wie Rechtsstaatlichkeit und Justiz unter EU-Standards bleiben. (Economic Chamber of Macedonia), (Bertelsmann Transformation Index)

4. Türkei

4.1 Fakten

Die Türkei, mit der Hauptstadt Ankara liegt geographisch gesehen auf zwei Kontinenten, Europa und Asien, wobei der asiatische Raum der Türkei die größere Fläche hat. Der europäische Teil macht nur ca. drei Prozent der türkischen Gesamtfläche aus. Obwohl der Großteil der Türkei in Asien liegt, möchte sie der EU beitreten. Die Amtssprache ist türkisch und die Staatsform ist eine demokratische Republik. Die Türkei hat acht Nachbarländer, an ihr grenzen im Nordwesten Griechenland und Bulgarien, im Nordosten Armenien, Georgien und Aserbaidschan, im Osten der Iran und im Süden Syrien und der Irak. Die Türkei hat drei Küstengebiete: Im Norden, befindet sich das Schwarze Meer, im Westen das Ägäische Meer und im Süden das Mittelmeer. Die Türkei hat eine Fläche von mehr als 814.000 km² und geschätzt leben dort mehr als 74 Millionen Menschen. (CIA World Factbook Turkey), (Europäische Kommission, Eurostat)

Die Altersstruktur weist eine junge Bevölkerung auf. Etwa 24% sind 0-14 Jahre alt. 70% sind zwischen 15 und 64 Jahre alt. Nur etwa 6% sind älter als 64 Jahre. Die Lebenserwartung liegt bei den Männern bei 70,7 Jahren und bei den Frauen bei 75,7 Jahren. (TÜİK)

Etwa 80% der Einwohner sind Türken und ca. 20% machen insgesamt Kurden, Bosniaken, Zaza, Tscherkessen, Araber, Georgier, Albaner, Tschetschenen und Griechen aus. (CIA World Factbook Turkey)

Abgesehen von Albanien und dem Kosovo, ist die Türkei das einzige Land mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit und einem explizit säkularen politischen System. Die Institutionen arbeiten mit angemessener Effizienz in Übereinstimmung mit der Verfassung. Im Vergleich zu anderen Ländern im Nahen Osten, funktioniert die Demokratie der Türkei recht gut. Die Wahlen sind frei werden fair abgehandelt. Prinzipiell haben alle türkischen Staatsbürger dieselben Bürgerrechte. Die türkische Verfassung verbietet jegliche kulturelle, religiöse oder ethnische Diskriminierung. Neben der türkischen Verfassung, existiert die Europäische Menschenrechtskonvention, welche die Bürger vor Verletzungen der Bürgerrechte schützt. Die Türkische Justiz ist unabhängig und somit frei von Einflüssen anderer Institutionen. Obwohl bereits Fälle von Korruption vorkamen, funktionieren die

gerichtlichen Überprüfungen der Legislativen und Exekutiven adäquat. (CIA World Factbook Turkey)

Das Verwaltungssystem der Türkei funktioniert hinreichend gut. Die Regierung sorgt in den meisten Teilen des Landes für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Ausnahmen sind in Ost- und Südanatolien, wo die PKK und andere militante kurdische Organisationen operieren. Aufgrund des EU-Beitrittsantrages der Türkei, unterstützt und überwacht die EU die türkische Verwaltung und Justiz seit 1999. Im Oktober 2005 haben die Beitrittsverhandlungen zur EU mit dem Europäischen Rat begonnen. Im EU-Jahresbericht von 2005 lobt die Europäische Kommission zum ersten Mal die gut funktionierende Marktwirtschaft der Türkei; damit hat das Land eines der Kopenhagener Kriterien erfüllt. Ein weiteres Mal bestätigt die Europäische Kommission die Existenz der Marktwirtschaft im Jahresbericht 2008. (Eurochambers 2010), (Eurochambers 2009)

Seit Mitte der vierziger Jahre ist die Türkei Mitglied in verschiedenen internationalen Organisationen dazu Zählen:

UNO, OECD (Organization for Economic Co-operation and Development), Europarat, NATO (North Atlantic Treaty Organization), IWF (Internationaler Währungsfond), Zollunion der EU, OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), G-20, IBRD (International Bank for Reconstruction and Development), GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)/WTO (World Trade Organization), Islamische Konferenz, Islamische Entwicklungsbank. (WKÖ, 2010)

4.2 Wirtschaft

Aufgrund der türkischen Politik, welche hohe Kapitalabflüsse mit sich brachte, kam es im Jahresbeginn 2001 zu einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise, woraufhin ein 16 Milliarden Dollar schwerer Kredit vom IWF notwendig war. Die Rezession dauerte drei ganze Jahre an, bis 2003 die türkische Wirtschaft ein durchschnittliches Wachstum von 6% erreichte. Die Inflation erreichte 2001 Rekordwerte von 68,5% und konnte sich 2005 auf 7,7% erholen. Drei Jahre später stieg diese wieder auf 10,1% an. Die globale Finanzkrise von 2009 wirkte sich stark auf die türkische Wirtschaft aus. Die Exporte, vor allem der Autosektor sank um 30% und die Arbeitslosenrate stieg auf 15%. Trotz dieser Rezession blieb der Wechselkurs relativ verschont. (Eurochambers 2010), (Eurochambers 2009), (Bertelsmann Transformation Index)

4.3 BIP

Seit der türkischen Finanzkrise von 2001, wurde ein beeindruckendes Reformpaket angestrebt und schließlich erreicht. Die Reformen der Institutionen haben zu einem starken und nachhaltigen Wirtschaftswachstum beigetragen. Zwischen 2005 und 2007 betrug die jährliche Wachstumsrate des BIP 5 Prozent. Im Zeitraum von 2002 bis 2008, welcher zugleich das längste Wachstum der türkischen Geschichte war, erreichte die kumulierte Wachstumsrate des BIP 40 Prozent. Am 8. März 2008 führte die Türkei das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) ein, welches als Instrument zum Vergleich der Volkswirtschaften der Union dient. (WKÖ, 2010), (Eurochambers 2010), (Bertelsmann Transformation Index)

4.4 Inflation und internationale Direktinvestitionen

Die Inflation erreichte 2004 zum ersten Mal in drei Dekaden einen einstelligen Zahlenwert und stieg danach wieder an. Die Inflation erreichte bis Mitte 2008 10,6 Prozent. Ein strengeres finanzpolitisches System hat das Vertrauen gesteigert und die Risikoprämie reduziert. Das Anlagengeschäft und die internationalen Direktinvestitionen sind in der Periode 2007-2008 zurückgegangen. Ungeachtet der Reduktion von Direktinvestitionen, ist das Defizit der Leistungsbilanz trotzdem enorm groß, da die steigenden Ölpreise dazu beigetragen haben. Die Wechselkurse wiesen eine große Volatilität auf. Der aktuelle Anstieg der Auslandsverschuldung in der Privatwirtschaft als auch der Inflation zeigen dass die Türkei noch sehr anfällig ist und ein weiterer Bedarf an Reformmaßnahmen besteht, um das Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Die Europäische Kommission legt jedoch in deren Jahresbericht 2008 fest, dass die Fundamente und Belastbarkeit der türkischen Wirtschaft erheblich stärker als vor einigen Jahren sind. (WKÖ, 2010), (Eurochambers 2010), (Eurochambers 2009), (Bertelsmann Transformation Index)

4.5 Zollunion

Die Zollunion erlaubt der Türkei einen unkomplizierteren Marktzugang zu den Mitgliedern der Zollunion. Es wird ein freier Handel für Agrarprodukte und Industriegüter gewährleistet, somit sind keine Gebühren und Zölle zu entrichten und eine Beschränkung der Anzahl von Gütern ist auch nicht gestattet. Nach der erfolgreichen Anwendung der Zollunion wurden alle Gebühren und Zölle für Importe von Industriegütern aus Ländern der EU abgeschafft. Für Importe aus nicht EU-Ländern, hat die Türkei die Tarife der Zölle und Gebühren der Zollunion angepasst. Ein unabhängiges Wettbewerbskomitee wurde zur Überwachung des Marktes und Umsetzung der kartellrechtlichen Vorschriften gegründet. Dies beinhaltet die Bereiche Privatisierungen und Mergers & Acquisitions. Die Türkei hat den Außenhandel nach den allgemeinen Vorschriften der Welthandelsorganisation (WTO), die Abkommen über die Zollunion zwischen der Türkei und der Europäischen Union und verschiedenen Freihandelsabkommen, unterzeichnet von verschiedenen Länder, liberalisiert. Der gemeinsame Einfuhrzoll (MEZ) wird für die meisten importierten Industriegüter und langwirtschaftlichen Erzeugnisse angewendet. (Türkische Botschaft Berlin)

4.6 Währung und Preisstabilität

Die gesamtwirtschaftliche Leistung der Türkei lag in den Jahren zwischen 2002 und 2006 im positiven Bereich. Ab 2007 verlangsamte sich das Wachstum, die private Nachfrage sank und das Verhältnis von Importen zu Exporten entwickelte sich negativ. Die Importe waren weitaus höher als die Exporte und dieser negative Trend setzte auch in den darauffolgenden Jahren fort. Die Europäische Kommission spricht von einer schwächeren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und erhöhte Unsicherheit aufgrund der Finanzkrise und den turbulenten innenpolitischen Ereignissen. Es ist jedoch festzustellen dass die Fundamente und Belastbarkeit der türkischen Wirtschaft erheblich stärker sind als in den Jahren zuvor. (Bertelsmann Transformation Index)

Die Türkei weist noch eine erhebliche Schwäche im großen Defizit der Leistungsbilanz auf. Aufgrund der relativ kurzen Existenz der makroökonomisch politischen Strategien des Landes, ist sie sehr anfällig auf externe Schocks. Um das Vertrauen im internationalen Umfeld bezüglich der türkischen makroökonomischen Politik zu stärken, bedarf diese einer Umstrukturierung. (Bertelsmann Transformation Index)

Im März 2008 wurde die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Türkei gründlich überarbeitet was zu einer Reduktion von einem Drittel des Leistungsbilanzdefizites resultierte. Allerdings wuchs die Auslandsverschuldung um etwa 45%, zwei Drittel davon sind privat. Die EU-Kommission definiert die Verschuldung als eine Quelle der Gefahr. (Bertelsmann Transformation Index)

Aufgrund vergangener Restrukturierungsmaßnahmen, sind die Auswirkungen auf das Bankensystem der Türkei bislang gering. Der Bedarf an Außenfinanzierung und ein beträchtlicher, wenn auch fallender Schuldenstand, ist als potentielle Schwachstelle der türkischen Wirtschaft identifiziert worden. (Bertelsmann Transformation Index)

Unkontrollierbar hohe Staatsausgaben, wurden unter Kontrolle gebracht. Die netto Staatsverschuldung wird mittelfristig wahrscheinlich fallen und die finanzwirtschaftliche Nachhaltigkeit verbessert. Die Regierung hat einen mittelfristigen Finanzplan ausgewiesen, welcher die Staatsverschuldung bis zum Jahr 2012 auf 30% reduzieren soll. (Bertelsmann Transformation Index)

Das implementierte Stabilisationsprogramm, welches auf Steigerung des Wachstumspotenzials durch höhere öffentliche Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen, weitere Strukturreformen und eine bessere Bildung abzielt, war erfolgreich. Dieses Streben ist Aufgrund der Notwendigkeit nach höherem Wachstum, mit dem Bedarf die Preisstabilität und die Reduktion des Leistungsbilanzdefizits aufrecht zu erhalten, schwer zu realisieren. Trotzdem vermerkte die EU-Kommission in ihrem Bericht, dass die politische Strategie als ausreichend eingestuft wird. Im Bericht wurde jedoch erwähnt, dass die Gesamtwirtschaft weiterhin auf Schocks anfällig ist. (Bertelsmann Transformation Index)

4.7 Wirtschaftliche Leistung

Die Türkische Wirtschaft hat sich nach der Krise 2001 zu einem großen Teil durch straffe Finanz-und Geldpolitik und Steuerreformen schnell erholt. Das Land hat weltweit die zwölft größte Wirtschaft und sechst größte der 27 EU-Mitglieder. (European Commission 2009), (European Commission 2010), (WKÖ, 2010)

Zum ersten Mal seit der Krise 2001, führte die Türkei im Februar 2008 Verhandlungen über ein Darlehen mit dem IWF. Die enge Verbindung zum IWF und der Perspektive zu einem EU-Mitgliedsstaat zu werden, bilden die wichtigsten Anker der türkischen Wirtschaft. (European Commission 2009), (European Commission 2010), (WKÖ, 2010)

4.8 Wirtschaftsstruktur

In den 90er Jahren führte die Textilindustrie den türkischen Wirtschaftssektor an, verlor aber aufgrund der Konkurrenz aus China die führende Position. Die Automobilindustrie als auch die Haushaltsartikel sind nun führend im türkischen Export. Die Türkei verfügt über einen ausgeprägten Privatsektor. Es bestehen viele staatliche Betriebe in den Bereichen Telekommunikation, Energie, Rüstungsindustrie und Transport, die sollen sukzessive privatisiert werden. Die Landwirtschaft ist sehr gut entwickelt, weshalb das Land Selbstversorger ist und zusätzlich eine hohe Exportquote in diesem Bereich besitzt. Die Türkei verfügt über wichtige Rohstoffe wie Erze und Mineralien. Fossile Brennstoffe müssen aus dem Iran und aus Russland zugekauft werden, da die Türkei nur über wenige verfügt. Diese Zukäufe belasten die türkische Wirtschaft enorm, da die Ausgaben für fossile Brennstoffe das größte Defizit in der Handelsbilanz verursachen. (European Commission 2009), (European Commission 2010), (WKÖ, 2010)

4.8.1 Industrie

Die Türkei hat eine der stärksten Textilindustrien weltweit und diese gehört somit zur wichtigsten Industrie des Landes. Das Land ist auf Rang sechs der weltweit größten Hersteller von Baumwolle und ist einer der bedeutendsten Textilproduzenten der Welt. Überwiegend zielt die Textilindustrie darauf ab Markenprodukte zu produzieren und sieht eher von günstiger Massenware ab. Hauptsächlich werden in den zwei Städten Bursa und Istanbul Textilien von etwa 4 Millionen Menschen produziert. Aufgrund der Starken Konkurrenz aus China fiel die gesamte Textilindustrie in eine Krise. China produziert gleichwertige Ware und bietet diese für günstigere Preise an. Dies ist möglich, da China sehr viele Billigarbeiter beschäftigt. Die Folge der Krise war die Entlassung mehrerer tausend Menschen. (Wikipedia)

Die gut entwickelte Automobilindustrie ist ein wichtiger Bestandteil der türkischen Industrie. Im Jahr 2004 wurden über 860.000 Autos hergestellt und davon rund 60% exportiert. Drei

Jahre später wurden über eine Millionen Autos produziert. Des Weiteren verfügt die Türkei europaweit über die größte Busproduktion. Die Automobilindustrie erwirtschaftete ca. 2,2 Milliarden USD durch Exporte im Jahr 1999, 2004 rund 10 Milliarden und 2005 knappe 14 Milliarden USD. Viele namhafte Automobilhersteller verfügen über Produktionsstätten in der Türkei. Die Automobilbranche beschäftigt etwa eine halbe Millionen Menschen in der Türkei, mit einer steigenden Tendenz. (Wikipedia)

Die Elektroindustrie gewinnt auch immer mehr an Bedeutung. Viele internationale TV-Marken und KühlschranksHersteller lassen ihre Geräte in der Türkei Produzieren. Dieser Industriesektor produzierte Güter im Gesamtwert von 2,4 Milliarden USD. (Wikipedia)

4.8.2 Landwirtschaft

Im Landwirtschaftlichen Bereich ist die Türkei eines der Länder, welche eine führende Rolle in Export einnehmen. Die Türkei erzeugt verschiedenste Arten von Früchten und Gemüse, aber auch Tabak und Baumwolle gehört zu den wichtigen landwirtschaftlichen Produkten. Durch einige Reformen als auch Restrukturierungen des inländischen Agrarsektors wurde dieser zu einem wichtigen Teil der weltweiten Wirtschaft. Die Exporte der Agrarprodukte stiegen in der Zeit von 1,7 Milliarden USD im Jahr 2002 auf 4,6 Milliarden USD im Jahr 2009. Der Agrarsektor nahm im Jahr 2000 10,1 % vom BIP ein und 2009 fiel er auf 8,3% des BIP. Fast ein Viertel (24%) der arbeitenden Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Etwa 40% der gesamten türkischen Fläche kann für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Verschiedenste Produkte wie Gemüse, Obst, Milchprodukte, Getreide, Blumen, Tabak und Honig werden verarbeitet. Der Großteil der landwirtschaftlichen Produkte, 67% fällt auf pflanzliche Produkte, die Viehhaltung macht 26% und die Forstwirtschaft samt Fischerei 7% aus. Die Türkei hält weltweit die führende Position im Export von getrockneten Feigen und Aprikosen, Haselnüssen und Sultaninen. Kein Nachbarstaat hat eine so gut entfaltete Nahrungsmittelindustrie wie die Türkei. Die Türkei exportiert den größten Anteil an Agrarprodukten in den Nahen Osten, Osteuropa und Afrika. (Landwirtschaft, Industrie und Energie in der Türkei)

4.8.3 Tourismus

Seit Anfang der 90er Jahre entwickelte sich die Türkei zu einem Tourismusland. Seither steigen die Anzahl der Touristen stetig und damit auch der Umsatz in diesen Sektor. Das stärkste Tourismusjahr 2007 konnte mit 23,3Millionen Urlaubern alle anderen Jahre

übertreffen. Im Jahr 2005 besuchten 21,1 Millionen Touristen das Land. Obwohl im Jahr 2007 2,2 Millionen Menschen mehr als im Jahr 2005 das Land besuchten, stieg der Umsatz unwesentlich um nur 0,1 Milliarden USD. 2005 lag der Umsatz bei 18,5 Milliarden USD und 2007 bei 18,6 Milliarden USD. Dieser schwache Umsatzanstieg ist auf den Preisabfall der Urlaubsangebote zurückzuführen, um mit anderen Touristenländern wie Bulgarien oder Kroatien preislich mithalten zu können. Ein Vergleich der Ausgaben pro Tourist von den Jahren 2003 bis 2007 lässt erkennen, dass jeder Besucher rund 150 USD weniger im Jahr 2007 im Land lässt als er es 2003 tat. In den Vergleichsjahren stieg die Anzahl der Besucher um 66% an, die Einnahmen jedoch sanken um 16% pro Kopf. (§en)

Die Türkei hat durch ihre günstigen Preise Touristen aus der ganzen Welt angelockt. Es folgte seit Anfang der 1990er Jahre ein Massentourismus, welcher für die Tourismusbranche wichtig war, um eine funktionierende Infrastruktur zu entwickeln. Aufgrund der Preissenkungen, um mit anderen Ländern aus dem nördlichen Mittelmeerraum konkurrieren zu können, konnte ein weiteres Absinken der Besucheranzahl verhindert werden. Da die Einnahmen pro Touristen seit den letzten Jahren stetig fallen, ist längerfristig mit Qualitätseinbußen zu rechnen was sich wahrscheinlich negativ auf den Tourismus auswirken wird. (§en)

4.8.4 Handel

Den größten Handel betreibt die Türkei mit der EU, dieser sinkt jedoch. Die Türkei verstärkt ihre Handelsbeziehungen mit Russland und China. Zu den wichtigsten Partnern zählen die EU, China, Russland, Iran, USA und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Exporte aus der Türkei in die EU nahmen im Vergleich von 2008 zu 2007 um 8% ab. 2007 lag der Exportanteil bei 56%, ein Jahr später nur bei 48%. Die Türkei importierte aus der EU um 9% mehr als im Vorjahr. Mit anderen Handelspartnern nahmen die Importe in derselben Periode um 25% zu. Die ehemals starke Textilindustrie ist aufgrund der Konkurrenz aus Indien und China geschwächt. Eine große Bedeutung spielt für die Türkei ein Handelsabkommen mit China über den Energiesektor. Weitere wichtige Abkommen sind Fremdenverkehr, Kultur, Handel, Diplomatie und Medien. Trotzdem resultierte ein großes Defizit im Handel mit China, dieses lag 2008 bei fast 16 Milliarden USD. Um diese Probleme im Handel und Investitionen zu lösen, sollte die Türkei gemeinsam mit der EU nach geeigneten Schritten suchen um diese Bereiche zu stabilisieren. (Europäisches Parlament Bericht 2010)

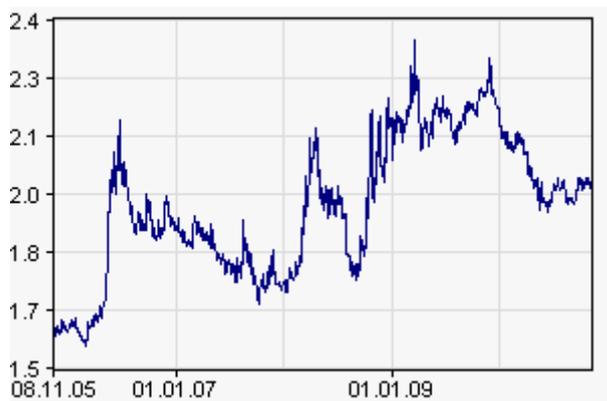
4.9 Wechselkurs

Die neue türkische Lira wurde am 1. Jänner 2005 eingeführt. Für eine Lira bekam man anfänglich 1,55 Euro. Dieser Kurs fiel und schließlich wurde ein Wechselkurs von 2,30 Euro für 1 Lira erreicht. Die türkische Lira konnte im Jahr 2010 gegenüber dem Euro etwas aufgewertet werden. Der Wechselkurs betrug im Februar 2010 2,09 zum Euro. (Exchange Rates), (Aktuelle Türkeirundschau), (77.am)

Fokussiert man sich auf den Wechselkurs von Anfang 2005 bis November 2010, sind folgende Schlüsse zu ziehen:

Innerhalb zweieinhalb Jahren schwankte die neue türkische Lira seit ihrer Einführung vom Basiswert zwischen plus 16% und minus 9%. Da diese Extremwerte nur innerhalb drei Monaten anfielen, waren in den Medien Berichte über einen Kursabfall von 25% zu lesen. Analysiert man jedoch den Wechselkurs seit August 2009, erkennt man dass der Kurs nur zwischen minus 5% und plus 5% gegenüber Anfang 2005 schwankt. Daraus ist zu schließen dass aufgrund der Touristensaison eine höhere Nachfrage an türkischen Devisen bestand. In den letzten drei Monaten August 2010 bis November 2010 schwankte der Kurs schwach, die Extremwerte lagen zwischen 1,98 Euro und 1,92 Euro. Eine Prognose über den Kursverlauf aufzustellen ist momentan schwer, da nur innerhalb von fünf Jahren sich der Kurs sehr stark verändert hat. . (Exchange Rates), (Aktuelle Türkeirundschau), (77.am)

Wechselkurs der letzten fünf Jahre: Euro zu türkischen Lira



Grafik 14) Quelle: http://www.finanzen.net/devisen/euro-neue_tuerkische_lira-kurs

4.10 Kapitalmarkt

Das Banksystem ist relativ stark, denn die Eigenkapitalquote liegt deutlich über dem gesetzlichen Grenzwert und dem EU Durchschnitt von 12%. Die Liquiditätsquote der Banken liegt deutlich über dem gesetzlichen Grenzwert von 80%. Das Verhältnis von notleidenden Darlehen zu Gesamtdarlehen fiel um 8 Punkte auf 3,5% in der Periode von 2003 bis 2007. (Eurochambers 2009)

Seit 2001 ist der öffentliche Sektor widerstandsfähiger gegen externe Schocks geworden. Das Finanzministerium hat eine Menge an Devisenreserven mit dem Ziel Liquiditätsrisiken zu minimieren. Straffe Finanzpolitik ist eine der Hauptsäulen des Wirtschaftsprogrammes. Die Türkei ist eines der führenden Länder unter den OECD-Mitgliedern welche die Staatsverschuldung erfolgreich minimiert. (Eurochambers 2009)

Dank einer umsichtigen Finanzpolitik hat die Türkei die Kriterien von Maastricht seit dem Jahr 2005 erfüllt. Die Verschuldung der privaten Haushalte ist im Vergleich zu Ländern der Europäischen Union niedrig. (Eurochambers 2009)

Die hohen Energiepreise (drei Prozentpunkten des Verhältnisses Leistungsbilanzdefizits zu BIP) wirkten sich negativ auf die Leistungsbilanz aus. Der hohe Anstieg der Investitionen ist der Hauptgrund für das Defizit. Das Leistungsbilanzdefizit wurde über langfristige Kredite und ausländischen Direktinvestitionen finanziert. (Eurochambers 2009)

Die Umstellung der strukturellen Zusammensetzung des Exports nach der Jahrtausendwende resultierte zu einem Anstieg des Exports und der weltwirtschaftlichen Stellung der Türkei. Der Export hat sich in den letzten Jahren wesentlich verändert. Der traditionelle Textilsektor hat seine große Bedeutung verloren. Im Jahr 2008 machten die Textilien nur 18% von allen Exporten aus; im Vergleich zu 38% im Jahr 1996. Der Export von Kraftfahrzeugen hat sich seit 1996 erhöht. Alles in allem zeigen die aktuellen Indikatoren dass sich die wirtschaftliche Ausdauer im Vergleich zu den Vorperioden angesichts der Schwankungen auf den Weltmärkten stark erhöht hat. (Eurochambers 2009)

4.11 Strategischer Ausblick

Im Jahr 1999 hat die Europäische Union zum ersten Mal der Türkei den Status als Beitrittskandidaten und somit einen Anspruch auf Zulassung verliehen. Seitdem hat sich der EU-Beitritt, noch mehr als zuvor, als die wichtigsten Triebfelder des Landes herausgestellt. Die Beitrittspartnerschaft, die im Jahr 2001 verabschiedet wurde, bietet der Türkei einen Fahrplan die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, sowie die Achtung und Schutz der Minderheiten, herbeizuführen. Die Europäische Union startete offiziell die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005. (Bertelsmann Transformation Index)

In der Türkei besteht eine breite gesellschaftliche Übereinstimmung bezüglich der politischen Reform. Die mangelnde Glaubwürdigkeit der EU-Politik gegenüber der Türkei hat jedoch die pro-europäische Reform des Landes geschwächt. Einige EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere diejenigen mit einer konservativen oder christlich demokratischen Regierung, zeigen häufig eine Abneigung der Türkei gegenüber, sie als EU-Mitgliedschaft zu akzeptieren, unabhängig davon ob sie die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Diese Länder führen folgende hemmende Faktoren für eine türkische EU-Mitgliedschaft an: Religion, geografische Lage, Demografie, wirtschaftliche Entwicklung sowie die berechtigten Sorgen über eine mangelhafte Demokratie und einen unzufrieden stellenden Zustand der Menschenrechte. Die türkische Regierung steht vor der schwierigen Aufgabe diese Abneigungen umzuformen. (Bertelsmann Transformation Index)

Im Hinblick auf die Wirtschaft, sind die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen zu ernsthaften und viel versprechenden Geschäftsmöglichkeiten für heimische und ausländische multinationale Unternehmen geworden. Die Zuflüsse der internationalen Direktinvestitionen sind eindeutige Beweise für einen solchen Trend. Straffe Finanz- und Geldpolitik als auch Strukturreformen sind die wichtigsten Fundamente für die Stabilität und Wachstum des Landes. Die Situation des Arbeitsmarktes hat sich vor kurzem verbessert, muss aber noch an mehr Dynamik gewinnen. (Bertelsmann Transformation Index)

Eine Quelle von sozialen Problemen besteht aufgrund der extremen Einkommensunterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen, vor allem im Osten und Südosten des Landes. Offen bleibt, ob das politische System der Türkei ein solides Maß

an Nachhaltigkeit und somit weitere Fortschritte in Richtung vollständiger Einhaltung der demokratischen Normen, erreichen wird. (Bertelsmann Transformation Index)

Ein mögliches „Nein“ des Europäischen Rates in Hinblick auf den EU-Beitritt der Türkei erhebliche, wenn auch unberechenbare Auswirkungen auf die innenpolitische Situation der Türkei haben. Mehrere Europäische Länder befürworten eine „bevorzugte Partnerschaft“ zwischen der EU und der Türkei, und hoffen dabei eine vollständige EU-Mitgliedschaft der Türkei zu verhindern. Ein solches Ergebnis hätte schwerwiegende politische und soziale Auswirkungen in der Türkei. (Bertelsmann Transformation Index)

4.11.1 Die Fortschritte in der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien

Der Prozess der Beitrittsverhandlung startet mit einem Vergleich (Screening) der Gesetzgebungen. Dieses Screening begann 2005, 40 Jahre nach dem Ansuchen auf den EU-Beitritt der Türkei. Es werden dabei die Gesetze der Türkei mit denen der EU verglichen. *"Das Ziel ist zunächst, den Kandidaten zu erklären, woraus die Gesetze, Vorschriften und Standards der EU bestehen. In einer zweiten Phase werden die Gesetze dann abgeglichen. Am Schluss erstellt die Kommission einen so genannten Screening-Bericht"* (Nagy). Neben den Beitrittsverhandlungen fordert die EU dass die Türkei noch vor einem möglichen Beitritt, ihre Beziehungen zu den angrenzenden Ländern, vor allem Zypern, Armenien und Griechenland verbessert. (DW-World, Deutsche Welle), (Europa Glossar)

Bevor mit den Verhandlungen begonnen werden kann, wird jedes Kapitel einem Screening unterzogen. Die Türkei führt schon seit dem Jahr 2000 mit Belgien Verhandlungen bezüglich der Zollunion, die dem Screening ähnlich sind, durch. Es kann daher erwartet werden, dass Verhandlungen über einzelne Kapitel zügiger verlaufen können. Der Prozess des Screening gliedert sich in zwei Phasen. Zuerst erklärt die Europäische Kommission den gemeinsamen Besitzstand (Acquis) und erklärt woraus dieser besteht. Im zweiten Schritt folgt ein Vergleich der türkischen mit den EU-Gesetzen. Stellt die Europäische Kommission fest, dass die türkischen Gesetze mit einem Kapitel hinreichend harmonisieren, können für das zutreffende Kapitel Verhandlungen eröffnet werden. Es bedarf der Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten, die Beitrittsverhandlungen zu starten. Stellt die Kommission beim screening fest, dass keine ausreichend Übereinstimmung mit dem Kapitel besteht, so wird dieses geschlossen. Eine erneute Aufnahme für ein Screening eines bereits geschlossenen Kapitels ist möglich. (DW-World, Deutsche Welle), (Europa Glossar)

Ankara erhält vom Europäischen Rat einen Maßstab (Benchmarks) über die Schließung und Öffnung von allen 35 Kapiteln. Der Europäische Rat fordert von der Türkei ständig aktuelle Berichte über die Fortschritte in der Implementierung dieser Benchmarks. Diese Berichte werden vom Rat genau analysiert. Besteht kein ausreichender Fortschritt in der Umsetzung der Kriterien, empfiehlt der Rat der Türkei geeignete Maßnahmen zu treffen, um diese erfüllen zu können. Die Türkei hat somit die Kopenhagener Kriterien komplett zu erfüllen und die EU muss ihrerseits sicher stellen dass sie fähig ist die Türkei aufzunehmen, erst dann kann die Türkei ein Mitgliedsstaat werden. (DW-World, Deutsche Welle), (Europa Glossar)

5. Island

5.1 Fakten

Island ist der zweitgrößte Inselstaat Europas welcher sich südlich vom nördlichen Polarkreis befindet. Island zählt auf einer Fläche von 103.000km², wovon 79.000km² vergletschert und nicht besiedelbar sind, rund 317.600 Einwohner (2009), von denen 118.600 in der Hauptstadt Reykjavik leben. Die Bevölkerungsdichte ist mit 3,1 Einwohnern je m² sehr gering. Laut dem statistischen Landesamt befinden sich 96,5% Isländer und 3,5% ausländische Einwohner auf der Insel. Zu den Ausländern gehören polnische (18%), dänische (9%), philippinische (6%) und deutsche Staatsbürger. Die Amtssprache ist isländisch. (Travelnet), (WKÖ, 2010), (Wikipedia)

Die Staatsform Islands ist eine parlamentarische Republik. Das Staatsoberhaupt ist Präsident Ólafur Ragnar Grímsson und Regierungschef ist Premierministerin Jóhanna Sigurðardóttir. Island ist seit 1946 ein Mitglied der Vereinten Nationen. Des Weiteren ist Island Mitglied in verschiedenen internationalen Organisationen:

NATO, UNO (United Nations Organization), WTO, OECD, EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), EFTA (European Free Trade Organization), IWF, Europäische Zahlungsunion, Europarat, Nordischer Rat, Ostseerat, Artic Council.

Island hat Mitte 2010 den Status als EU-Beitrittskandidat verliehen bekommen. (WKÖ, 2010)

Bevor die Beitrittsverhandlungen mit Island begonnen werden, muss eine Lösung auf die Icesave- Frage erarbeitet werden. Icesave war bis zu ihrem Zusammenbruch eine Onlinebank, die mit niederländischen und britischen Kunden arbeitete. Hierbei geht es um die Abzahlung und zugleich Entschädigungszahlungen von Auslandsschulden damaliger Icesave-Kunden gegenüber den Niederlanden und Großbritannien in Summe von über 3,8 Mrd. EUR. Da sich Island mit den Gläubigern nicht über die Rückzahlung dieser hohen Summe einigen kann, werden solange die Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds nicht an Island ausgezahlt. Dies ist wahrscheinlich die aufwändigste Aufgabe die Island bewältigen muss, da ansonsten die EU die Beitrittsverhandlungen nicht starten wird. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der dem EU-Beitritt im Weg steht ist die Tatsache dass sich die Begeisterung der isländischen Bevölkerung für einen Beitritt in Grenzen hält. Waren Meinungsumfragen zufolge 2009 noch 70% der Bevölkerung für einen EU-Beitritt, änderte sich diese Meinung 2010 auf 70% gegen

den Beitritt. Diese radikale Änderung der Meinung ist darauf zurückzuführen, dass sich die isländischen Bewohner bezüglich des Icesave-Problems eine geeignete Unterstützung mit Lösungsvorschlägen von der EU gewünscht hätten. Die Fischerei hat zwar etwas an Bedeutung der isländischen Wirtschaft verloren, die Fischereirechte werden aber im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen einen wichtigen Aspekt einnehmen, da eine Zustimmung der Bevölkerung zu einer Änderung dieser Rechte erforderlich ist. Ein Beitritt zur EU würde sich zu Gunsten der isländischen Wirtschaft, wie z.B. durch eine stabile Währung, weniger hohen Zinssätzen und erleichterten Handelsbeziehung auswirken. Ein Beitritt wird für 2012 oder 2013 erwartet. (WKÖ, 2010)

5.2 Wirtschaft

Bis zum Jahr 2007 nahm die Fischerei die tragende Rolle in der isländischen Wirtschaft ein, danach ist der prozentuelle Anteil am BIP erheblich gefallen. Island kann Aluminium dank ihrer günstigen Energieproduktionskosten, vor allem Geothermie und Wasserkraft, relativ preiswert exportieren. Der Export an Aluminium nahm in den letzten Jahren sehr stark und hat sogar eine größere Rolle als die Fischerei eingenommen. Island hat eine effiziente Nutzung in der Gewinnung von Wasserkraft und geothermische Energie und belegt mit den alternativen Energiequellen den ersten Rang weltweit. (WKÖ, 2010)

Die Republik Island hatte seit dem Jahr 1900 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,5% jährlich. In den Jahren 2003 bis 2007 war das Wachstum besonders stark. Anfang 2008 war erstmals ein Rückgang des Wachstums zu verzeichnen, welcher massive Auswirkungen auf die Wirtschaft hatte, bis sogar die drei größten isländischen Banken zusammenbrachen. Davon betroffen waren folgende Banken: Kaupthing, Landsbanki und Glitnir. Um einen Kollaps der Gesamtwirtschaft des Landes zu vermeiden, wurden diese drei Banken zwangsverwaltet und staatliche Banken eröffnet. Trotz der schnellen Handlung der Regierung, konnte ein Zusammenbrechen der Realwirtschaft, extrem hohe Inflationsraten (15,9%), enorme Entwertung der Krone und ein Anstieg der Nettoverschuldung (39% im Jahr 2009), nicht vermieden werden. Der Wechselkurs der isländischen Krone fiel stark in Folge des Zusammenbruchs der Banken, konnte sich aber etwas durch Einschränkungen des Devisenhandels erholen. Preise im ganzen Land stiegen, vor allem die Importpreise. Dadurch schrumpfte die Inlandsnachfrage und führte zu zahlreichen Unternehmensinsolvenzen, was umfangreiche Arbeitsplatzverluste mit sich brachte. Die Handelsbilanz verzeichnete ein Rekorddefizit. (WKÖ, 2010)

Die isländischen Behörden haben um Zusammenarbeit mit dem IWF gebeten um nach dem Zusammenbruch der Banken die Bilanz zurückzusetzen. Die Hauptziele liegen in der Wiederherstellung des Bankensystems, den Devisenmarkt zu öffnen und die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik zu gewährleisten. Die ersten Maßnahmen bestanden aus einer Erhöhung der Tarifpolitik und der Wiedereröffnung des Devisenmarkts, wenn auch mit Einschränkungen auf Vermögensübertragungen. (WKÖ2, 2010)

Die Auswirkungen auf die Staatskasse waren durch niedrigere Einnahmen und steigende Ausgaben ziemlich tiefgreifend. Der gemeinsame Wirtschaftsplan der Regierung und dem IWF zielt in den nächsten Jahren auf eine signifikante Verbesserung der Bilanz ab, mit dem Ziel im Jahr 2013 einen Überschuss der gesamten Staatsbilanz zu erreichen. (WKÖ2, 2010)

5.3 BIP und BIP per cap

Die Aufzeichnungen vom „International Monetary fund“ zeigen einen stetigen Anstieg des BIP. Das BIP hat sich von 1993 bis 2008 mehr als verdoppelt (1993: \$5 Mrd. und 2008: \$12.8 Mrd.) Durch die Krise fiel das BIP bis zum Jahr 2010 um etwa \$1 Mrd.

Nach den Daten von „International Monetary fund“ war ein nachhaltiges Wachstum beim BIP/Einwohner bis zur Wirtschaftskrise zu verzeichnen. Auch das BIP/Kopf hat sich von 1993 bis 2008 mehr als verdoppelt (1993: \$19.000 und 2008: \$40.000). Seit der Krise sank das BIP/Kopf auf \$ 36.000 (2010). Im Vergleich zu anderen Europäischen Ländern liegt Island (Platz 19) damit im Ranking zwischen Deutschland (Platz 16) und Italien (Platz 21) und ist auch im durchschnittlichen EU Standard. Abzuwarten bleibt wann sich Islands Wirtschaft nachhaltig stabilisiert um weiterhin im Europäischen Mittelfeld zu sein. (Index Mundi, 2010), (International Monetary Fund, 2010)

5.4 Wirtschaftsstruktur

5.4.1 Export und Industrie

In Industriebetrieben werden unter anderem Zement, Düngemittel und Kieselgur produziert. Die dafür benötigten Rohstoffe (Kalkmaterialien) werden aus dem Meer bezogen. Des Weiteren werden in der Metallindustrie Schiffsbauten erzeugt. In anderen Industriezweigen werden Farben, Lederwaren, Wolle, Schuhe und Sportbekleidung hergestellt.

Die Exporte von Fischen und Fischprodukte nehmen die wichtigste Rolle in Islands Ausfuhren ein. Ein weiteres wichtiges Exportgut ist Aluminium, da es im Land Aufgrund sehr geringer Energiekosten hergestellt werden kann. Andere Ausfuhrzweige sind Biotechnologie und Computersoftware. Die Exporte machen 35% vom BIP aus. Die bedeutendsten Exportländer sind Großbritannien, USA und Deutschland. (Informationen zu Islands wirtschaftlichem Umfeld, 2005)

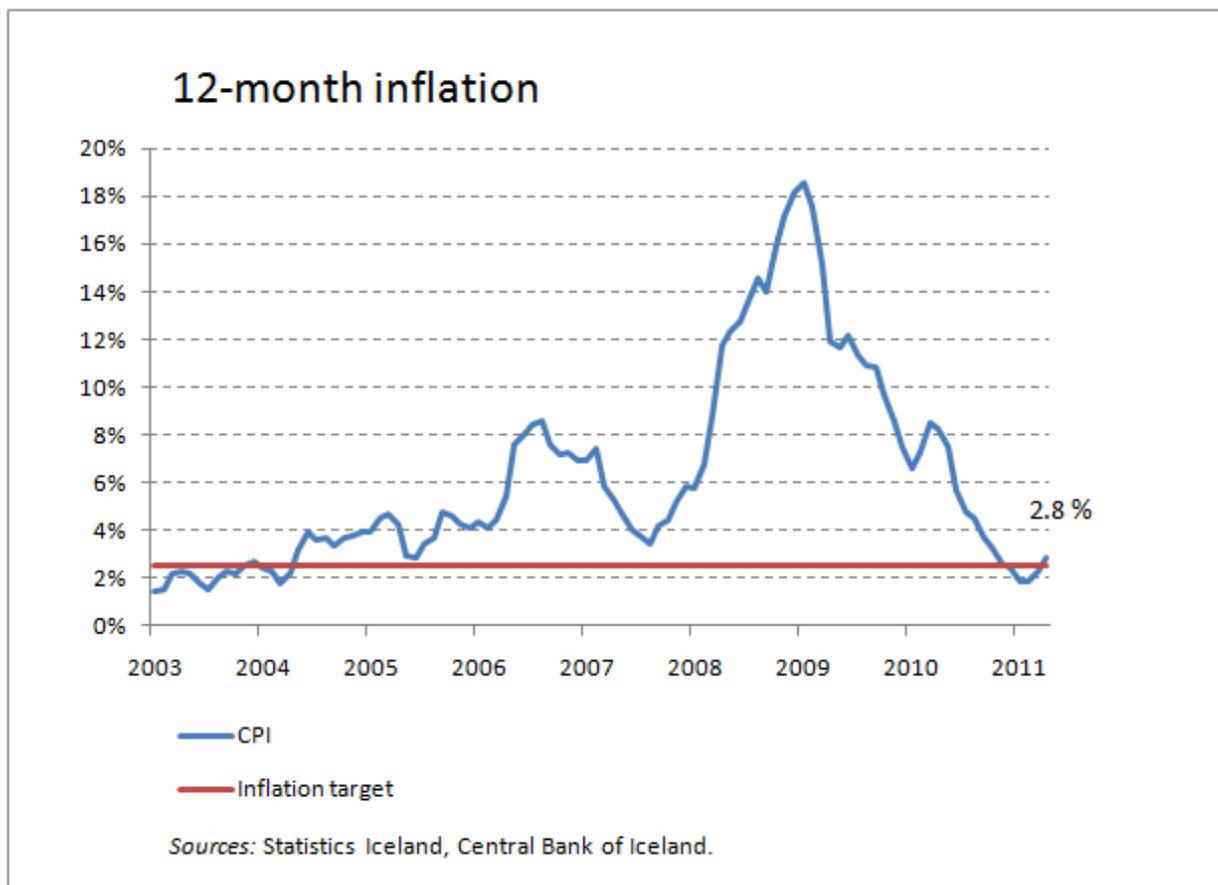
5.4.2 Tourismus

Der Tourismus nimmt in den letzten Jahren eine bedeutende Rolle in den Einnahmen Islands ein. Im Jahr 2006 lag der Anteil am BIP bei ca 4,1%. Im Jahr 1995 besuchten etwas 190.000 Touristen die Insel, 1999 waren es schon mehr als 262.000 und im Jahr 2000 über 302.000 Besucher (das sind mehr Touristen als Islands Einwohner!). Der Jährliche Anstieg an Touristen beträgt über 15%. Die meisten Besucher stammen aus Europa (rund 75%), vor allem aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden und Dänemark. Etwa 19% der Touristen kommen aus Nordamerika. (Statistics Iceland, 2008), (Elday, 2009)

5.4.3 Landwirtschaft

Island befindet sich in einer Region von aktiven Vulkanen und verfügt über Tundren und Gletscher. Der Großteil des Landes (60%) ist dürres Land, etwa ein Viertel ist mit Pflanzen bewachsen und etwa 14% des Landes besteht aus Seen oder Eis. Aus diesen Gründen ist Islands landwirtschaftliche Flächennutzung stark begrenzt. Nur etwas über 2% der Fläche wird für landwirtschaftliche Zwecke (Heu und Anbau) genutzt, dies ist auch auf das kalte Klima zurückzuführen. Die Insel verfügt über Nutztiere, insbesondere wird viel Wert auf die Produktion von Milch und Haltung von Schafen gelegt. Die Tierproduktion macht etwa 75% der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus. Aufgrund des kalten Klimas beschränkt sich der Gemüseanbau im Freiland auf Kartoffel, Rüben und Weißkohl. Aus dem Ausland müssen das meiste Gemüse und Obst eingeführt werden, auch Getreide wird zugekauft. Exportiert werden Süßwasserfische als auch Fleischprodukte. Die Landwirtschaft macht etwa 2% von isländischen BIP aus. (Elday, 2009b), (Bondi, 2008)

5.5 Inflation



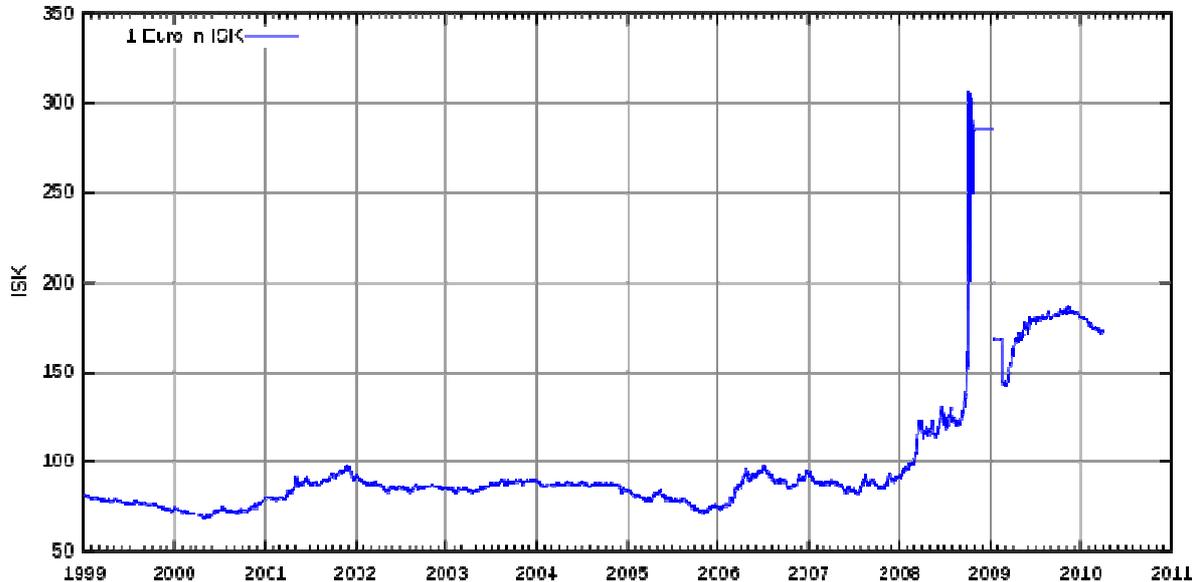
Grafik 15) Quelle: <http://www.sedlabanki.is/?pageid=201>

Der Finanzsektor wurde Anfang 2007 erheblich durch die globale Wirtschaftskrise geschwächt. Die drei größten Banken des Staates hatten massive Probleme sich Kapital am weltweiten Markt zu beschaffen, da die Schulden des Landes zehn Mal so hoch waren wie das BIP. Also sah sich die Isländische Nationalbank dazu gezwungen die drei Banken zwangszuverwalten, Kapital aus dem Ausland zu beschaffen und dieses den drei inländischen Banken zuzuschießen. Im ersten Halbjahr des Jahres 2008 verlor die Isländische Krone an Wert und die Inflation stieg auf 12%. (2007 bei 5%). Ende 2008 lag die Inflation bei 18,6% und die Währung vor 90% ihres Wertes.

Nachdem die Regierung das Bankensystem erfolgreich umstrukturierte, verbesserte sich die wirtschaftliche Lage und die Inflation und betrug im Dezember 2010 nur mehr 2,5%. Prognosen zufolge geht die Regierung davon aus Inflation im Bereich zwischen 2 und 3% zu halten. (Central Bank of Iceland, 2002), (U.S. Department of State, 2011), (Worldwide Inflation Data, 2007), (Central Bank of Iceland, 2002b)

5.6 Wechselkurse

Isländische Krone zum Euro



Grafik 16) Quelle: <http://www.ecb.int/stats/exchange/eurofxref/html/index.en.html>

Die Isländische Krone war in der Zeitperiode 1999 bis 2008 einigermaßen konstant und unterlag nur geringen Schwankungen, siehe Grafik. Von Januar bis September 2008 verlor der Wechselkurs von der Isländischen Krone gegenüber dem Euro um 35%. Die Inflation der Verbraucherpreise belief sich auf 14% und die Zinssätze im Land stiegen auf 15,5%. Die bislang härteste Wirtschaftslage in Island ereignete sich im Oktober 2008, als die Krone bei 344 zu einem Euro lag. Durch erfolgreich implementierte Maßnahmen der Regierung konnte der Kurs 2011 auf 160 gedrückt werden. (Central Bank of Iceland, 2008), (Central Bank of Iceland, 2008b), (Central Bank of Iceland, 2002c), (Nielsen, 2008), (Central Bank of Iceland, 2008c), (European Central Bank, 2011)

5.7 Islands Beziehung zur EU und Fortschritte über den Beitritt

Die Europäische Kommission erwähnte in ihrem Bericht vom November 2010, dass Island über eine stabile Demokratie verfügt und dass alle wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für einen EU-Beitritt gegeben sind. Die wichtigen Handlungen des

isländischen Parlaments und der Staatsanwaltschaft, welche in Reaktion auf die Finanzkrise gesetzt wurden, bestätigte das Komitee. Im Bericht der Kommission werden die Wirtschaftsentwicklungen und die Chancen Islands erwähnt. Islands Regierung hat eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaft erreicht, insbesondere ist eine Stabilität der Währung gegeben, die Zinssätze, Inflation und Verschuldung wurden gesenkt und ein Überschuss im Außenhandel wurde geschaffen. Als weitere wichtige Aufgabe gilt es den Finanzbereich zu stabilisieren und die Arbeitslosenrate zu senken. (Europäische Kommission), (AHK Island), (WKÖ5, 2010)

Durch die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum hat Island schon die Mehrheit des EU-Rechts in ins nationale Recht übernommen. (Europäische Kommission), (AHK Island), (WKÖ5, 2010)

Nachdem die Banken Ende 2008 und damit die Isländische Wirtschaft zusammenbrachen, erfolgte Juli 2009 das Ansuchen auf einen Beitritt zur EU. Als wichtigstes Ziel Islands gilt es unmittelbar nach dem EU-Beitritt die Gemeinschaftswährung (€) einzuführen und damit die Wirtschaft und Währung langfristig stabil zu halten. *„Eine Einführung des Euro kommt für Island erst mit dem Beitritt zur Europäischen Union und danach mindestens zweijähriger Vorbereitung einschließlich der Erfüllung der „Maastricht-Kriterien“ in Betracht“* (WKÖ5, 2010).

Bevor die Verhandlungen mit der EU begonnen werden können, wird ein Screening unternommen. Das bedeutet, dass Island die Möglichkeit hat den Besitzstand durchzusehen und die EU feststellen kann, welche Handlungen von Island zu setzen sind, um den Besitzstand vollständig zu erfüllen. Sobald das Screening beendet ist, können die Verhandlungen über die noch zu erfüllenden Kapitel begonnen werden. Nach Islands Durchsicht des Besitzstands, ist es der Meinung dass, 2/3 des EU-Rechts schon ins isländische Recht integriert wurden. Zu den aufwändigsten und noch nicht erfüllten Kapiteln, gehören die Fischerei und die Landwirtschaft. Island hat aber auch festgestellt, dass sie große wirtschaftliche und politische Aufgaben zu bewältigen haben. Im politischen Bereich muss Island eine unabhängige Justiz, besonderes in der Aufstellung von Richtern, schaffen. Die EU-Kommission fordert folgende Bereiche der Wirtschaft zu verbessern: Finanzdienstleistungen, freier Kapitalverkehr, Landwirtschaft, Umwelt und Fischerei. Wie viele Kapitel tatsächlich von Island bereits erfüllt wurden, bleibt bis zum Ende des Screeningverfahrens offen. (Europäische Kommission), (AHK Island), (WKÖ5, 2010)

Die Kommission schätzt, dass ein Beitritt Islands keinen großen Einfluss auf die Beständigkeit der EU nehmen würde und daher keineswegs die Weiterentwicklung der EU zu stören vermag. (Europäische Kommission), (AHK Island), (WKÖ5, 2010)

Aus diesen Gründen schlägt die Kommission vor, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Island zu starten. (Europäische Kommission), (AHK Island), (WKÖ5, 2010)

6. Vergleichsländer

6.1 Litauen

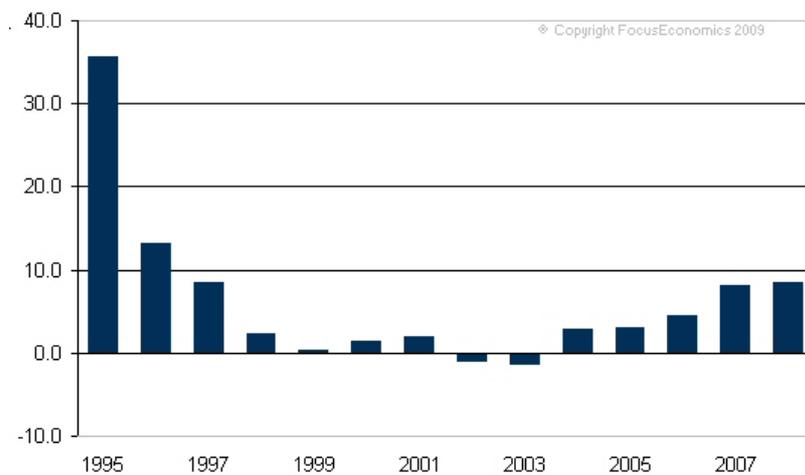
6.1.1 Einleitung

Die Republik Litauen (Lietuvos Respublika) ist ein Staat im Nordosten Europas, der südlichste der drei Baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen). Litauen grenzt an Lettland, Weißrussland, Polen und die russische Exklave Kaliningrad. Im Westen des Landes liegt die Baltische See. Der kleine Staat hat 3.244.000 Einwohner und die Hauptstadt ist Vilnius. 1990 war Litauen das erste Land welches die Unabhängigkeit von der damaligen Sowjetunion erklärte und ist heute eine moderne demokratische Republik. Die Präsidentin ist Dalia Grybauskaitė und der Premierminister heißt Andrius Kubilius. 2004 wurde Litauen Mitglied der Europäischen Union. Vor der Finanzkrise zwischen 2007 und 2010 hatte Litauen eine der am schnellsten wachsenden Wirtschaften in Europa. Litauen ist Mitglied der Nato, des Europarates und seit 2007 auch Mitglied des Schengen Abkommens. (CIA World Factbook Lithuania)

6.1.2 Wirtschaft

Seit der Unabhängigkeit im September 1991 hat Litauen stetige Fortschritte bei der Entwicklung einer modernen Marktwirtschaft erzielt. Schon in den Neunzigern wurde 50% des staatlichen Eigentums privatisiert und der Handel mit einer allmählichen Abkehr von der früheren Sowjetunion zu den westlichen Märkten umorientiert. Darüber hinaus hat die litauische Regierung auf eine disziplinierte Haushalts- und Finanzpolitik geachtet, welche die Inflation zum Absturz brachte. Von einem monatlichen Durchschnitt von rund 14% im ersten Halbjahr 1993 wurde die Inflation auf durchschnittlich 3,1% im Jahr 1994 gesenkt. Die industrielle Produktion betrug im Jahr 1993 weniger als die Hälfte der Produktion von 1991. Die Wirtschaft schien ab 1994 das schlimmste überstanden zu haben und die Politik legte den Grundstein für eine kräftige Erholung in den nächsten Jahren. Der Aufschwung basierte stark auf der strategischen Lage Litauens mit seinen eisfreien Hafen Klaipėda und seiner Bahn und Autobahn Verbindung zu Osteuropa, Weißrussland, Russland und der Ukraine, auf dem landwirtschaftlichen Potenzial, den hochqualifizierten Arbeitskräften und diversifizierten

Industrieunternehmen. Aufgrund mangelnder wichtiger natürlicher Ressourcen blieb Litauen abhängig von der Einfuhr von Brennstoffen und Rohmaterialien. Litauen konnte durch den disziplinierten Ansatz zu Marktreform und die Einhaltung der strengen Finanz- und Geldpolitik des IWF die Inflation senken und ein BIP-Wachstum von 6% in 1997 und 4,5% im Jahr 1998 erzielen. Ausländische Direktinvestitionen und das Privatisierungsprogramm unterstützte die Wachstumsdynamik im Jahr 1998. Litauen wurde am EU-Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 ermutigt die EU-Beitrittsverhandlungen Anfang 2000 zu beginnen. Die wirtschaftliche Lage hat sich 2002 weiter verbessert. Während des ersten und zweiten Quartals 2002 wuchs das BIP um 4,4% und 6,9% und die Inflation war niedrig. Verbesserungen wurden auch in den Bereichen Privatisierung und Deregulierung erreicht.

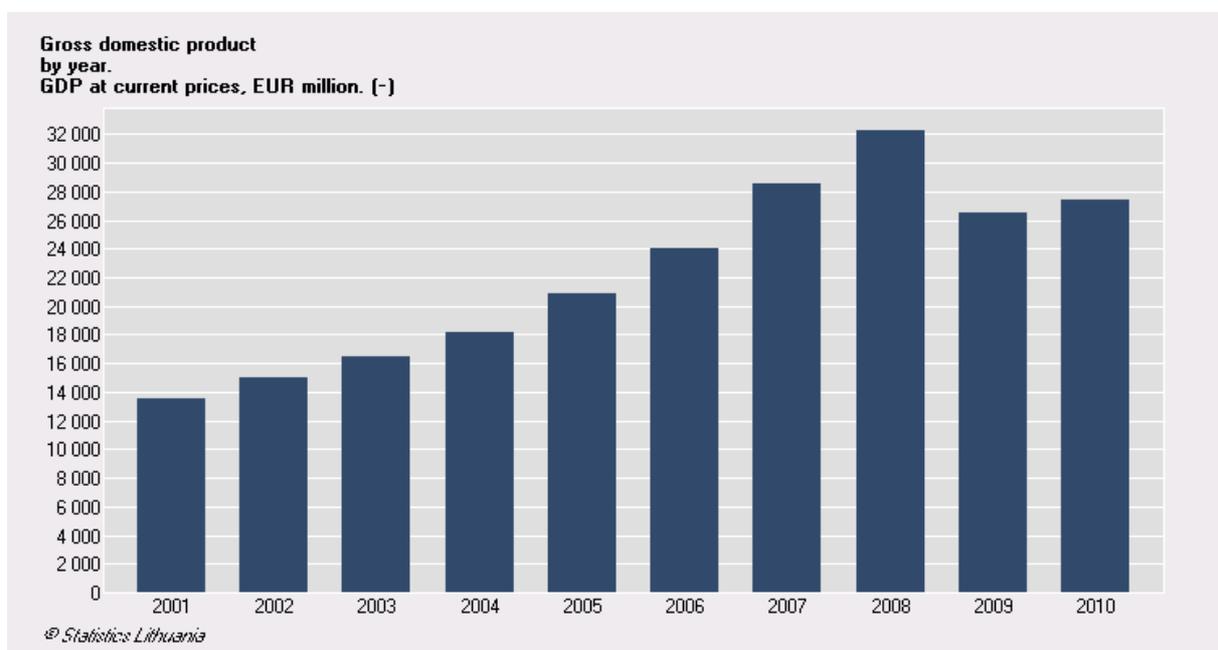


Grafik 17) Quelle: Entwicklung des Verbraucherpreisindex (CPI); Statistics Lithuania;

Die Abwertung des russischen Rubels im August 1998 brachte der Wirtschaft ein negatives Wachstum und zwang Litauen zur Neuausrichtung des Handels von Russland in Richtung Westen. Im Jahr 1997 lagen die Ausfuhren in Staaten der ehemaligen Sowjetunion bei 45% der gesamten litauischen Exporte. Im Jahr 2006 betragen die Ausfuhren nach Osten (in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten - GUS) nur 21% der Gesamtausfuhren, während die Ausfuhren in die EU-25 63% und in die Vereinigten Staaten 4,3% ausmachten. Am 2. Februar 2002 hat Litauen die Litas von US-Dollar auf den Euro gebunden zum Kurs von 3,4528 Litas für 1 Euro. Seit dem EU-Beitritt hat Litauen eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht. Das BIP-Wachstum von durchschnittlich 8% pro Jahr seit 2004 (bis Ende 2008) zählt zu den höchsten der EU-Mitgliedsstaaten was zu einer erheblichen Annäherung an das durchschnittliche Einkommensniveau in der EU beitrug.

Litauen hatte ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren das wesentlich zur Verbesserung des Lebensstandards beitrug. Rasantes Wachstum hat Litauen zu einem BIP

pro Kopf (in KKS) von fast 61,6% des EU25-Durchschnitts im Jahr 2008 verholten – deutlich mehr als 47% im Jahre 2003. Das Wachstum wurde fast ausschließlich von der Inlandsnachfrage, durch reale Lohnerhöhungen, das rasche Kreditwachstum und EU-Zuschüsse gefördert und angetrieben. Hohes Wachstum hat auch dazu beigetragen die Arbeitslosigkeit von über 13% im Jahr 2003 auf 4,4% im Jahr 2007 erheblich zu reduzieren. Darüber hinaus trug die Auswanderung seit dem Beitritt Litauens zur EU noch beträchtlich zum Arbeitskräftemangel sowie in Folge zur Steigerung der Löhne. (Bertelsmann Transformation Index), (Economic Chamber of Macedonia), (Statistics Lithuania), (IMF)



Grafik 18) Quelle: Statistics Lithuania;

<http://db1.stat.gov.lt/statbank/SelectTable/omrade0.asp?SubjectCode=S2&PLanguage=1&ShowNews=OFF>

Litauen hat nahezu alle ehemals staatlichen Unternehmen privatisiert. Mehr als 79% der Wertschöpfung wird durch den privaten Sektor generiert. Der Anteil der Beschäftigten im privaten Sektor liegt über 65%. Die Privatisierung des Bankensektors wurde noch im Jahr 2001 abgeschlossen wobei 89% dieses Sektors mit ausländischem (vor allem skandinavischem) Kapital finanziert wurde.

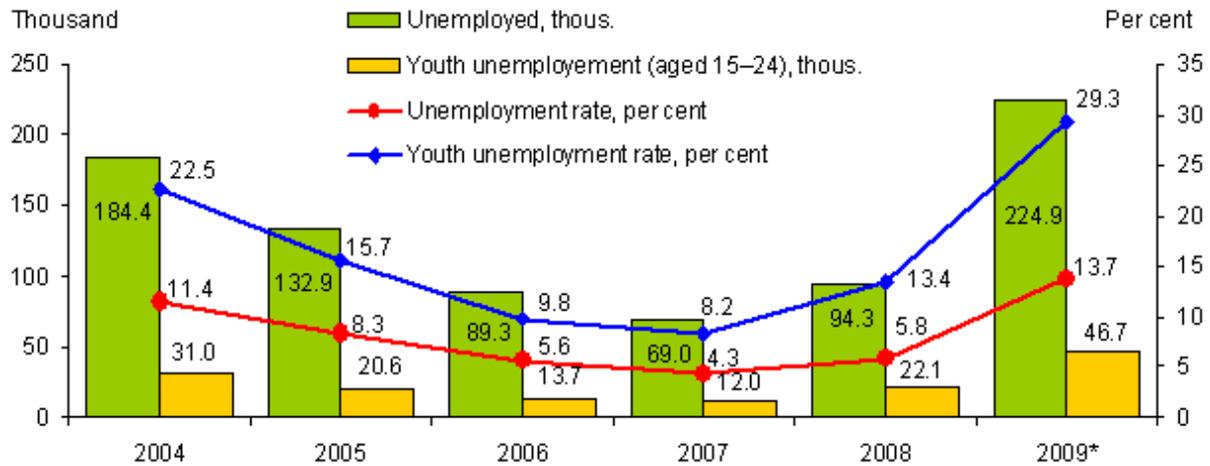
Die Verkehrsinfrastruktur stammt größtenteils noch aus der sowjetischen Periode und ist im Allgemeinen gut seit der Unabhängigkeit erhalten. Litauen hat einen eisfreien Hafen (Klaipeda) mit Fährverbindungen zu deutschen, schwedischen und dänischen Häfen. Das

Straßennetz ist gut. Die Telekommunikation hat sich seit der Unabhängigkeit als Folge der hohen Investitionen deutlich verbessert.

Nach dem Beitritt zur EU wuchs die Wirtschaft Litauens und erreichte einen Rekord von 8,9% BIP-Wachstum im Jahr 2007. Das starke Wachstum verlangsamte sich im vierten Quartal 2008 (3,0%) hervorgerufen durch die Finanzkrise. Im Jahr 2009 traf die globale Finanzkrise die litauische Wirtschaft hart. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 schrumpfte die Wirtschaft um 15,7% gegenüber 2008. Das war die schlechteste BIP-Entwicklung seit dem Jahr 1995. Wachsende Arbeitslosigkeit und niedrigeres Einkommen haben zu einigen begrenzten sozialen Unruhen im Frühjahr 2009 beigetragen, als Tausende von Litauern sich aus Protest rund um das Parlamentsgebäude versammelten und anspruchsvolle Maßnahme von der Regierung zur Förderung der Wirtschaft verlangten. Daraufhin verabschiedete die Regierung ein 2,3 Milliarden USD Konjunkturprogramm. Das BIP stieg um 4,6% im letzten Quartal 2010 gegenüber dem entsprechenden Quartal 2009. Im Jahr 2010 konnte ein Wachstum der Bruttowertschöpfung in der Industrie, Energie (um 5,7%), Handel, Verkehr und Kommunikation (3,1%) beobachtet werden. Der größte Rückgang der Bruttowertschöpfung wurde im Baugewerbe (um 8,6%), der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei (3,1%) beobachtet.

Nach Prognosen des Litauischen Finanzministeriums sollte sich das BIP um 2,8% im Jahr 2011 erhöhen, während die Bank von Litauen ein Wachstum um 3,1% erwartet.

Der Export von Waren, der wichtigste Treiber der litauischen Wirtschaft, zeigte 2010 weitaus bessere Zahlen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2009. Erst im November 2010 fiel der Export um 0,3% auf monatlicher Basis, während die Ausfuhr der Güter litauischer Herkunft weiterhin ein Wachstum auf jährlicher Basis verzeichnen.



Grafik 19) Quelle: Statistics Lithuania; [http://www.stat.gov.lt/en/news/view/?id=8680&PHPSESSID=.](http://www.stat.gov.lt/en/news/view/?id=8680&PHPSESSID=)

Als 2004 die neuen Mitgliedstaaten der EU beitraten löste das eine Migrationswelle von Ost nach Westeuropa, da die Arbeiter aus Litauen, Lettland und Polen höhere Löhne in Irland und Großbritannien erwarten konnten als in ihren Heimatländern. Zwischen 2004 und 2007 haben sich 7% der Litauischen Arbeitskraft für eine Arbeitserlaubnis in Irland und Großbritannien registriert. Elsner (2010) untersuchte ob und in welcher Höhe sich diese Auswanderung auf das Wachstum der Gehälter des Ursprungslandes auswirkt. Signifikant positive Effekte der Auswanderung fand er nur bei Gehältern von Männern, wobei die Effekte stärker bei ledigen als bei verheirateten Männern ausgeprägt waren. Für einen Prozentpunkt Wachstums bei der Emigration ergab seine Forschung etwa 1% Wachstum bei den Gehältern der männlichen, zurückgebliebenen Population. (Elsner, 2010), (CIA World Factbook Lithuania), (Economic Outlook 2011 Lithuania, 2010), (Bertelsmann Transformation Index), (Econstore), (IMF), (Bloomberg), (Traveldocs, Lithuania)

6.2 Bulgarien

Bulgarien mit der Hauptstadt Sofia ist eine Republik und befindet sich im südlichen Teil Europas. Laut den aktuellsten Daten, hat Bulgarien mehr als 7,6 Millionen Einwohner und pro km² leben etwa 70 Menschen. Das Land verfügt über eine Fläche von knappen 111.000km². Die Nachbarländer sind Mazedonien und Serbien im Westen, Rumänien im Norden, die Türkei und Griechenland grenzen im Süden an Bulgarien. Das Schwarze Meer ist östlich vom Land. (Coface Austria, 2009)

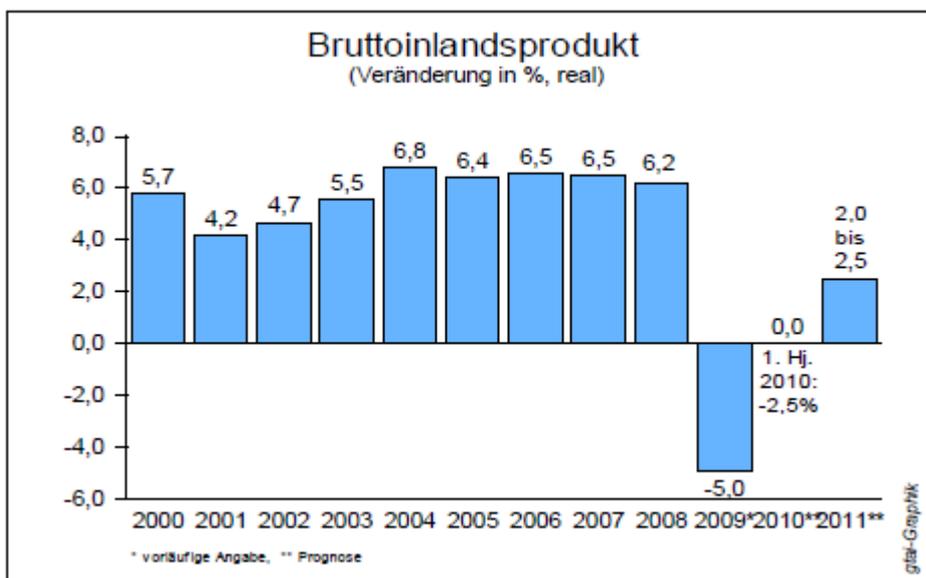
Etwa 84% der Bevölkerung sind Bulgaren, 9% Türken und Roma 5%. Desweiteren gibt es Serben, Armenier und Griechen. (Coface Austria, 2009)

Die Amtssprache ist bulgarisch und im Land wird die kyrillische Schrift verwendet. Das Staatsoberhaupt ist Präsident Georgi Parwanow und der Regierungschef Ministerpräsident Bojko Borissow. (Hercksen, 2008)

Bulgarien ist Mitglied der NATO, WTO und der EU. (Coface Austria, 2009)

6.2.1 Wirtschaft

Wirtschaftswachstum:



Grafik 20) Quelle: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/bulgarien.pdf

BIP: € 35.430 (2008) und € 35.042 (2009)

BIP/ Einwohner: € 4.657,8 (2008) und € 4.633,0 (2009)

Inflationsrate: 7,8% (2008); 0,6% (2009); 2,0% (August 2010) und 1,7% (Prognose für 2011)

Staatsverschuldung in Prozent des BIP : 14,1 (2008); 14,8 (2009)

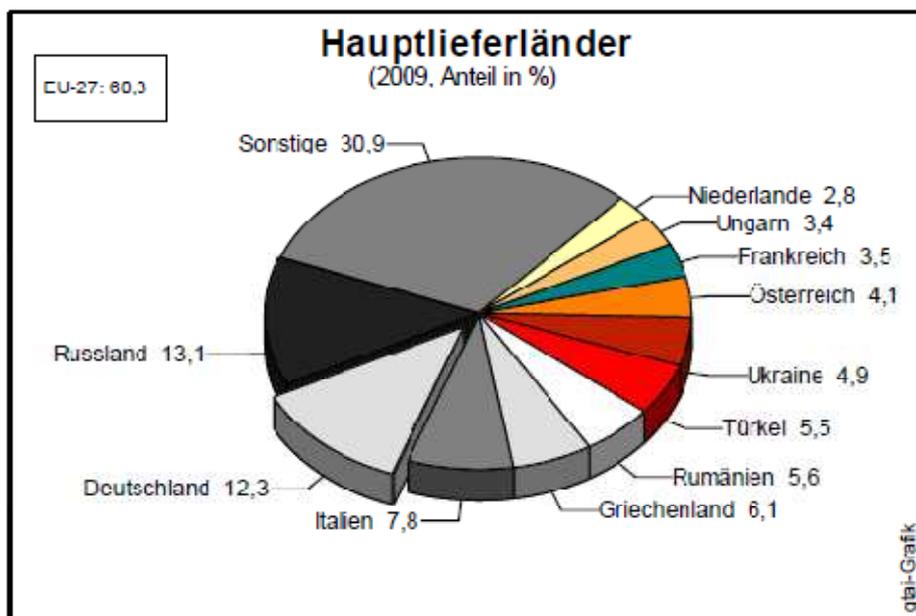
Arbeitslosigkeit: 6,3% (2008); 9,1% (2009) und 9,1% (August 2010)

Außenhandel in Mio. € für Importe: 25.093,5 (2008) und 16.875,7 (2009)

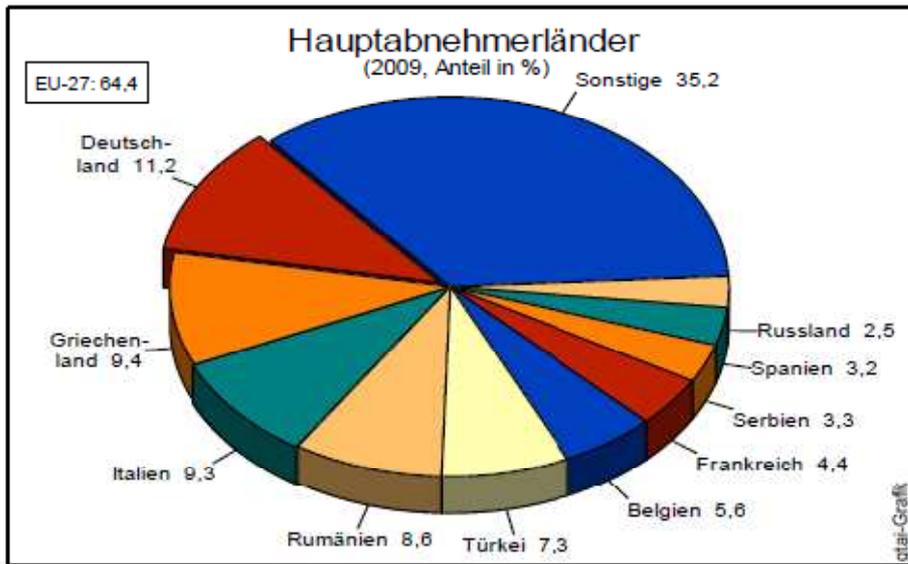
Außenhandel in Mio. € für Exporte: 15.203,8 (2008) und 11.699,3 (2009)

(Germany Trade & Invest)

Die bedeutendsten Handelspartner Bulgariens:



Grafik 21) Quelle: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/bulgarien.pdf



Grafik 22) Quelle: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/bulgarien.pdf

Ausländische Direktinvestitionen: 6.685,9 (2008) und 3.281,9 (2009)

Auslandsverschuldung (Brutto) in Mio. €: 37.100,1 (2008); 37.808,1 (2009) und 36.474,4 (Juli 2010)

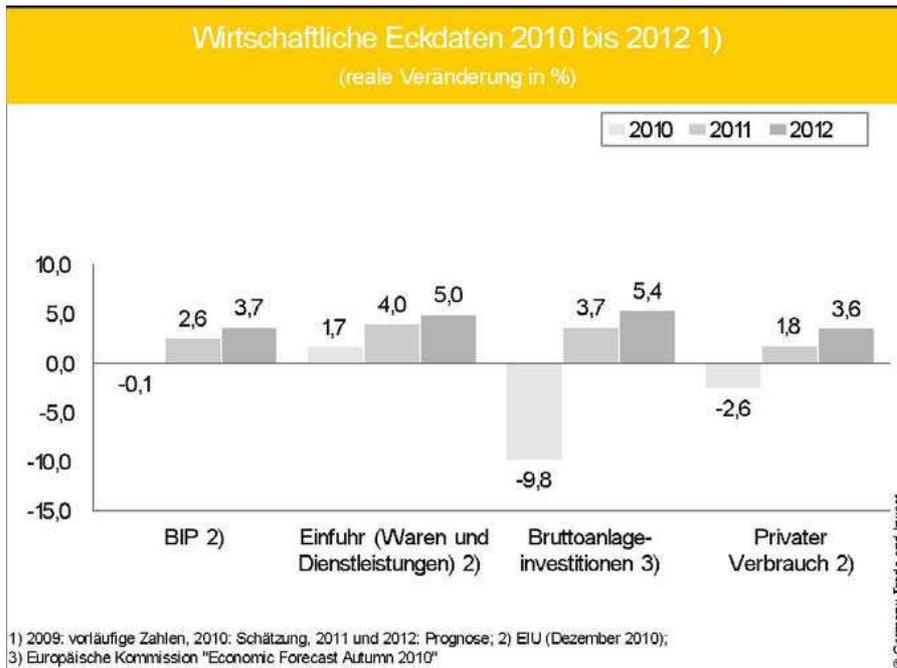
(Germany Trade & Invest)

Wechselkurs: Bulgarien verfügt über einen Fixen Wechselkurs seit 21.06.2010.

1€ = 1,95583 Lewa (GTAI)

6.2.2 BIP

Im Jahr 2010 waren in Bulgarien die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch spürbar. Das Wachstum des BIP war genauso wie im Vorjahr (2009), negativ. Nach Meinungen der Ökonomen von Economist Intelligence Unit (EIU) sollte die Volkswirtschaft des Landes erst im Jahr (2011) ein Wachstum von 2,6% erreichen. (GTAI)



Grafik 23) Quelle: http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_8679.pdf?show=true

6.2.3 Konsum

Im Bereich der Konsumgüter gibt es einiges aufzuholen. Bulgarien hat ein sehr niedriges Lohnniveau und ist das EU-Land mit dem niedrigsten BIP/Kopf. Es herrschen sehr große Unterschiede im Einkommen zwischen Regionen des Landes und der Stadt Sofia. (GTAI)

6.2.4 Außenhandel

Im Bereich des Außenhandels hat Bulgarien bei den Exporten wesentlich mehr zugelegt als bei den Importen. Vor allem sind die Ausfuhren in Drittstaaten sehr angestiegen. Wichtige Handelspartner sind die Türkei, Serbien, China und Brasilien. (GTAI)

Gesamtwirtschaftliche Prognosen (reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %)				
Indikator 1)	2009	2010	2011	2012
Bruttoinlandsprodukt 2)	-4,9	-0,1	2,6	3,7
Bruttoanlageinvestitionen 3)	-29,0	-9,8	3,7	5,4
Privater Verbrauch 2)	-3,5	-2,6	1,8	3,6
Einfuhr (Waren und Dienstleistungen) 2)	-21,5	1,7	4,0	5,0
Ausfuhr (Waren und Dienstleistungen) 2)	-10,3	10,6	3,8	4,3
Durchschnittlicher nominaler Bruttojahreslohn 4)	11,6	k.A.	k.A.	k.A.
Durchschnittlicher realer Monatslohn 5)	5,5	6,4	k.A.	k.A.
Inflationsrate 3)	2,5	2,9	3,2	3,1
Arbeitslosenquote (keine Änderungsrate) 4)	6,8	9,5	k.A.	k.A.
Kreditzinsen 2)	11,3	11,2	9,8	8,8
Staatsverschuldung (% des BIP) 3)	14,7	18,2	20,2	20,8

1) 2009: verfügbare Zahlen, 2010: Schätzung, 2011 und 2012: Prognose; 2) EIU (Dezember 2010); 3) Europäische Kommission „Economic Forecast Autumn 2010“; 4) NSI (Arbeitslosenquote für 2010: 3. Quartal); 5) Confederation of Independent Trade Unions in Bulgaria (2010: 3. Quartal)
Anm.: Daten für 2009, wenn nicht anders vermerkt; 1) NSI (Stand: 31.12.2009), 2) BNB (Stand: 30.9.2010), 3) BNB (Stand: 31.10.2010), 4) Eurostat (Abfrage: 26.11.2010)

Grafik 24) Quelle: http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_8679.pdf?show=true

6.2.5 Wirtschaftslage

Im Jahr 2009 fiel die bulgarische Wirtschaft nach einer längeren Wachstumsperiode von 6% im Schnitt. Prognosen zufolge kann von einer Erholung bereits 2011 ausgegangen werden.

(Coface Austria2)

Die Wirtschaftskrise traf Bulgarien nicht unwesentlich. 2009 rutschte die Wachstumsrate des BIP erstmals seit 1997 in den negativen Bereich. Da Bulgariens Währung einen fixen Wechselkurs zum Euro hat, wurde dadurch keine Abwertung der Währung verursacht und die Banken waren nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen. (Coface Austria2)

Mitte des Jahres 2008 erreichte die Inflation ein Hoch von 12,5%. Die Konjunktur wurde schwächer und dadurch wird die Inflation in den kommenden Jahren Werte zwischen zwei und drei Prozent erreichen. Aufgrund der Erhöhung der Geldmenge und Gehalterhöhungen, folgte ein starker Preisdruck. Reformen gewisser Wirtschaftssektoren, welche für stärkere Konkurrenz gesorgt hätten, blieben aus. (Coface Austria2)

6.2.6 Entwicklungen seit dem EU-Beitritt 2007

Bulgarien strebte durch den Beitritt zur EU folgende Ziele an: Die Korruption bekämpfen, einen höheren Wohlstand und eine gerechte Justiz. Die Arbeitsmarktsituation hat sich folgendermaßen entwickelt. Die gut qualifizierten Arbeitskräfte werden angemessen entlohnt, jedoch gibt es ein für die Menschen ohne Ausbildung Gehälter unter dem EU-Durchschnitt (2008). Im Schnitt bekam ein bulgarischer Arbeitnehmer umgerechnet nur ca. € 3600 jährlich. Die Mindestentlohnung liegt sogar bei nur € 120 monatlich. Dadurch wird die Einkommensschere zwischen Reich und Arm ausgeprägter. Viele bulgarische Staatsbürger sahen sich daher gezwungen ins Ausland auszuwandern um beruflich Fuß zu fangen.

Die von der EU bis zum Jahr 2013 gewährten finanziellen Mitteln (€ 11 Mrd.) für Bulgarien kommen dem Volk nur sehr zögerlich zu gute. Die EU-Zentrale kritisiert Bulgarien für den enorm hohen bürokratischen Aufwand da das Geld großteils nur „herumliegt“ und nicht in Bereichen investiert wird wo es nötig ist. Es besteht zudem auch eine Unklarheit über bewilligte Anträge und tatsächlich ausgezahlten Fördergelder, da nur jeder zehnte Bewilligte Antrag ausgezahlt wird. 2008 stellte die EU fest, dass eine große Menge an EU-Fördergelder wie z.B. durch Betrugerei veruntreut wurde. Experten zufolge fließen etwa 20% der EU-Fördergelder in die Korruption. (Bulgarischer Nationaler Rundfunk, 2010), (Vienna's Weekly European Journal, 2010), (Sommerbauer, 2008)

6.2.7 Wirtschaftliche Zukunft Bulgariens

Kann in Zukunft von einer wirtschaftlichen Stabilität des Landes ausgegangen werden? Bulgarien hat in den letzten 13 Jahren große Fortschritte in Bezug auf die allgemeine finanzielle Stabilität geleistet. Der Stabilitäts- und Wirtschaftspakt sorgt für eine Kontinuität der Finanzpolitik. Allerdings hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Bulgarien zu einer erhöhten Unsicherheit und verschlechterten Erwartungen geführt. Trotzdem gelingt es der Regierung die nicht einfache Wirtschaftslage des Landes zu stabilisieren und eine umsichtige Finanzpolitik durchzusetzen. (Ministry of finance of the Republic of Bulgaria)

6.3 Polen

Polen: Makroökonomischer Datenkranz und Prognosen, 2001–2010 (%)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009*	2010**
BIP-Wachstum, real, % gegenüber Vorjahr	1,2	1,4	3,9	5,3	3,6	6,3	6,5	5,3	0,8	1,2
Arbeitslosenquote, %	16,2	19,7	19,9	19,5	18,2	16,2	12,7	9,8	11,8	12,1
Inflation, % gegenüber Vorjahr	5,5	1,9	0,8	3,6	2,1	1,1	2,4	4,4	3,8	2,9
Leistungsbilanzdefizit, % des BIP	-3,1	-2,8	-2,5	-4	-1,2	-2,7	-4,7	-5,5	-2	-3,5
Auslandsverschuldung, % des BIP	37,8	42,9	49,5	51,2	43,7	49,6	54,4	46,4	54,9	53,7
Fiskaldefizit, % des BIP	-5,1	-5	-6,3	-5,7	-4,3	-3,9	-1,9	-3,9	-5,5	-4,3
Staatsschulden, % des BIP	37,6	42,2	47,1	45,7	47,1	47,6	45,2	47,1	51	54
PLN/EUR, Periodendurchschnitt	3,67	3,85	4,4	4,53	4,02	3,9	3,78	3,52	4,31	4,1

* = geschätzt, ** = Prognose

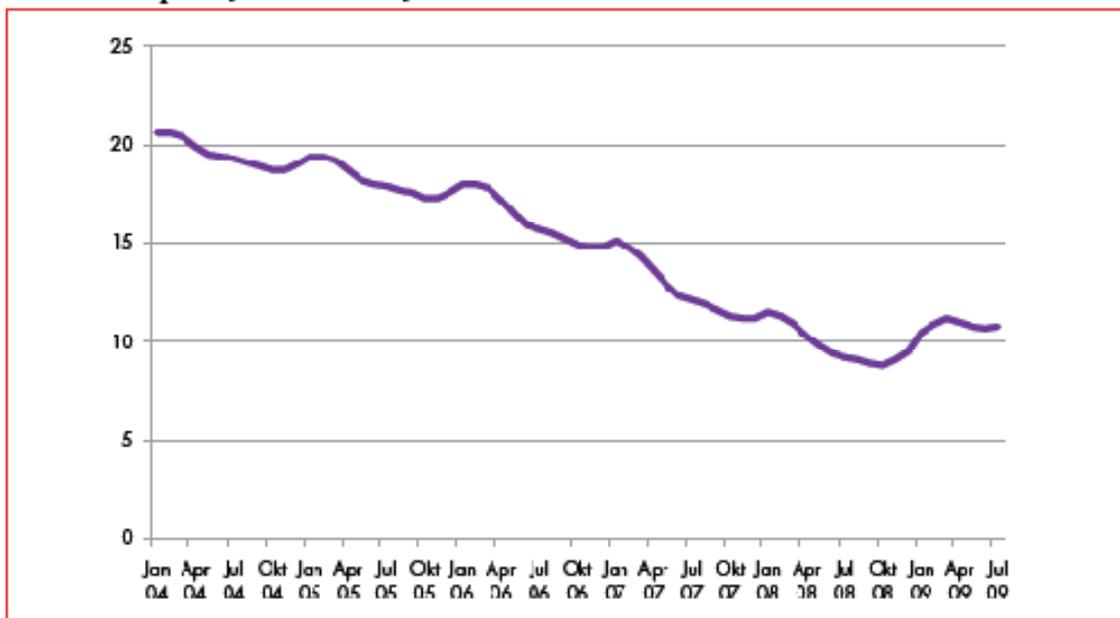
Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

Grafik 25) Quelle: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf>

6.3.1 Entwicklung seit dem EU-Beitritt

Wirtschaftsaufschwung in den Jahren 2004 bis 2007

Arbeitslosenquote, Januar 2004 – Juli 2009 (%)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Stopa bezrobocia w latach 1990-2009 (bezrobocie rejestrowane) [Die Arbeitslosenquote 1990-2009 (registrierte Arbeitslosigkeit)], www.stat.gov.pl/gus/5840_677_P_K_HTML.htm (abgerufen am 01.10.2009).

Grafik 26) Quelle: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf>

Polens Wirtschaft entwickelte sich in den Jahren 2006 und 2007 in die positive Richtung. Es wurden weniger Arbeitslose verzeichnet und das BIP stieg 2007 höher als im Jahr davor. Dies ist auf steigende Direktinvestitionen aus dem Ausland, Anstieg des privaten Konsums und Binnennachfrage zurückzuführen. Die Konsumfreude ist auf den Rückgang der Arbeitslosenquote zurückzuführen. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

Der Beitritt zur EU bescherte Polen große finanzielle Unterstützungen. Lag die Unterstützung in den Jahren 2003 und 2004 bei 1,1 Mrd. Euro, stieg diese nur innerhalb nur zwei Jahren auf 12,6 Mrd. Euro. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 wurde eine Förderung der EU von 67,3 Mrd. Euro zugesichert. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

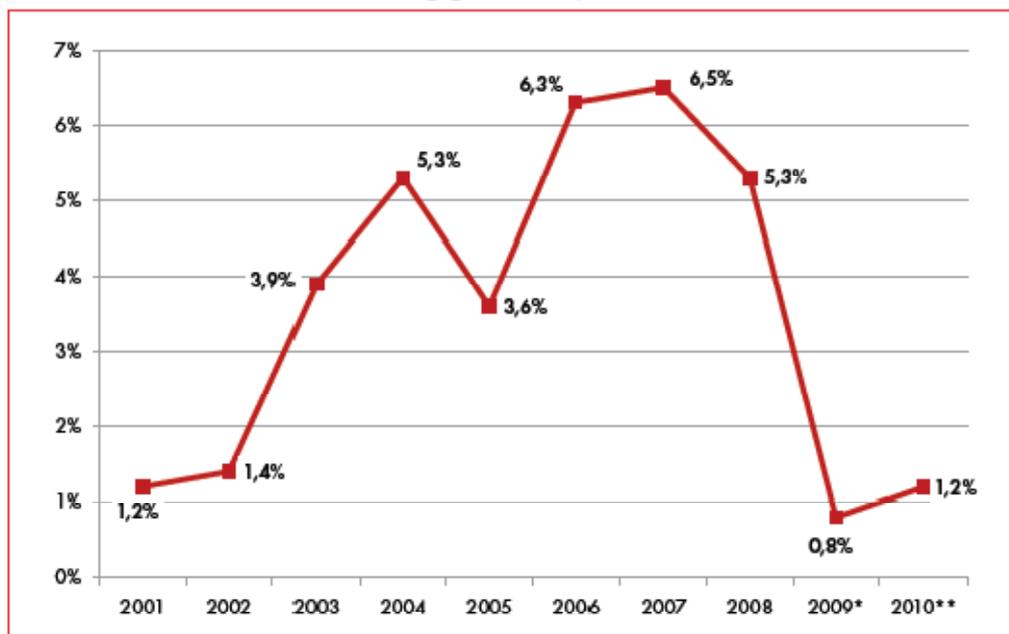
Durch enorme ausländische Direktinvestitionen und der Auswanderung vieler Arbeiter fiel im Jahr die Arbeitslosenquote zum ersten Mal seit 1999 auf einen einstelligen Bereich. Einen maßgeblichen Einfluss hatten auch die Gehälter und Löhne, welche 2007, im Vergleich zu 2006 um 10% angestiegen sind. Die Erhöhung der Gehälter erfolgte aufgrund zu wenig im Land verfügbarer Fachkräften, da seit 2004 etwa zwei Mill. polnische Staatsbürger eine Arbeit im Ausland aufsuchten. Da bis zum Jahr 2007 schätzungsweise 10 Mrd. Euro durch im Ausland arbeitende Polen ins Inland überwiesen wurden, hat die polnische Wirtschaft keine negative Auswirkung durch die Auswanderung polnischer Fachkräfte zu spüren bekommen. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

Kurzer Überblick: (2009)

Die Volkswirtschaft der Polnischen Republik ist im Vergleich zu den anderen Mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) relativ stabil. Die weltweite Wirtschaftskrise hat jedoch einige Schwachstellen des Landes offenbart, deshalb sollte der wirtschaftliche Standpunkt nicht überbewertet werden. Es sind einige Reformen aufgrund dieser Schwächen nötig. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

Verglichen mit anderen stark steigenden Wirtschaften, wie die EU-15, die Türkei, Russland oder den übrigen neun MOEL war die Volkswirtschaft Polens nur sehr gering von der Finanzkrise betroffen. Im Jahr 2009 stieg Polens BIP und das Land hatte fast grenzenlosen Zugang am Kapitalmarkt. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

BIP-Wachstum, real, 2001–2010, in % gegenüber Vorjahr



* - geschätzt, ** - Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

Grafik 27) Quelle: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf>

Die starke Wirtschaftsleistung des Landes stützt auf vier Pfeilern: (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

1. Das BIP des Staates ist in den Jahren von 2000 bis 2008 nachhaltig gewachsen. Die Bereiche öffentlicher und privater Konsum sind im Vergleich zu den MOEL-5 (Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei und Polen) stärker gewachsen. Das Wachstum der Exporte war ebenfalls von 2000 bis 2008 positiv. Daraus lässt sich festhalten, dass Polen ähnliche volkswirtschaftliche Strukturen wie die anderen MOEL-5 hat und somit stark Wettbewerbsfähig ist. (Deutsches Polen-Institut

Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

Leistungsbilanzdefizit, 2001–2010 (% des BIP)



* - geschätzt, ** - Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

Grafik 28) Quelle: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf>

2. Aufgrund des Aufbaus der polnischen Volkswirtschaft ist diese weniger auf externe Schocks anfällig, als die anderer Länder. Das Land verfügt über eine hohe Binnennachfrage, wovon es profitiert. Aufgrund der Größe des Binnenmarkts, nehmen die Exporte eine weniger bedeutende Rolle ein, als in anderen MOEL und in zahlreichen EU-15. Außerdem hat Polen einen höheren Differenzierungsgrad in den Exporten als andere MOEL. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)
3. Die polnische Regierung hat gemeinsam mit der Nationalbank für ihr Land unterschiedliche Stabilisierungsmaßnahmen implementiert. Insbesondere hat man großen Wert auf die Liquiditätsfähigkeit der Banken gelegt und diesbezüglich Abkommen mit der den Zentralbanken westlicher Länder getroffen. Diese Vereinbarungen beinhalteten eine Reduktion der Mindestreserveanforderungen und eine Kontrolle der Zahlungsfähigkeit polnischer Banken. Die polnische Nationalbank konnte die Leitzinsen senken. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

4. Polen finanzierten deren Wirtschaftswachstum erst 2005 mit großen Krediten und war daher nicht so stark wie andere MOEL von der Wirtschaftskrise betroffen. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

Polens Volkswirtschaft ist solide und wirkt sich dank seiner engen Verbindung zu Ländern der EU-15 indirekt stabilisierend auf die EU-27 aus. Polen übt nur wenig direkte Stabilisierung auf andere MOEL aus, da diese wirtschaftlich mehr mit den westlichen Ländern der EU in Verbindung stehen. Obwohl Polens Wirtschaft stabil ist, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ein Grund dafür die finanzielle Ausweitung westlicher Länder stark dazu beigetragen hat. Insbesondere Deutschland hat sehr stark nach Polen expandiert. Der wichtigste Exportpartner Polens ist mit 26,06% Deutschland. Auch die meisten Importe erfolgen aus Deutschland mit 28,08%. Der deutsche Nachbar ist somit der wichtigste Handelspartner Polens. Dennoch sollte die aktuelle stabile Wirtschaftslage mittelfristig gesehen nicht überbewertet werden. Die in den letzten Jahren erfolgten Wachstumsraten von bis zu 6%, hielten nicht lange an und stürzten auf nur 1% ab. Dies ist auf ein Sinken des privaten Konsums als auch der Exporte und Importe zurückzuführen. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa), (Central Intelligence Agency)

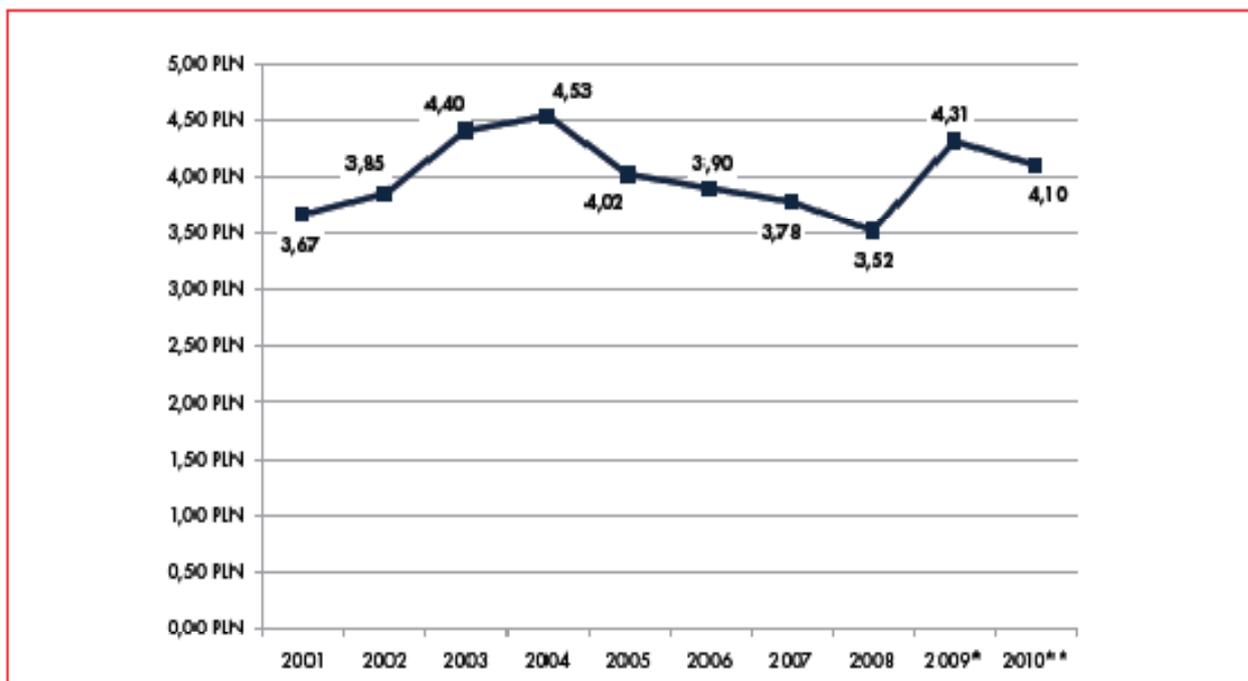
Auslandsverflechtung = (Exporte + Importe) / BIP

Polen	2009	2010	Deutschland	2009	2010
Exporte	\$ 142,1 Mrd.	\$ 160,8 Mrd.	Exporte	\$ 1.145 Billion	\$1.337 Billion
Importe	\$ 146,4 Mrd	\$ 167,4 Mrd.	Importe	\$ 956,7 Mrd.	\$ 1,12 Billion
BIP	\$ 689,6 Mrd.	\$ 721,7 Mrd	BIP	\$ 2.857 Billion	\$ 2.951 Billion
BIP/Kopf	\$ 18.200	\$ 18.800	BIP/Kopf	\$ 34.700	\$ 35.900
Auslandsverflechtung	41,84%	45,48%	Auslandsverflechtung	40,11%	45,34%

Grafik 29) Quelle: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pl.html>,
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gm.html>

Der Bankensektor hat im Bereich Risikovorsorgung hohe Ausgaben, da die weltweite Finanzkrise mittelfristig einige Schwachstellen im Land hervorgerufen hat. Ein großes Problem stellen der Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzen dar. Diese Positionen wurden in der Budgetplanung nicht als große Schwachstellen des Landes erkannt deshalb konnte in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs das Defizit des BIP nicht unter 2-3% gehalten werden. Da eine Unfähigkeit in der Umstellung und Anpassung der Staatsfinanzen herrschte, verschlechterten sich die Finanzen im Land. Das ehrgeizige Ziel der Regierung, die Gemeinschaftswährung einzuführen, wurde damit durchbrochen. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa), (Central Intelligence Agency)

Wechselkurs PLN/EUR, 2001–2010 (Periodendurchschnitt)



* - geschätzt, ** - Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

Grafik 30) Quelle: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf>

Polen benötigt mittel- bis langfristig eine verlässliche finanzpolitische und aussichtsreiche Eurostrategie um die hohen Kursschwankungen der Währung umgehend zu abzuschwächen. Das Land muss, um eine nachhaltige wirtschaftliche Stabilisierung zu erreichen, gewisse Strukturen in folgenden Bereichen reformieren: „*Verbesserung des Geschäftsklimas bzw. der Wahrnehmung der Qualität der Regierung im privaten Sektor, Verbesserung der Infrastruktur und Diversifizierung der Energieversorgung. In diesen Bereichen weist Polen nicht nur einen Rückstand gegenüber anderen MOEL auf, sondern auch im Vergleich mit anderen großen aufstrebenden Ökonomien wie den BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China) Mexiko, Südafrika oder der Türkei*“ (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa). Der Anteil an Erwerbspersonen liegt im Vergleich zu den zuvor aufgezählten Ländern (außer Südafrika) unterhalb dem Wert dieser Staaten. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

Um den wirtschaftlichen Stand der EU-15 und der MOEL zu erreichen, benötigt Polen mittelfristig einen starken Anstieg des Wachstums. Die polnische Bevölkerung hat eines der geringsten Einkommen pro Kopf der EU. Langzeitstudien zufolge ist ein steiler

Wachstumsanstieg in Polen jedoch nicht in Sicht. (Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa)

6.4 Malta

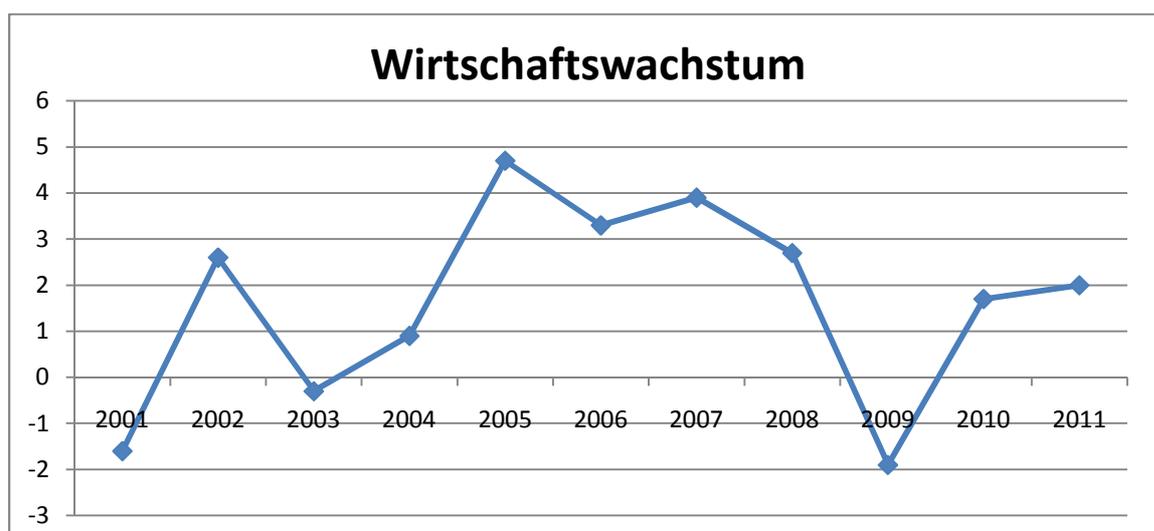
6.4.1 Einleitung

Malta ist Mitglied der Europäischen Union seit 2004 und zugleich auch ihr kleinster Staat. Der kleine Inselstaat hat 407.265 Einwohner und befindet sich im Mittelmeer südlich von Italien, näher dem afrikanischen Kontinent als Europa. Die Hauptstadt des nur 316 km² großen Zwergstaates ist Valetta auf der Hauptinsel Malta. Desweiteren gibt es noch die zweite Hauptinsel Gozo. Malta wurde am 21. September 1964 vom Vereinigten Königreich unabhängig. Heute ist Malta eine demokratische Republik. Ihr Präsident heißt George Abela und der Premierminister ist Lawrence Gonzi. (CIA World Factbook Malta)

Die Republik im Mittelmeer hat keinerlei Bodenschätze. Malta setzt verstärkt auf den Ausbau des Tourismus, ist aber auch als Produktionsstandort für europäische Unternehmen interessant geworden. In den siebziger Jahren war Malta das Billiglohnland für europäische Unternehmen. Als Kontrast zur Situation in den siebziger Jahren gibt es heute zahlreiche Wohlstandsindikatoren. Beispielsweise kommen auf die rund 400.000 Einwohner etwa 353.000 Mobilfunkverträge oder 276.000 Fahrzeuge auf den zwei Hauptinseln. In den letzten Jahren hat die Inselrepublik einen beachtlichen Strukturwandel erlebt. Die meisten früheren Textilfabrikationen sind in osteuropäische Länder und nach China abgewandert. Die Öffnung des heimischen Marktes kostete Tausende Arbeitsplätze, da die heimische Produktion weitgehend durch hohe Zölle geschützt war. Malta setzt auf Standortvorteile wie die englische Landessprache, aber auch qualifiziertes, Englisch sprechendes Personal zu günstigen Preisen welche die Angebote aus Malta konkurrenzfähig gemacht. Ein Softwareentwickler in Malta kostet nur etwa ein Drittel des Preises in England. In diesem Bereich ist für viele europäische Unternehmen bereits jetzt Malta um einiges rentabler als Softwaredivisionen in Indien. Der größte Industriearbeitgeber ist der italienische Chiphersteller ST Microelectronics, gefolgt von dem deutschen Spielwarenhersteller Playmobil. Die Fertigung auf Malta ist weitaus attraktiver als die asiatische, weil jedes Jahr 40 Prozent der Produkte wechselten und kurzfristig auf Marktwünsche reagiert werden müsse. (Government of Malta), (Times of Malta), (Bank of Malta)

6.4.2 Wirtschaft

Schon Jahre vor dem Beitritt (2004) war Malta eng mit der EU verbunden. Bereits 2002 gingen 41% der maltesischen Exporte in die EU und 63% der Importe kamen aus der EU. Der Lebensstandard war im Schnitt niedriger als der EU-Durchschnitt jedoch blühte vor allem der Tourismus im letzten Jahrzehnt vor dem Beitritt, durch zahlreiche britische und deutsche Touristen auf. Schon vor dem Beitritt wurde Malta aufgrund niedrigerer Löhne und Steuern als in der EU ein attraktiver Investitionsstandort. Aufzeichnungen des Eurostat aus dem Jahr 2002, also zwei Jahre vor dem Beitritt, zeigen ein Wirtschaftswachstum von 2,6% eine Inflationsrate von ebenfalls 2,6% und eine Arbeitslosenquote von 6,5%. Aufgrund dieser Daten befand die Europäische Kommission, dass Malta mit dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union zurechtkommen konnte. In Folge der Wirtschaftskrise schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 1,9% (4,1% in der Eurozone). Damit fiel die Rezession weniger dramatisch aus als in einigen größeren EU-Ländern. Seit dem vierten Quartal 2009 befindet sich die Wirtschaft wieder im Aufstieg. Im Schlussquartal 2009 stieg das reale BIP um 1,3% und erhöhte sich im ersten Quartal 2010 um weitere 3,4%. Dies ist einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen in diesem Zeitraum von 11 % gegenüber dem Vorjahr zu verdanken. (Bank of Malta), (Business Podium), (Statistics Malta)



Grafik 31) Quelle: Eurostat, IMF;

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020>

Ein weiterer Grund ist der Anstieg des privaten Konsums in Höhe von 1,5%. Ursache dafür war die schwache Entwicklung der Verbraucherpreise. Auch der höhere Freibetrag der

Einkommensteuer beeinflusste den stärkeren Konsum der Malteser positiv. Kredite an den privaten Sektor konnten 2009 gegenüber 2008 um 8,3% gesteigert werden, da die Banken auf Malta kaum von der Krise berührt wurden. Die voranschreitende Diversifizierung der Wirtschaft beeinflusste eine schnellere Überwindung der Krise. Angesichts der positiven Entwicklungen im Jahr 2010 wird 2011 ein reales BIP-Wachstum von rund 2-2,5% erwartet. Die Arbeitslosenquote ging im Jahr 2010 wieder etwas zurück. Im Juni 2010 lag sie bei 6,5%, im ersten Halbjahr 2010 durchschnittlich bei 6,8%. Aufgrund der Fortschritte bei den Strukturreformen hat Malta 2008 auch den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel einführen dürfen. Obwohl der Beitritt zum Eurogebiet beigetragen hatte die Auswirkungen der Krise zu mildern wurde, wie in einer solchen offenen Wirtschaft erwartet der Schock vor allem durch den Handel und die schrumpfende externe Nachfrage übertragen. Der Abschwung war besonders ausgeprägt im Tourismus und der Industrie, zwei Sektoren, die stark abhängig von der Nachfrage im Ausland sind. Die Touristenankünfte im Jahr 2009 gingen um 8,4% zurück, während die Bruttowertschöpfung der Verarbeitungsindustrie um mehr als 18% sank. Auf der anderen Seite haben sich mehrere Dienstleistungsbranchen, die sich dank dem Zugang zum Binnenmarkt vermehren, als ziemlich widerstandsfähig gegen die globale Rezession gezeigt und ihre Leistung verhalf der Außenhandelsbilanz für Waren und Dienstleistungen zum ersten Mal seit 2002 zum Überschuss. Deshalb war die inländische Rezession weniger stark und kürzer als anderswo. Der Rückgang der Investitionen hemmte zwar die Nachfrage im Jahr 2009 aber der private Konsum hielt. Der Rückgang der Ausfuhren betrug weniger als man erwartet hätte. Bei gegebenem starkem Rückgang des Welthandels zusammen mit einem steileren Rückgang der Einfuhren trugen die netto Exporte positiv zum BIP bei. (Bank of Malta), (Statistics Malta), (Government of Malta)

Diese Konjunkturabschwächung spiegelte sich wiederum auf dem Arbeitsmarkt wieder. Die Arbeitslosenquote stieg moderat in der ersten Hälfte des Jahres von 6% am Ende des Jahres 2008 und hat sich mit rund 7% seitdem stabilisiert. Die Inflation und die Preisentwicklung im Jahr 2009 entsprachen nicht denen im Euro-Währungsgebiet. Die Teuerung der Energie- und Nahrungsmittelpreise in der ersten Hälfte des Jahres verlangsamte sich deutlich in der zweiten Hälfte. Als ein Ergebnis war die Inflationsrate in Malta deutlich niedriger als in der Eurozone. Während der wirtschaftlichen Rezession führte Malta die öffentlichen Finanzen relativ gut, obwohl das Land noch mit den Problemen eines übermäßigen Defizits kämpft. Das Verhältnis des Defizits zum BIP sank von 4,5% auf 3,8% trotz der Ausgaben von 0,7% des BIP für gezielte Unterstützung von Unternehmen der Verarbeitungsindustrie. Die gesamtstaatliche

Schuldenquote stieg um rund fünf Prozentpunkte Ende des Jahres auf 69,1% des BIP und ist immer noch unter den geschätzten 78,7% des Durchschnitts des Euroraums. (Bank of Malta), (Statistics Malta)

Die relative Widerstandsfähigkeit der maltesischen Wirtschaft beruht im Wesentlichen auf vier Faktoren. Der erste ist die Einführung des Euro. Die einheitliche Währung war ein wichtiges Mittel zur Stabilisierung während der Turbulenzen auf den Finanzmärkten da Malta nicht die Risiken einer kleinen und anfälligen Landeswährung zu tragen hatte. Andererseits ging auch ein wertvolles Regulierungsinstrument in Form der alten Landeswährung (durch Abwertung der eigenen Währung kann der Export angekurbelt werden) verloren.

Ausführlicher wird dieses Thema im Kapitel – Meinungen von Ökonomen zur gemeinsamen Währungsunion (EMU) – behandelt. Die Bedrohung durch die Finanzkrise wurde auch durch die Stärke und Stabilität von Maltas Bankensystem gemildert. Maltas Banken profitierten von einem Ansatz auf Grundlage traditioneller Vermittlung zwischen Einzelanleger und Kreditnehmer. Ihr Finanzierungsmodell hat kein Vertrauen in Großmärkte. Während der Krise blieben das Kapital und die Liquidität der Banken deutlich über dem regulatorischen Minimum, was dazu beigetragen hat das Vertrauen der Anleger zu erhalten. Der dritte Faktor war die laufende Diversifizierung der Wirtschaft in Richtung höherwertiger Dienstleistungen wie Finanzdienste. Der gemeinsame Anteil dieser Dienste in der Brutto-Wertschöpfung im Jahr 2004 betrug 25% und konnte auf 35% in 2009 erhöht werden. Erfolg konnte auch bei der Gewinnung neuer Verarbeitungsgewerbe wie Arzneimittel und Flugzeugwartung registriert werden, obwohl diese nicht die sinkende Bedeutung der traditionellen Branchen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie umgekehrt haben. Schließlich war es die direkte Budgethilfe an produzierende Unternehmen, die die Auswirkungen der schwächeren Auslandsnachfrage auf den Arbeitsmarkt abschwächte. Dieser Anreiz wurde durch die Einleitung einer Reihe von Infrastruktur- und Umweltprojekten ergänzt. (Government of Malta), (Bank of Malta)

6.4.3 Wirtschaftliche Veränderung seit dem Beitritt

2003 wurde das Wirtschaftswachstum in hohem Maße von der inländischen Nachfrage getragen und der Anstieg des Wirtschaftswachstums ab 2005 ist auf erhöhte Nettoexporte zurückzuführen.

Als heimischer Wachstumstreiber trug der private Konsum jedes Jahr seit 2003 zum stärkeren Wachstum bei. Der Beitrag der Investitionen war ungleichmäßig, besonders stark war er im Jahr 2005. Dies reflektiert eine Zunahme an Investitionen in die Infrastruktur finanziert mit EU-Mitteln, zahlreiche private Gründungen im Pharma-, Luftfahrt- und Finanzsektor sowie eine Reihe von Erweiterungen von alteingesessenen ausländischen Firmen. Der Beitrag der Investitionen fiel im Jahr 2006 und wurde im ersten Quartal 2007 sogar negativ. Die Bedeutung der ausländischen Investitionen als Quelle wirtschaftlichen Wachstums spiegelt sich in dem Verhältnis der ausländischen Direktinvestitionen zum BIP, die bei etwa 70% im Jahr 2005 lagen und zu den höchsten in der EU gehörten.

Das Verhältnis der ausländischen Direktinvestitionen zu den Bruttoanlageinvestitionen gehört auch zu den höchsten in EU war mit wenigen Ausnahmen seit mehr als zwanzig Jahren über dem EU-Durchschnitt. Das könnte auch weiterhin so bleiben da ausländische Investoren positiv auf das stabile gesamtwirtschaftliche Umfeld und die laufenden Strukturreformen reagieren. Im Jahr 2005 betragen die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen rund 55% der Bruttoanlageinvestitionen. 37% waren es im Jahr 2004. Diese stiegen auf 142% im Jahr 2006. Der anhaltende Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen verbessert weiterhin die Arbeitsproduktivität, die in 2006 bei rund 90% des EU-Durchschnitts lag. Laut einer Studie der Europäischen Kommission wurde der Aufschwung im Jahr 2005 zu einem großen Teil durch eine verbesserte Produktivität untermauert. Im Gegensatz dazu standen die Entwicklungen zwischen 2001 und 2004, als die Produktivität und Auslastung des Arbeitskräftepotenzials im Durchschnitt negativ zum Wachstum beitrug. Das Produktivitätswachstum war auch im Jahr 2006 stark hielt bis 2008 an.

Seit 2001 wurde die Leistungsbilanz negativ durch eine Verringerung der Nachfrage und der Preise für elektronische Produkte (etwa die Hälfte der heimischen Warenexporte) beeinflusst. Dies wurde durch einen Rückgang im Tourismus, die andere wichtige Quelle von Deviseneinnahmen, zum Teil durch die wachsende Konkurrenz durch billigere Destinationen verstärkt. In 2005 und 2006 trugen die höheren Kosten für Ölimporte wesentlich zur Erweiterung des externen Ungleichgewichts und spiegelt Maltas völlige Abhängigkeit von Öl für die Stromerzeugung und für eine energieintensive Meerwasserentsalzung um die

Wasserversorgung aus natürlichen Quellen zu erweitern. In diesen zwei Jahren überschritt der Anteil der Ölimporte am BIP sein Niveau von 2004 um 3% (2005) bis 2% (2006).
(Government of Malta), (Bank of Malta), (Statistics Malta)

7. Ansichten von Ökonomen zur Erweiterung der EU

7.1 Grundlegende Gründe der Erweiterung

Obwohl sich die politischen und wirtschaftlichen Umstände zwischen der letzten großen Beitrittswelle von 2004/2007 und der bevorstehenden Erweiterung aufgrund bereits erfolgter Binnenmarktvergrößerung und der Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre verändert haben, wollen wir in diesem Kapitel grundlegende Beweggründe für einen Beitritt sowohl für den Beitrittskandidaten als auch für den Gemeinschaftsraum erfassen.

Der Eintritt in große integrierte Märkte verspricht einen Anstieg der Produktion, Produktivität und des Einkommens in den beitretenden Marktwirtschaften sowie die Gewissheit Krisen besser bewältigen zu können. Vor Allem kleine Staaten suchen einen Anschluss an große Wirtschaftsblöcke um einen Schutz vor diskriminierenden Maßnahmen größerer Länder zu erhalten. Besonders wichtig ist das Vertrauen in die wirtschaftlich stimulierende Wirkung einer Mitgliedschaft in einer starken Wirtschaftsgemeinschaft und der Beitritt zur Zollunion die einen Zugang zum gemeinsamen, liberalisierten Markt ermöglicht. Die Maßnahmen zur Öffnung zum Gemeinschaftsraum bringen selbst wohlstandsfördernde Effekte da der Liberalisierungsgrad in den Kandidatenländern meist viel niedriger ist als bei den Mitgliedern. Gerade diese Öffnung und das daraus hervorgehende geringere Risiko machen die Beitrittskandidaten interessant für Direktinvestitionen aus dem Gemeinschaftsraum.

Obwohl durch die Erweiterung enorm hohe Kosten für die bestehenden Mitglieder entstehen erhoffen sie sich von jeder Erweiterung des Wirtschaftsraumes eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Insbesondere in den Bereichen der Lebensmittelindustrie, Investitionsgüterindustrie und im Banken- und Telekommunikationssektor sehen viele Mitgliedsländer Absatzpotential in den neuen Beitrittsländern. Speziell die kleineren Beitrittsländer können das Potential des großen Gemeinschaftsraumes durch Spezialisierung aufgrund von „Economies of Scale“ nutzen. Obwohl gewaltige Wachstumsraten wie die von Spanien (80ern) und Irland (90ern) nicht zu erwarten sind, müssten insgesamt nachhaltige höhere Wachstumsraten erzielt werden, als dies in der jetzigen EU-27 der Fall ist. Schließlich soll aus der Sicht der Beitrittskandidaten eine Anpassung an den durchschnittlichen Wohlstand der EU-27 erfolgen.

Das wahrscheinlich stärkste Argument der EU welches für eine Erweiterung spricht ist die große politische- als auch wirtschaftliche Macht als „Verbündete“. Als Gründe der Kandidaten dem vereinten Europa beizutreten wären etwa höherer Lebensstandard und Sicherheit als auch der gemeinsame Binnenmarkt zu nennen.

Das wirtschaftliche Interesse in einer Erweiterung dürfte für die EU wesentlich kleiner sein als für die Bewerberländer. Tritt eine wirtschaftlich kleine Region einer wirtschaftlich großen Region bei, so profitieren zwar beide Regionen von den Wohlfahrtseffekten, jedoch erzielt die kleine Region einen größeren Nutzen. Wenn etwa Regionen mit unterdurchschnittlicher/n Produktivität und Gehältern einer Region mit (über)durchschnittlicher/n Produktivität und Gehältern beitrifft, so profitiert die große Region Großteils aufgrund des Wegfalls von Zöllen und Importsteuern von günstigeren Importen. Die schwächeren wirtschaftlichen Regionen haben einen viel größeren Nutzen. Sie profitieren von der starken finanziellen Förderung von EU Geldern. Vor allem schwache Wirtschaftsländer stellen eine wesentliche Belastung für starke Länder der großen Region dar. (Baldwin, 1995)

Die Erweiterung beinhaltet einige Integrationseffekte, die aufgrund der Liberalisierung, des Binnenmarkts sowie der Wirtschafts- und Währungsunion auftritt:

- Binnenmarkteffekte: Da alle Mitglieder am gesamten Binnenmarkt teilnehmen werden die Effizienz sowie der Preiswettbewerb gesteigert (Preise sinken).
- Handelseffekte : Die Teilnahme an der Zollunion bewirkt neben dem Zollabbau auch den Wegfall der Grenzkontrollen.
- Faktorwanderung: Direktinvestitionen gehen von den reichen Ländern in finanziell schwächere. Der durch die Lohnunterschiede entstehenden Arbeitsmigration von den finanziell schwächeren in reichere Länder wird teilweise durch eine sieben jährige Frist vorgebeugt.
- Kosten der Erweiterung: Aufgrund ihres Entwicklungsniveaus sind die neuen Mitgliedsstaaten Nettoempfänger aus dem EU-Haushalt; die Belastung der Nettozahler ist sicherlich gestiegen und die alten Empfänger geben einen Teil der Mittel an die neuen Mitglieder ab.

(Breuss, 2001)

Die fünfte/sechste EU-Erweiterung wurde im Mai 2004 mit dem Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien, Ungarn und Zypern eingeleitet und endete im Jänner 2007 mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens. Obwohl diese größte Erweiterung vorrangig der Überwindung der politischen Teilung Europas diene, hat sie zweifelslos auch einen enormen ökonomischen Einfluss. Bereits im Vorfeld der Erweiterung fanden wirtschaftliche Vorkehrungen statt um den Übergang für die

Beitrittskandidaten zu erleichtern. Der asymmetrische Zollabbau verpflichtete die EU seit 1997 die Zölle auf Importe aus den Beitrittsländern zu beseitigen wobei das umgekehrt erst 2002 erfolgen sollte. Mit dem Beitritt traten die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Zollunion bei. Der Schengenraum der im Binnenmarkt die Grenzkontrollen aufhebt erweiterte sich sukzessive auf die neuen Beitrittsländer wodurch eine gemeinsame Handelspolitik unterstützt wird. Trotz des freien Kapitalverkehrs und beidseitiger Investitionsmöglichkeiten besteht immer noch eine große Diskrepanz hinsichtlich des Arbeitsmarktzugangs der neuen Mitgliedstaaten. An der Währungsunion nehmen derzeit nur wenige Mitgliedsstaaten der fünften Beitrittswelle teil (Slowakei, Zypern, Malta, Estland und Slowenien).

7.1.1 Binnenmarkteffekte

Durch den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten vergrößerte sich der gemeinsame Binnenmarkt um etwa 100 Millionen Verbraucher welcher neue Absatzmärkte für Waren und Dienstleistungen der Mitgliedsländer schuf. Die niedrigeren Produktionskosten zusammen mit der relativ hohen Ausbildung der Beschäftigten schufen ein günstiges Investitionsumfeld. Der Vorteil einer Erweiterung im Vergleich zu einer reinen Einführung einer Freihandelszone bestand für die EU darin, die politischen Rahmenbedingungen die die Wirtschaft und das Wachstum ankurbeln selbst beeinflussen zu können. In Folge der fünften/sechsten Erweiterung nahm die Bevölkerung des Gemeinschaftsraumes um 27% und das BIP (Kaufkraftstandards) um 13% zu. Mit der Marktvergrößerung nahm nicht nur der Weltmarktanteil von Waren und Dienstleistungen gemessen an den Exporten und Importen zu, auch vergrößerte sich der Intra-EU-Handel von 50% auf 64%. (Breuss, 2007)

Übersicht 1: Zunahme der Wirtschaftskraft der EU durch 5 Erweiterungen

	Bevölkerung	BIP	BIP pro Kopf	Datum	Intra-EU-	Extra-EU-Handel ¹⁾	
	2006	2006, zu laufenden Preisen	zu laufend. Preisen		Handel ¹⁾	Waren	Dienstleistungen
	In Mio.	Mrd. KKS	In KKS		Anteile am EU-Handel in % ¹⁾	Anteile am Welthandel ²⁾ in %	
EWG 6	231,8	6.166	26.602	1973	49,8	40,4	.
EG 9	302,0	8.169	27.047	1980	50,5	48,6	.
EG 10	313,1	8.422	26.897	1985	51,9	48,6	.
EG 12	367,8	9.670	26.292	1994	56,4	41,3	.
EU 15	390,4	10.323	26.440	2003	59,2	31,3	.
EU 25	464,5	11.388	24.518	2005	63,3	39,5	52,5
EU 27	493,8	11.646	23.588	2005	64,1	39,5	51,5
USA	299,8	10.715	35.737	2005		36,2	26,7
Japan	127,6	3.390	26.556	2005		15,4	10,1
China	1.314,1	10.200 ³⁾	7.800 ³⁾	2005		19,8	6,6

Q: Eurostat, UNO, WTO International Trade Statistics 2006. - ¹⁾ Exporte plus Importe. - ²⁾ Ohne Intra-EU-Handel. - ³⁾ Schätzung.

Grafik 32) Quelle: Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, Breuss, 2007, Seite 3

Allerdings kann auch eine statistische Verarmung seit der fünften/sechsten EU-Erweiterung festgestellt werden. Bis zur Erweiterung lag das durchschnittliche BIP pro Kopf (zu KKP) über Jahrzehnte etwa auf dem Niveau der EWG 6. Die vergleichsweise einkommensschwachen Mitgliedsstaaten aus dem Osten verringerten diesen Durchschnitt um fast 11%. Das BIP (in KKS) der 12 neuen Mitgliedsstaaten beträgt nur etwa 10% des BIP der EU15 und ähnliche Proportionen sind auch für die nächste Erweiterung (mit Ausnahme von Island) mit Kroatien, Türkei, Mazedonien zu erwarten.

Übersicht 2: Entwicklung der Gesamtwirtschaft seit der EU-Erweiterung 2004

	BIP, real Ø 2003/2008 gegenüber Ø 1998/2003	BIP pro Kopf in KKS, in Relation zur EU 25 Ø 2004/2008 gegenüber Ø 1999/2003	HVPI Ø 2003/2008 gegenüber Ø 1998/2003	Arbeitslosen- quote in % Ø 2004/2008 gegenüber Ø 1999/2003	Finanzierungs- saldo in % des BIP Ø 2004/2005 gegenüber Ø 1999/2003	Nettoexporte in die EU 25 in % des BIP Ø 2004/2005 gegenüber Ø 1999/2003	Leistungs- bilanzsaldo in % des BIP Ø 2004/2008 gegenüber Ø 1999/2003
	Differenz der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate in Prozentpunkten			Differenz in Prozentpunkten			
Slowakei	+ 4,6	+ 11,1	- 4,6	- 4,4	+ 4,5	+ 7,1	+ 0,3
Lettland	+ 3,4	+ 15,7	+ 5,4	- 5,2	+ 2,5	- 6,4	- 11,2
Rumänien	+ 3,0	+ 9,0	- 24,6	+ 0,2	+ 1,1	- 4,6	- 6,8
Tschechien	+ 3,0	+ 9,5	+ 0,3	1,2	+ 2,2	+ 6,2	+ 1,8
Estland	+ 2,6	+ 19,2	+ 1,5	- 4,7	+ 2,8	- 12,2	- 5,6
Litauen	+ 2,6	+ 14,6	+ 3,3	- 7,8	+ 1,3	- 4,9	- 4,0
Polen	+ 2,4	+ 5,0	- 2,5	- 4,0	+ 0,4	+ 4,2	+ 0,6
Bulgarien	+ 2,0	+ 7,4	+ 1,2	- 7,7	+ 2,7	- 2,3	- 8,9
Slowenien	+ 1,2	+ 10,1	- 4,2	- 1,0	+ 1,7	- 4,9	- 1,6
Zypern	+ 0,4	+ 5,6	- 0,8	+ 0,5	+ 2,1	- 3,6	- 2,4
Malta	+ 0,2	- 3,0	- 0,3	- 0,2	+ 4,4	+ 3,9	- 1,6
Ungarn	- 0,9	+ 5,7	- 2,4	+ 0,9	- 1,1	- 2,9	+ 1,5
12 neue EU-Länder	+ 2,5	+ 7,9	- 7,6	- 2,2	+ 1,1	- 2,7	- 2,1
10 neue EU-Länder	+ 2,4	+ 7,4	- 1,7	- 2,7	+ 1,0	- 2,8	+ 0,1
EU 27	+ 0,3	+ 0,7	0,5	0,8	0,4	1,8	+ 0,1
Euro-Raum 13	+ 0,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 1,7	+ 0,3
Euro-Raum 12	+ 0,1	- 2,3	+ 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 1,1	+ 0,3
EU 15	+ 0,1	- 1,7	+ 0,2	- 0,3	- 0,4	- 1,6	- 0,0

Q: Eurostat; Europäische Kommission, Herbstprognose 2007; OECD.

Grafik 33) Quelle: Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, Breuss, 2007; Seite 7

Vergleicht man die durchschnittliche Entwicklung fünf Jahre vor und nach 2004 kann festgestellt werden, dass sich besonders gut das BIP Wachstum der Slowakei, Lettlands, Rumäniens und Tschechiens entwickelt hat (etwa 3-4 Prozentpunkte pro Jahr) und Ungarn am schlechtesten abgeschnitten hat.

In den Ländern der EU 15 fiel das durchschnittliche BIP Wachstum mit 0,1 Prozentpunkten vergleichsweise schlechter aus. Das bestätigt die These der Ökonomen (Breuss 2002), dass die Integrationseffekte hinsichtlich des BIP sich stärker auf die neuen Mitgliedsländer auswirken werden. Mit Ausnahme Lettlands, Estlands, Litauens, Tschechiens und Bulgariens zeigt der Verbraucherpreisindex, dass die Inflationsraten in den neuen EU Ländern im Durchschnitt sanken. Das Selbe gilt auch für die Arbeitslosenquote in den neuen Mitgliedsländern und auch die alten Mitgliedsländer konnten eine Verringerung der Arbeitslosenquote verzeichnen. Lediglich in Ungarn konnten Defizite der öffentlichen Haushalte nicht verbessert werden. Von der zunehmenden Handelsintegration profitierten mehr die Staaten der EU 15, wie an den Messungen der Entwicklung der Nettoexporte mit der EU 25 und dem Leistungsbilanzsaldo zu sehen ist. Die neuen Mitgliedsstaaten, ausgenommen Malta, Polen, Tschechien und Slowakei weisen steigende Defizite im Handel mit der erweiterten Union auf. Teilweise stiegen sogar die Leistungsbilanzdefizite der neuen Mitgliedsstaaten. (Breuss, 2007)

7.1.2 Handelseffekte

Länder die der Zollunion beitreten müssen die Zölle gegenüber den Mitgliedstaaten gänzlich beseitigen und gegenüber Drittländern den gemeinsamen Zolltarif der Union einführen. Weiters müssen die Mitgliedsländer die handelspolitischen Kompetenzen an die gemeinsame Handelspolitik abgeben. Die asymmetrische Liberalisierung des Handels zwischen der EU und den MOEL beseitigte die Zölle für die MOEL 1997 und für die EU ab 2002. Durch diese teilweise Integration in die Zollunion bereits vor der Aufnahme der neuen Beitrittsländer wirkte sich beträchtlich auf die Handelsströme in Europa aus. Viele Altmitglieder verlagerten einen großen Teil der Exporte aus dem Gemeinschaftsraum in die neuen geöffneten Märkte im Osten. Obwohl auch die Beitrittskandidaten von der Handelsliberalisierung profitieren konnten, nutzen die Länder der EU 15 ihre komparativen Vorteile besser aus, wodurch die meisten von ihnen einen Handelsbilanzüberschuss aufweisen konnten. (Breuss, 2007)

Übersicht 4: Handelsverlagerungen seit der Ostöffnung und der EU-Erweiterung

Reporter	EU 27			EU 15			12 neue EU-Länder		
	Exportanteile		Handelsbilanz 2006 Mrd. \$	Exportanteile		Handelsbilanz 2006 Mrd. \$	Exportanteile		Handelsbilanz 2006 Mrd. \$
	2006 In %	1993/2006 Veränderung in Prozent- punkten		2006 In %	1993/2006 Veränderung in Prozent- punkten		2006 In %	1993/2006 Veränderung in Prozent- punkten	
Belgien	77,9	- 0,6	28,42	74,3	- 2,9	24,91	3,6	+ 2,4	3,50
Dänemark	69,6	+ 4,3	2,01	63,9	+ 1,3	1,67	5,6	+ 3,0	0,35
Deutschland	63,4	- 0,3	176,58	53,0	- 5,7	156,56	10,4	+ 5,4	20,02
Griechenland	54,2	- 15,5	- 20,50	37,8	- 21,3	- 21,02	16,4	+ 5,8	0,52
Spanien	69,6	- 2,3	- 43,27	65,8	- 4,9	- 41,16	3,8	+ 2,6	- 2,11
Frankreich	65,6	+ 0,7	- 14,56	60,4	- 2,9	- 16,62	5,2	+ 3,6	2,06
Irland	63,5	- 7,7	26,80	62,0	- 8,6	26,43	1,5	+ 0,9	0,38
Italien	60,2	- 0,8	- 0,99	51,8	- 5,2	- 7,87	8,4	+ 4,4	6,89
Luxemburg	85,3	+ 0,1	- 5,41	80,9	- 3,7	- 5,80	4,4	+ 3,8	0,39
Niederlande	76,2	- 1,1	106,57	71,7	- 3,8	98,07	4,6	+ 2,6	8,50
Österreich	72,4	- 3,4	- 3,37	57,5	- 7,9	- 8,92	14,9	+ 4,6	5,56
Portugal	73,5	- 7,0	- 16,18	71,5	- 8,7	- 16,03	2,0	+ 1,7	- 0,15
Finnland	57,2	- 6,7	5,82	48,9	- 10,2	3,88	8,3	+ 3,4	1,94
Schweden	59,3	- 2,2	- 0,13	54,0	- 5,2	0,72	5,4	+ 3,1	- 0,85
Großbritannien	61,7	+ 5,5	- 24,28	58,2	+ 3,6	- 17,20	3,5	+ 1,9	- 7,08
Tschechien	85,3	+ 13,2	15,58	65,3	+ 19,6	10,65	19,9	- 6,3	4,93
Estland	65,6	+ 3,2	15,58	48,2	+ 0,6	10,65	17,4	+ 2,6	4,93
Zypern	40,5	+ 13,8	- 3,64	36,8	+ 16,1	- 2,85	3,7	- 2,4	- 0,79
Lettland	72,6	+ 32,1	- 4,33	41,9	+ 11,3	- 2,57	30,7	+ 20,7	- 1,77
Litauen	63,6	- 17,9	- 3,15	37,9	- 25,5	- 2,75	25,6	+ 7,5	- 0,40
Ungarn	78,9	+ 10,2	4,81	61,0	+ 2,8	1,77	17,9	+ 7,3	3,04
Malta	49,8	- 20,7	- 1,37	47,1	- 23,0	- 1,40	2,7	+ 2,3	0,03
Polen	78,8	+ 3,5	6,75	63,5	- 5,8	1,70	15,3	+ 9,2	5,06
Slowenien	71,8	+ 5,5	- 2,83	58,9	- 1,9	- 3,34	12,8	+ 7,4	0,51
Slowakei	86,5	+ 86,5	8,11	57,4	+ 57,4	6,37	29,1	+ 29,1	1,74
Bulgarien	59,5	+ 10,8	- 3,13	50,0	+ 7,2	- 2,17	9,5	+ 3,5	- 0,96
Rumänien	68,6	+ 22,7	- 17,41	55,4	+ 15,6	- 13,65	13,2	+ 7,1	- 3,76
EWG 6	67,2	- 0,1	290,61	59,7	- 4,3	249,25	7,5	+ 4,2	41,35
EG 9	66,4	+ 0,8	295,14	59,7	- 3,0	260,14	6,7	+ 3,8	35,00
EG 10	66,3	+ 0,7	274,64	59,6	- 3,1	239,12	6,8	+ 3,8	35,52
EG 12	66,6	+ 0,5	215,19	60,1	- 3,2	181,93	6,5	+ 3,7	33,26
EU 15	66,4	+ 0,2	217,52	59,6	- 3,5	177,62	6,8	+ 3,7	39,90
EU 25	67,5	+ 1,2	233,30	59,6	- 3,2	181,22	7,8	+ 4,4	52,09
EU 27	67,5	+ 1,3	212,76	59,6	- 3,2	165,40	7,9	+ 4,5	47,37

Q: OECD.

Grafik 34) Quelle: Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, Breuss, 2007; Seite 10

7.1.3 Faktorwanderung

Die neuen Märkte mit großem Wachstumspotenzial waren für viele Unternehmen aus den Altstaaten ideal für Direktinvestitionen. Wie Berichte der Österreichischen Nationalbank zeigen (Altzinger (2006), Fuchs (2006)), weisen die Direktinvestitionen in den MOEL mit 10% bis 16% wesentlich höhere Renditen ab als in Westeuropa (etwa 6%). Die Niederlanden, Deutschland und Österreich sind die größten Investoren in den neuen Mitgliedsstaaten. Durch ihre Direktinvestitionstätigkeit in Osteuropa drehten viele Länder der EU 15 ihre negativen Direktinvestitionssaldos in den letzten Jahren in einen Überschuss.

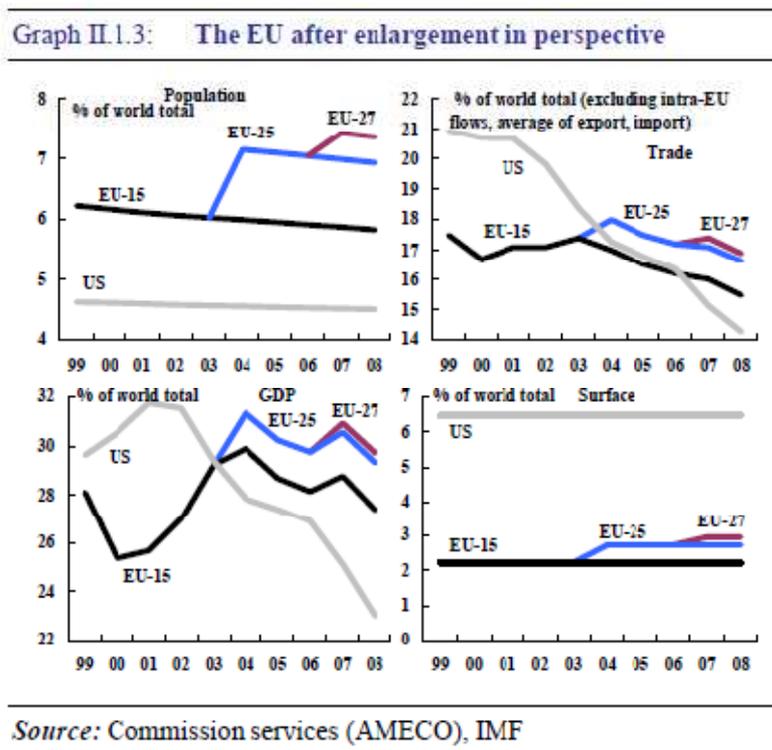
Die Kehrseite der Öffnung in Form der Arbeitsfreizügigkeit wurde in Folge der Beitrittsverhandlungen in den meisten Ländern der EU 15 auf höchstens sieben Jahre verzögert.

Mit Ausnahme von Großbritannien, Irland und Schweden nahmen alle Mitgliedsländer der EU 15 die Übergangsfristen (dreimalige Verlängerung nach der 2+3+2 Jahre Regel) in Anspruch, so dass Unregelmäßigkeiten auf den westliche Arbeitsmärkten größtenteils ausblieben.

Die Schließung beziehungsweise Öffnung des Arbeitsmarktes löst nicht immer die erwarteten Effekte aus. Nach der Erweiterung von 2004 sank die Arbeitslosenquote in den Ländern der EU15 im Durchschnitt um 0,3%. Zwei der acht Länder in denen die Arbeitslosigkeit sank waren gerade jene die auf die Übergangsfrist von sieben Jahren verzichtet haben, nämlich Großbritannien und Irland. 2006 erlaubten weitere vier Länder der EU 15 die volle Arbeitsfreizügigkeit (Griechenland, Spanien, Portugal und Finnland) jedoch nicht für Bulgarien und Rumänien. 2011 sollten auch Deutschland und Österreich den Arbeitsmarkt für die Mitgliedsländer seit 2004 öffnen. (Breuss, 2007)

7.2 Erfahrungen mit der Erweiterung

Während auf die neuen Mitgliedstaaten etwa 21% der EU-Bevölkerung entfielen haben sie nur etwa 7% zum BIP beigetragen. Im Jahr 2007 erreichten ihre Pro-Kopf-Einkommen 8.330 Euro, gegenüber dem EU-Durchschnitt von EUR 24.810. Dies entspricht etwa einem Drittel des EU-Durchschnitts, wobei es drei Jahre zuvor nur ein Viertel ausmachte. Durch ein deutlich stärkeres Wirtschaftswachstum in den neu beigetretenen Mitgliedstaaten, verkleinern sich die anfänglichen Einkommensunterschiede zwischen den Alt – und Neumitgliedern. (Steinlein, Macovei, Jevčák, & Párkányi, 2009)



Grafik 35) Quelle: Five years of an enlarged EU, Economic achievements and challenges, European Commission 2009

Die Vorteile der fünften Erweiterungsrunde sind in erster Linie nicht das etwas höhere Gesamtgewicht der EU-27 im Welt-BIP (2,5 % in KKS), sondern die Synergien und die wirtschaftliche Dynamik, die diese Vereinigung von Mitgliedstaaten möglich gemacht hat, um bessere Lösungen auf die wachsenden Herausforderungen der Globalisierung zu finden. Nach einer transitverbundenen Rezession in den frühen neunziger Jahren, haben sich die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedstaaten stabilisiert und konnten ihren Wachstum in der

zweiten Hälfte der neunziger Jahre in Aussicht auf den Beitritt steigern. Das Wachstum beschleunigte sich weiter durch den EU-Beitritt im Jahr 2004 durch die starke Arbeitsschaffung nach mehreren Jahren von wirtschaftlich verursachten Entlassungen aufgrund der Umstrukturierung. In den 5 Jahren nach dem Beitritt betrug das durchschnittliche BIP-Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten 5,5%, verglichen mit 3,5% in den letzten 5 Jahren, während das Wachstum in den alten Mitgliedstaaten bei rund 2,25% blieb. Im Einklang mit der weltweiten Konjunkturabschwächung wurde die wirtschaftliche Tätigkeit ab dem Jahr 2008 vermindert, insbesondere in den baltischen Staaten.

Das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP in den neu beigetretenen Ländern belief sich auf 40% des Durchschnitts der 15 alten Mitgliedstaaten fünf Jahre vor der Erweiterung und erreichte 51,7% im Jahr 2008. Die größte Einkommenslücke war in Rumänien und Bulgarien, wo das Einkommen bei weniger als einem Viertel des EU-15 Durchschnitts stand, jedoch auf mehr als ein Drittel in den letzten fünf Jahren gesteigert werden konnte. Von den zwölf neu aufgenommenen Ländern hatten Zypern, Slowenien, die Tschechische Republik und Malta die kleinste Lücke gegenüber dem Durchschnitt der ursprünglichen Mitglieder. In der Tat ist die Kluft sogar noch kleiner als die von Portugal (mehr als 30% unter dem Durchschnitt der alten Mitgliedstaaten). In der Zeit zwischen 2004 und 2010 konnten alle neuen Mitgliedstaaten die Kluft verringern, mit Ausnahme von Malta, wo der Abstand gleich geblieben ist. Diese Ergebnisse legen nahe, dass Länder mit niedrigem BIP pro Kopf dazu neigen, schneller zu wachsen, wodurch ein Aufholprozess mit den anderen EU-Ländern entsteht. Diese inverse Beziehung zwischen dem Wachstum und der Höhe des Einkommens wird als "Beta-Konvergenz" bezeichnet. Konvergenz bezeichnet allgemein die Angleichung einer Entwicklung an einen stabilen Zustand. Die Beta-Konvergenz besagt, dass in Ländern mit niedrigem Ausgangsniveau das Pro-Kopf-Einkommen schneller wächst als in Ländern mit höherem Ausgangsniveau. Dadurch können die ärmeren Länder näher an ihre reicheren Nachbarn aufschließen.

(Steinlein, Macovei, Jevčák, & Párkányi, 2009)

Wesentliche Gründe des Wachstums in den neuen Mitgliedstaaten wurden die Öffnung des Handels, ausländische Direktinvestitionen und eine allgemeine Verbesserung des institutionellen Rahmens zu welcher der Beitritt entscheidend beitrug. Diese Faktoren führten zu einer Beschleunigung des Produktivitätswachstums.

Der Annäherungsprozess war in einigen Ländern schneller als in anderen, was auf die Hervorhebung der jeweiligen, entsprechenden Maßnahmen hindeutet. Ausgehend von den niedrigen Einkommen war der Aufholprozess, unterstützt vor allem durch einen Boom in der

Nachfrage besonders eindrucksvoll in den Staaten des Baltikums, ist jedoch seit 2007 wieder stark abgefallen. Auf der anderen Seite war das Wachstum in Malta nicht stark genug um die relative Einkommenslücke zu schließen. Der Aufholprozess kann also nicht als selbstverständlich angesehen werden. Slowenien war eines der Länder mit dem günstigsten Wachstumskurs.

Im Großen und Ganzen besteht eine Tendenz die relativen Einkommensunterschiede zwischen den Alt – und Neumitgliedern zu schließen, jedoch ist die Verteilung der Erweiterungsdividende innerhalb der Länder nicht proportional, wobei einige Regionen mehr profitieren als andere. Dies beruht auf der Tatsache, dass Kapital und qualifizierte Arbeitskräfte sich in der Anfangsphase des Aufholprozesses eher in einer begrenzten Zahl der Regionen konzentrieren.

Die reale Konvergenz (Angleichung des Lebensstandards) ging Hand in Hand mit erheblichen Fortschritten bei der nominalen Konvergenz (Angleichung der Inflationsraten) da die Inflationsraten, die Zinsen und die Regierungsdefizite sich dem Niveau der alten Mitgliedstaaten annäherten. Doch ab Mitte 2007, als Folge der Finanzkrise kam die makrofinanzielle Stabilität in mehreren neuen Mitgliedstaaten unter Druck. (Steinlein, Macovei, Jevčák, & Párkányi, 2009), (Breuss, 2007)

Die Financial Times in London berichtete in Februar 2006 gleich zweimal kritisch über die Ausmaße der EU-Erweiterung.: „Bigger Not really Better as the EU Head for a Log Jam“ (Parker, 2006) und „Enlargement is a Great Unsung Success Story“. (Peel, 2006) Laut einer bedeutenden EU Studie hat die europäische Wirtschaft von der EU-Erweiterung 2004 profitiert. (Bureau of European Policy Advisers and the Directorate-General for Economic and Financial Affairs , 2006). Diese Studie bezieht sich auf umfangreiche Daten mit welchen gezeigt wird dass die Integration einen starken wirtschaftlichen Aufschwung in den 10 Beitrittsländern von 2004 hervorgerufen hat, ohne dabei den alten 15 EU Ländern zu schaden. Da die EU 10 damals ein BIP von weniger als 5% der gesamten EU aufwies, sind die Ausmaße der Erweiterung für die EU 10 wesentlich größer als für die EU 15. Einige Daten belegen expandierten Handel zwischen der EU 10 und der EU 15. Ein Anstieg an Ausländischen Direktinvestitionen folgte in den EU 10, der Arbeitsmarkt stabilisierte sich und das Handelsdefizit besserte sich (Murphy, 2006)

Die Wanderung von Arbeitskräften von der EU-10 in die EU-15 fiel relativ gering aus. Speziell vor der Beitrittswelle 2004 sorgte die Arbeitskräftewanderung in den alten EU Mitgliedsstaaten für Besorgnis. Man befürchtete eine große Ost-West-Migration. Nur drei

(Schweden, Irland und Großbritannien) der alten EU-Mitgliedsländer führten keine Zugangsbeschränkungen für Arbeitskräfte aus den EU-Ländern ein. Weitere Gründe warum die alten EU-Mitgliedsstaaten von einer Migrationswelle vom Westen außer Aufgrund der Zugangsbeschränkungen verschont blieben, sind die große Distanz, die sprachlichen Barrieren sowie auch kulturelle Unterschiede. Das alles sind Argumente weshalb eine Flutwelle an Ost-West-Migration ausblieb. (Barell, Fitzgerald, & Riley, 2010)

	<i>Ireland</i>	<i>Sweden</i>	<i>UK</i>	<i>Austria</i>	<i>Germany</i>	<i>Italy</i>	<i>Total emigrant population</i>	<i>% of total population</i>	<i>% of working age pop.</i>
Czech Republic	2.5	0.1	13.5	0.3	6.1	2.2	24.7	0.24	0.34
Estonia	1.1	-0.1	3.0	0.0	0.8	0.3	5.0	0.38	0.55
Hungary	1.9	-0.3	8.0	0.3	6.0	2.2	18.1	0.18	0.26
Latvia	4.8	0.3	15.7	0.0	1.4	0.5	22.7	0.99	1.44
Lithuania	9.6	1.3	29.7	0.1	2.0	0.8	43.5	1.27	1.87
Poland	37.9	6.3	167.5	6.0	62.0	30.9	310.6	0.81	1.18
Slovakia	5.1	0.2	27.3	1.6	3.2	1.2	38.7	0.72	1.00
Slovenia	0.0	0.1	0.3	1.1	1.2	0.4	3.1	0.16	0.22
Total NMS	62.8	8.0	265.0	9.3	82.7	38.5	466.4		
% of total population	1.49	0.09	0.45	0.11	0.10	0.07			
% of working age population	2.17	0.14	0.72	0.16	0.15	0.10			

Grafik 36) Quelle: EU Enlargement and Migration: Assessing the Macroeconomic Impacts, (Barell, Fitzgerald, & Riley, 2010)

Obenstehende Tabelle beinhaltet Schätzungen über die quantitative Veränderung der Staatsangehörigen neuer Mitgliedsstaaten seit der EU-Erweiterung 2004. In Schweden, Großbritannien und Irland (Länder ohne Arbeitsmarktbeschränkungen für Zuwanderer) waren die Zahlen der Zuwanderer von neuen Mitgliedsstaaten noch vor der EU-Erweiterung relativ stabil bzw. leicht ansteigend. Nachdem die EU10 im Jahre 2004 beigetreten ist, folgte ein starker Anstieg von Einwanderern in diesen drei Ländern. Diese Zuwanderung ist wohl auf die EU-Erweiterung zurückzuführen. Die Tabelle zeigt dass das Ausmaß an Einwanderern in Irland und Großbritannien wesentlich größer ist als in Schweden. Der größere Unterschied in Migration zwischen Schweden und den zwei englischsprachigen Ländern (GB und Irland) liegt wahrscheinlich daran dass die englische Sprache populärer und damit weiter in der EU-10 verbreiten ist als schwedisch.

In Österreich ist die Immigration seit der EU-Erweiterung relativ groß, jedoch ist dies nicht ausschließlich auf die Erweiterung zurückzuführen, da auch bereits vor 2004 ein signifikanter Anstieg an Immigration in Österreich stattgefunden hat. Es ist jedoch anzunehmen dass die Immigration weiter zugenommen hat. (Barell, Fitzgerald, & Riley, 2010)

Zwischen Jänner 2003 und Jänner 2006 verdoppelte sich in Italien die Immigration von Einwohnern neuer Mitgliedstaaten; dies ist auf die EU-Erweiterung zurückzuführen. Es wäre natürlich auch möglich dass die Verdopplung der Einwanderer auch ohne der EU-Erweiterung stattgefunden hätte, denn etwa 335.000 Albaner und Rumänen (Rumänien war damals kein EU-Mitgliedsstaat) kamen in diesem Zeitraum nach Italien. (Barell, Fitzgerald, & Riley, 2010)

Deutschland war bereits vor der Erweiterung ein traditionelles Ziel von vielen polnischen Emigranten. Im Zeitraum von 2001 bis 2003 ließen sich im Durchschnitt 318.000 polnische Staatsbürger in Deutschland nieder. Im Jahr 2004 fiel die Anzahl polnischer Staatsbürger in Deutschland um 35.000. Man könnte spekulieren dass dies auf eine Substitution Deutschlands mit anderen Zielländern zurückzuführen ist, nachdem durch die Erweiterung die Möglichkeit entstand sich in anderen Ländern niederzulassen. (Fihel, Kaczmarczyk, & Okolski, 2006), (Barell, Fitzgerald, & Riley, 2010)

Ein wesentlicher Teil der polnischen Bevölkerung lebt im Ausland, Großteils in Deutschland. Außerdem lebt ein beachtlicher Anteil der Einwohner Estlands, in Finnland (Frias, Iglesias, & Vazquez-Rozas, 2005)

Die Europäische Kommission berichtete dass die Arbeitskräftewanderung der EU-10 nach Westen, die Knappheit von Arbeitskräften in den EU-15 reduzierte und damit einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum der Länder führte. Die Berichte irischer Wirtschaftsanalysten stimmten mit denen der Europäischen Kommission überein. Ein Viertel des Irischen Wirtschaftswachstums war auf die Arbeitsmigration zurückzuführen. Einige Länder der EU-15 liberalisierten daraufhin ihre Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt, wie z.B.: Griechenland, Portugal, Finnland und Spanien.

Trotz all dieser positiven wirtschaftlichen Ereignisse darf nicht außer Acht gelassen werden dass es noch einige Jahre dauern wird, bis ein langfristiges Ausmaß der EU Erweiterung beurteilt werden kann. Des Weiteren ist es unmöglich exakt festzustellen welche Attribute der EU-Erweiterung zuzuschreiben sind und welche wirtschaftliche Entwicklung die Länder ohne eine EU-Erweiterung erfahren hätten. Es sind zwar signifikante Anstiege im Handel und finanzieller Zuflüsse zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern feststellbar, jedoch wären höchstwahrscheinlich bestimmte Anstiege selbst dann erfolgt, wenn die EU-Erweiterung 2004 nicht stattgefunden hätte.

Allgemein kann festgehalten werden, dass kurzfristig gesehen eine EU-Erweiterung positive makroökonomische Einflüsse mit sich bringt. Dies bedeutet nicht dass jeder Staat die Erweiterung als Erfolg sieht, weder noch dass es Gewinner und Verlierer im Erweiterungsprozess gibt. (Murphy, 2006)

7.3 Handel in der erweiterten EU

Das Niveau der Integration des Handels ist hoch in der Europäischen Union (80% der gesamten Ausfuhren der neuen Mitgliedstaaten und 60% der von den alten Mitgliedstaaten). Während die Gesamtanteile in den vergangenen zehn Jahren weitgehend stabil waren, traten Verschiebungen innerhalb diese Gruppierungen auf. Die neuen Mitgliedstaaten sind wichtiger geworden, sowohl für einander (19,5% ihrer Exporte in 2007 im Vergleich zu 13,2% in 1999) und für die alten Mitgliedstaaten (die Ausfuhren in die neuen Mitgliedstaaten erhöhte sich von 4,7% im Jahr 1999 auf 7,5% der gesamten Ausfuhren im Jahr 2007).

Den neuen Mitgliedstaaten gelang es ihren Weltmarktanteil von 2% der weltweiten Importe im Jahr 1999 auf etwa 4% im Jahr 2007 deutlich zu vergrößern. Dies gelang dank einer Verbesserung der Qualität ihrer Produkte und der Produktivitätssteigerung, was den Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit (Anstieg der Löhne) kompensiert. Dennoch bleiben die neuen Mitgliedstaaten weiterhin sehr wettbewerbsfähig, da die Löhne pro Mitarbeiter nur 26% des EU-15 Durchschnitts 2007 (14% 1999) ausmachten. (Breuss, 2007) Entgegen den Erwartungen vor der Erweiterung haben die neuen Mitgliedstaaten nicht die Spezialisierung auf arbeitsintensive Produkte erhöht um den Vorteil der niedrigeren Löhne auszunutzen. Im Gegenteil waren es die großen ausländischen Direktinvestitionen, vor allem aus den alten Mitgliedstaaten, die es möglich gemacht haben den technischen Inhalt und die Qualität der Exporte der neuen Mitgliedstaaten zu erhöhen

Eine strukturelle Verschiebung hin zu Dienstleistungen und einer wissensintensiven Wirtschaft ist unter den neuen Mitgliedstaaten entstanden, auch wenn sie im Durchschnitt immer noch hinter den alten Mitgliedstaaten zurückliegen.

Obwohl der Zugang zu Finanzmitteln und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften von den Unternehmen in den neuen Mitgliedstaaten häufiger beklagt werden ist der Trend in neun der zwölf neuen Mitgliedstaaten ganz ermutigend. Der Wettbewerb hat sich in den neuen Mitgliedstaaten erhöht, aber ihre Unternehmen legen im Durchschnitt großen Wert auf die Aspekte des Binnenmarkts (einschließlich der Beseitigung von Grenzkontrollen, der Harmonisierung von Normen und, in vielen Mitgliedstaaten, eine einheitliche Währung).

7.4 Wohlfahrtsanalyse

Dieses Kapitel behandelt die Wohlfahrtsanalyse der EU-Erweiterung inklusive den freien Kapital- und Personenverkehr innerhalb der EU. Man kann annehmen dass die Folgen der Faktorwanderung so ähnliche sind wie die vom Güterhandel. Durch jedes exportierte/importierte Produkt, werden die dafür aufgewendeten Faktoren Kapital und Arbeit importiert/exportiert. Deshalb stellt sich die Frage ob Faktorwanderung und Warenhandel Substitute sind. Grundsätzlich kann diese Frage nicht immer mit ja beantwortet werden, da die Außenhandelstheorie auch Fälle kennt, wo der Außenhandel und Faktorwanderung Komplementäre sind.

Setzt man für die beobachteten Länder eine Beschränkung für die Faktormobilität am Binnenmarkt voraus, wird der Außenhandel durch die Liberalisierung spezialisiert. Dies wirkt sich Vorteilhaft für die Produktion des jeweiligen Mitgliedslandes aus. Die Produktion und Exporte der betroffenen Güter, können da sie im Vergleich zu den Partnerländern genügend im Land vorhanden sind, die Produktionsfaktoren stark ausnutzen. Die Spezialisierung bringt eine Anpassung der Wertgrenzprodukte der Faktorpreise und der Produktionsfaktoren. Falls die Mobilität nicht zur Gänze Liberalisiert (Arbeit) wurde oder sehr hohe Kosten verursachen würde(Arbeit), werden die absoluten Preise für den jeweiligen Produktionsfaktor nicht gänzlich angepasst. Daher kann es vorkommen, dass in einigen Ländern für Boden oder gleich qualifizierte Arbeit mehr bezahlt wird als in Partnerländern. (Dicke & Foders, 2000)

Sind nach Anpassung noch Unterschiede beim Faktorpreis zwischen einigen Mitgliedsstaaten vorhanden, welche höher sind als Transaktionskosten einer Wanderung, könnte durch eine Liberalisierung Faktorwanderung entstehen, welche sich komplementär zum Handel verhalten (Meade 1955b). Die EU räumt zwar Garantien für Drittländer bezüglich der Freiheit des Kapitalverkehrs ein, nicht jedoch für die Freiheit des Personenverkehrs. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte ist nur innerhalb der EU gegeben, da eine Angleichung der Faktorpreise durch den Handel besser anwendbar ist als in Drittländern. Die freie Arbeitskräftewanderung verfügt im Vergleich zu Freiheit des Kapitalverkehrs über weniger günstige Wohlfahrtseffekte. Unter Faktorwanderung versteht man die Wanderung von Kapital als auch Arbeit. Aufgrund der Tatsache dass der Produktionsfaktor Land nicht mobil ist, gibt es eine Veränderung der Knappheit von den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, da diese

wandern. Durch die Auswanderung sind im betroffenen Staat weniger von den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit vorhanden und daher mehr Land verfügbar. Wanderung der Faktoren können die Ausstattung der Faktoren der Partnerländer dahin verändern, dass die angebotenen Produktionsfaktoren eines Landes mehr den Nachfragen derjenigen Wirtschaftsfaktoren entsprechen, die sich über diese Faktoren erkundigen. Der Integrationsraum profitiert in Summe durch eine Verbesserung der Allokation und daher mit einer Erhöhung der Produktion.

Nun stellt sich die Frage ob eine Anpassung der Preise und Grenzwertprodukte mehr durch die Faktorwanderung oder den Güterhandel verursacht wird. Dies ist von den Transaktionskosten abhängig. Die Transaktionskosten bei der Wanderung von Arbeitskräften sind höher als beim Güterhandel und diese sind höher als beim Kapitalverkehr. Ein Preisausgleichsmechanismus entsteht in Europa daher primär durch den Kapitalverkehr und Güterhandel. Die Wanderung der Arbeitskräfte nimmt eine weniger wichtige Position ein, da die Wanderung mit sehr hohen Transaktionskosten verbunden ist. Hier wären etwa die unterschiedlichen Sprachen innerhalb der europäischen Länder zu nennen. (Dicke & Foders, 2000)

Eine Kapitalwanderung innerhalb der EU wird bereits bei kleinsten Preisunterschieden realisiert, wie z.B.: bei unterschiedlichen Zinsen für die gleiche Risikoklasse. Allgemein ist festzuhalten, dass ein höherer Grad an Faktorwanderungen und Güterhandel entsteht, wenn vor der EU-Erweiterung die Preise der Produktionsfaktoren und die Grenzwertprodukte stark differenzieren.

Eine Wanderung von Arbeitskräften erfolgt in der Theorie dann, wenn der Unterschied der Kosten einer Wanderung kleiner ist als die Faktorpreise. Mit anderen Worten erklärt: Der Wandernde verlässt das Land dann, wenn er im einem anderen Land einen höheren Lohn für seine Arbeit erhält. (Dicke & Foders, 2000)

Zusammenfassend kann zur geplanten Erweiterungswelle folgendes festgehalten werden: Nach Meinung von Dicke & Foders wird die Arbeitsmigration von den Beitrittsländern in die alten Mitgliedsländern nicht so gravierend sein, solange es in den alten Mitgliedsstaaten einen Überschuss an Arbeitskräften gibt. Die Arbeitsmigration als auch die Kapitalinvestitionen erfolgen freiwillig. *„Als einen Sonderfall können Kapitalströme*

betrachtet werden, die aufgrund von Vereinbarungen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten auf staatliche Ebene zustande kommen.“ (Dicke & Foders, 2000)

7.4.1 Kapitalmärkte – Investitionen

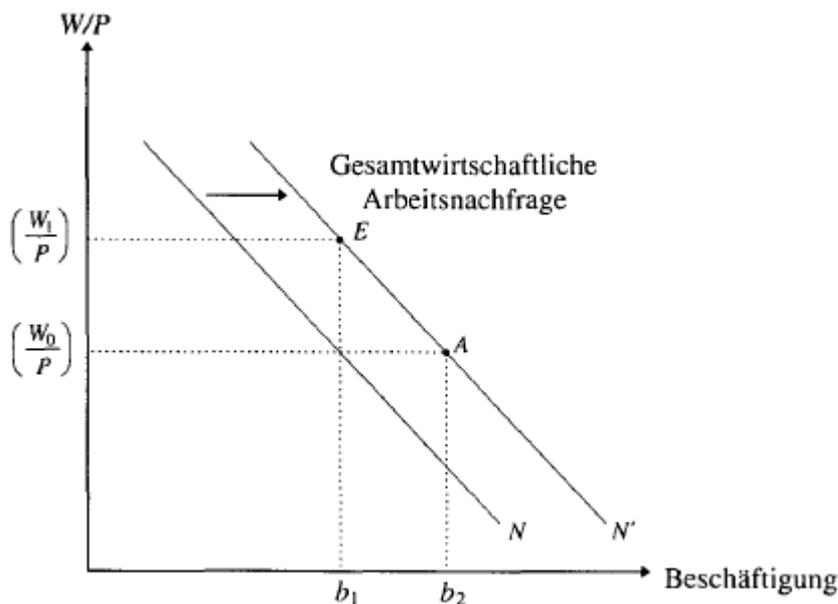
Im Vergleich zu anderen Regionen der Welt hat die EU einen hohen Anteil an ausländischen Direktinvestitionen. Insbesondere die neuen Mitgliedstaaten, in denen ausländische Direktinvestitionen 27% der Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2006 ausmachten. Ein besonders markanter Aspekt der wirtschaftlichen Transformation in den neuen Mitgliedstaaten ist ihr rascher finanzieller Aufholprozess, sowohl in Bezug auf die inländische Entwicklung des Finanzsektors als auch auf die globale finanzielle Integration (insbesondere mit den alten Mitgliedstaaten). Die neuen Mitgliedstaaten profitierten insbesondere von massiven ausländischen Direktinvestitionen, welche die wirtschaftlichen Restrukturierung und das Wachstum gefördert haben. (Breuss, 2007)

7.4.2 Arbeitsmarktfreizügigkeit

Eine große Unsicherheit vor der EU-Erweiterung war ihre Wirkung auf die Ost-West-Migrationsströme in Bezug auf die tatsächlichen Zahlen der Migranten und die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Strömungen auf die EU-Mitgliedstaaten. Tatsächlich ist die Freizügigkeit der Arbeit die wesentliche Veränderung der wirtschaftlichen Integration nach dem Beitritt da Barrieren für den Handel, die Direktinvestitionen und andere Kapitalbewegungen bereits weitgehend im Vorfeld entfernt wurden.

Resultiert durch die Errichtung einer Zollunion eine Handelsschaffung, können Unternehmen, welche mit Konsumgüter im Ausland handeln, mit einem Anstieg der Nachfrage ihrer Güter rechnen. Jedoch haben Unternehmen die in Konkurrenz zu ausländischen Anbietern auf inländischen Markt positioniert sind, mit Einbußen der Nachfrage zu rechnen. Kommt eine größere gesamtwirtschaftliche Nachfrage vor, welche Aufgrund der bestehenden Produktionskapazität erfüllt werden kann, wirkt sich das fast folgenlos auf den Arbeitsmarkt aus. Rechnen Unternehmen jedoch mit einer höheren Gewinnerwartung und weiten deshalb die Produktion aus, ist mit einer höheren Nachfrage an benötigten Arbeitskräften zu rechnen. Eine wichtige Frage ist folglich: Wie wirkt sich die

höhere Nachfrage an benötigten Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt aus? Als wichtigen Aspekt ist die Verfassung der Arbeitsmärkte zu nennen. Um die Arbeitsmarkteffekte zu analysieren, differenziert man zwischen zwei Extremfälle. In der unten angeführten Grafik sind diese Fälle mit den Punkten A und E gekennzeichnet. (Dicke & Foders, 2000)



Grafik 37) Quelle: (Dicke, Hugo: Wirtschaftliche Auswirkungen einer EU-Erweiterung auf die Mitgliedstaaten / Hugo Dicke; Federico Foders. Tübingen : Mohr Siebeck, 2000)

Der Punkt A wird als „Amerikanischer Stil“ bezeichnet, welcher durch einen flexiblen Arbeitsmarkt und „lockeren“ Rahmenbedingungen charakterisiert ist. Wird die Nachfrage an Arbeit größer, erhöht sich die Beschäftigung von b_1 auf b_2 , wobei der Reallohn unverändert bleibt. (W_0/P) . Eine Anpassung des Arbeitsangebots wird angenommen. Da die Unternehmer hohe Gewinne erwarten, wird die Produktionskapazität ausgeweitet. Da über eine größere Zeitspanne der Reallohn langsamer gestiegen ist als die Arbeitsproduktivität, resultiert eine höhere Beschäftigung Aufgrund des Nachfrageschocks. Um die Rentabilität zu Sichern, legt man hohen Wert auf Neueinstellungen. (Dicke & Foders, 2000)

Der Punkt E stellt den sogenannten „Europäischen Stil“ dar, welcher durch rechtlich-institutionelle Bedingungen erfüllt ist, die einen starren Arbeitsmarkt charakterisiert. Die von außen wirkende Verschiebung der Nachfrage passt den Nominallohn nach oben an, wobei die Inflation der Reallöhne vernachlässigt ist. Unabhängig davon ob eine hohe Arbeitslosigkeit existiert werden die Löhne erhöht (von W_0 auf W_1). Die Unternehmen

zahlen ihren Arbeitern hohe Löhne um auf neue Angestellte verzichten zu können. Die Beschäftigung bleibt unverändert auf b1. (Dicke & Foders, 2000)

7.5 Gemeinsame Währungsunion (EMU)

Seit der Einführung des Euros in der gesamten Eurozone vor zehn Jahren ist die Europäische Währungsunion Objekt zahlreicher wissenschaftlicher Studien und Beurteilungen. Der Großteil der Ökonomen betrachtet die Währungsunion als eines der bedeutendsten Standbeine der EU und einen ihrer größten Erfolge jedoch nicht als gänzlich fehlerfrei. Trotz der enormen logistischen Komplexität verlief die Euroeinführung überraschend problemlos und verursachte keine Störung der Finanzmärkte.

Einige Ökonomen wie Eichengreen (1993) und Feldstein (1997) waren der Meinung die Euroeinführung sei mehr politisch als wirtschaftlich motiviert wobei vor allem Deutschland und Frankreich als Vorantreiber im Wettstreit um mehr politisches und monetäres Mitspracherecht agierten.

Aus wirtschaftlicher Sicht bedeutet eine Währungsunion für die einzelnen Unionsmitglieder den Verlust eines Regulierungsinstruments. Insbesondere verschwindet die Möglichkeit der Verwendung der Geldpolitik um nationale wirtschaftliche Krisen zu stabilisieren.

Andererseits eröffnet eine Währungsunion den Weg zu einer unabhängigen Geldpolitik, verringert den politischen Druck die Geldpolitik zu entspannen und verhindert wettbewerbliche Geldabwertungen. (Beetsma & Giuliodori, 2010)

Untersuchungen von Kosten und Nutzen einer Währungsunion stützen sich noch auf die Arbeit von Mundell (1961) in der ein optimales Währungsgebiet „optimal currency area“ (OCA) bearbeitet wurde. Ein solches optimales Währungsgebiet besteht demnach wenn der Nutzen von der Beseitigung der Währungsumrechnung die Kosten übertrifft, welche durch die Unfähigkeit zur Stabilisierung von länderspezifischen Krisen in der Union entstehen. Die Kosten der Währungsumrechnung waren in Europa generell eher niedrig. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft schätzte diese Kosten 1990 auf etwa 0,5-1% des gesamten BIP der EU.

Beim traditionellen optimalen Währungsgebiet (OCA) entstehen Stabilisierungsverluste in einer Währungsunion aus der nominalen Starrheit. Die nominale Lohn- und Preisstabilität kann schnelle Lohnanpassungen an veränderte Arbeitsmarktumstände verhindern und zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen. Dieselbe Starrheit kann aber auch zum Motiv für eine Währungsunion werden. Nominale Starrheit bietet einen Anreiz die Wirtschaftstätigkeit durch eine Lockerung der Geldpolitik zu stimulieren. Im Gleichgewicht wird jedoch die daraus resultierende höhere Inflation erwartet was die Stimulation sinnlos macht. (Beetsma & Giuliodori, 2010)

Die Europäische Währungsunion (European Monetary Union; EMU) ist eine multilaterale Union die aus einem langjährigen Prozess entstanden ist. Der Vorläufer des EMU war das ERM (Exchange Rate Mechanism) bei der die Deutsche Mark als Stabilitätsträger diente.

Die Vorteile der Währungsunion sind nicht immer für alle Beteiligten gleich.

In den vergangenen Jahrzehnten haben Deutschland und einigen Länder wie die Niederlande und Österreich, die im Wesentlichen einen festen Wechselkurs gegenüber der Deutschen Mark beibehielten, eine disziplinierte Geldpolitik verfolgt, was durch die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank und die öffentliche Unterstützung für eine solche Politik erleichtert wurde.

Durch die Mitgliedschaft in der EMU kam Deutschland in den Genuss der niedrigen Inflation und Zinsen aber möglicherweise auf Kosten der suboptimalen Stabilisierung der inländischen Schocks. Für die anderen Länder hat der Beitritt die Möglichkeit eröffnet die Geldpolitik von ihren Regierungen zu distanzieren und sie haben ihr Ziel in der Preisstabilität gefunden.

(Beetsma & Giuliadori, 2010)

8. Schlussfolgerung

In unserer Arbeit soll nicht untersucht werden, ob und wann die Kandidaten den EU-Beitritt schaffen. Vielmehr wollen wir feststellen ob die Kandidaten durch deren Beitritt ähnliche wirtschaftlichen Strukturen/Pfade wie deren Vergleichsländer verfolgen werden könnten. Des Weiteren soll festgestellt werden ob auch die EU (und nicht nur die Kandidaten) einen wirtschaftlichen Nutzen durch die Erweiterung genießen kann, ohne hierfür nur als Geldgeber zu fungieren.

Als Resultat der Gegenüberstellung von Beitrittskandidaten zu Vergleichsländern wird folgendes festgehalten:

Grundsätzlich teilen das Kandidatenland Kroatien und das Mitgliedsland Litauen neben der Größe, Fläche und BIP-Entwicklungen zahlreiche andere Merkmale. Unter anderem sind beide Länder Anfang der neunziger Jahre von der Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft umgestiegen. Abgesehen vom den Hindernissen durch den Krieg in Kroatien und die damit verbundenen Kosten und Verluste schlugen beide Länder sehr bald den Weg der Privatisierung ein. Große Unterschiede gab es allerdings beim Vollzug der Privatisierung. Während in Litauen schon in den Neunzigern über 50% des staatlichen Eigentums relativ diszipliniert auf den Kapitalmarkt gebracht wurde fand in Kroatien zu dieser Zeit ein Umstrukturierungsprozess statt der heute als wilder Kapitalismus bezeichnet wird. Viele ehemals erfolgreiche staatliche Unternehmen überlebten diesen Prozess leider nicht und die Folgen sind noch immer an der immensen Auslandsverschuldung Kroatiens erkennbar. Die letzten zehn Jahre brachten aber auch für Kroatien einen wirtschaftlichen Aufschwung. Kroatien könnte die Beitrittsverhandlungen bis zur zweiten Jahreshälfte 2011 abschließen obwohl noch Punkte wie Fischerei und Wettbewerbsrecht nicht abgeschlossen sind. Ähnlichkeiten sind auch in der Infrastruktur des Landes erkennbar. Litauen setzt verstärkt auf die Verkehrsverbindungen zwischen der EU und den strategisch wichtigen Ländern (Russland, Weißrussland) im Osten. Auch Häfen wie Klaipeda sind für den wirtschaftlichen Standortvorteil Litauens von immenser Bedeutung. Übertragen auf Kroatien sind durchaus Parallelen zu finden. Auch hier wurden in den letzten zehn Jahren viele Investitionen vor allem in den Straßenausbau getätigt. Hervor zu heben wäre natürlich der Bau der Südautobahn, welche in Zukunft durch Zusammenarbeit mit Montenegro und Albanien Mitteleuropa mit dem südlichen Balkan und vor allem Griechenland verbinden sollte. Auch die Häfen Kroatiens (Rijeka, Ploce) sind für die gesamte Region am Balkan von strategischer

Bedeutung. Vorteile Litauens gegenüber Kroatien sind vor allem in der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen erkennbar. Während in Kroatien durch die zu starke Kuna die Ausfuhr eher gehemmt wird und die Einfuhr überhand hat, hat sich in Litauen die Warenausfuhr längst zum wichtigsten Standbein des litauischen Wachstums entwickelt. Kroatien erhofft sich durch den Beitritt einen ähnlichen wirtschaftlichen Wachstumsschub den auch Litauen ab 2004 erfahren hatte. Dabei spielten auch die Zuschüsse aus der EU eine enorme Rolle.

Das Wachstum in Litauen seit dem Beitritt 2004 wurde hauptsächlich von der Inlandsnachfrage, den Lohnerhöhungen, das rasche Kreditwachstum und EU-Zuschüsse getragen. Dadurch sank auch die Arbeitslosigkeit zwischen 2003 und 2007 um 8,6%. Zumindest auf die steigende Inlandsnachfrage bedingt durch eher mäßiges Lohnwachstum, die steigenden Einnahmen aus dem Tourismus sowie die EU-Zuschüsse hofft auch Kroatien, obwohl die Höhe dieser Zuschüsse wohl kaum so hoch ausfallen dürfte wie seit 2004, da auch die EU durch die Sanierungszahlungen an alte Mitgliedsländer (Griechenland, Portugal, Irland) belastet wird.

Nach Vergleich der derzeitigen wirtschaftlichen Kennzahlen erscheint eine Entwicklung die Litauen durchgemacht hatte aus unserer Sicht auch für Kroatien durchaus realistisch. Aus unserer Sicht würde der Beitritt keine nennenswerte Migration nach sich ziehen, da Kroatien durchaus in der Lage ist die noch relativ hohe Arbeitslosigkeit in näherer Zukunft zu senken und die Gehälter sich stetig wenn auch langsam dem EU-Durchschnitt nähern. Jedoch sind noch einige Verbesserungen vor Allem in der Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Auslandsverschuldung vorzunehmen.

Von der wirtschaftlichen Krise, durch den Zusammenbruch des Marktes der Sowjetunion erholt sich die Bulgarische Wirtschaft erst seit dem Beitritt zur EU 2004. Trotzdem weist Bulgarien weiterhin das niedrigste BIP per cap. und eine der höchsten Arbeitslosenquoten in der EU auf. Obwohl das Mitgliedsland Bulgarien doppelt so groß ist wie das Kandidatenland Mazedonien hat die wirtschaftliche Struktur und die wirtschaftlichen Kennzahlen Mazedoniens große Ähnlichkeit mit denen von Bulgarien vor dem Beitritt. Mazedonien hat seit Jahren ein schwaches wirtschaftliches Wachstum das kurzfristig von der Wirtschaftskrise unterbrochen wurde, sich jedoch wieder im schwachen Aufschwung befindet. Mazedonien würde mit dem Beitritt ebenso wie Bulgarien seit 2004 stark von den ausländischen Direktinvestitionen profitieren. Unserer Meinung nach würde der Beitritt Mazedoniens auch eine ähnliche Auswanderung bewirken welche auch in Bulgarien nach 2004 stattfand. Dies würde die Gehälter in Mazedonien erhöhen und den privaten Konsum vorantreiben was sich

in Verbindung mit den Investitionen aus der EU günstig auf das Wachstum auswirken würde. Vor allem die veraltete Schwerindustrie Mazedoniens könnte durch Investitionen aus dem Gemeinschaftsraum angekurbelt und ausgebaut werden. Reformen in der Landwirtschaft, vor allem hinsichtlich der Regulierung der Konzessionen des Staatsgrunds, könnten das fruchtbare Land auch innerhalb der EU konkurrenzfähig machen. Die damit verbundenen neuen Arbeitsplätze würden auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum anregen. Die Mitgliedschaft würde sicherlich wie auch bei Bulgarien eine verstärkte Auswanderung (Arbeitsmigration) in den Westen und vor allem in die benachbarten Staaten Griechenland, Serbien und Kroatien mit sich ziehen. Aus unserer Sicht kann festgehalten werden dass durch den Beitritt Mazedoniens die Wirtschaft sehr ähnliche Entwicklungen erfahren würde wie seinerzeit Bulgarien. Entwicklungen auf dem Niveau von Litauen, Slowenien, Slowakei erscheinen aus heutiger Sicht sehr unwahrscheinlich.

Die Türkei lässt sich von der Einwohnerzahl und flächenmäßig fast mit keinem EU-Land vergleichen. Die Türkei ist mehr als doppelt so groß als Polen und hat fast doppelt so viele Einwohner. Dennoch haben wir Polen als Vergleichsland herangezogen weil es die stärkste Wirtschaft der neuen Mitgliedsländer aufweist und deshalb zum Vergleich mit einer großen Volkswirtschaft wie der Türkei geeignet ist. Betrachtet man das Verhältnis von BIP/Kopf zwischen Polen vor dem Beitritt und der Türkei heute, so zeigen sich Ähnlichkeiten. Die Türkei ist durch eine hohe Auslandsverschuldung belastet, welche als eine große Gefahrenquelle angesehen wird. Dieses Defizit zu reduzieren würde der EU enorm hohe Kosten verursachen.

Realistisch gesehen ist ein Beitritt der Türkei in den nächsten Jahren sehr unwahrscheinlich. Kein anderer Beitrittskandidat hat jemals solch langwierige Beitrittsverhandlungen mit der EU geführt. (erst 40 Jahren nach deren Antrag haben Beitrittsverhandlungen begonnen!) Die EU fordert von der Türkei wesentliche Reformen in Grundsätzen, wie z.B.: Menschenrechte gemäß EU-Recht zu gewährleisten. Hierbei spielt die Abschaffung der Folter einen wesentlichen Aspekt. Die von der EU geforderte freie Meinungsäußerung ist in der Türkei nicht zur Gänze durchgesetzt worden. Weitere Probleme stellen der Mangel an Religionsfreiheit als auch der Schutz von Minderheiten dar. Eine weitere große Hürde der Türkei liegt in deren Anerkennung Zyperns zur Zollunion, denn die Türkei lässt keine Waren aus Zypern einführen. Die Türkei hat es im Vergleich zu anderen Beitrittskandidaten besonders schwer, da sich einige EU-Mitgliedsländer ungeachtet der Fortschritte welche die

Türkei in der Umsetzung der EU-Aufnahmekriterien erreicht, gegen einen Beitritt aussprechen.

Nach dem EU- Beitritt Polens im Jahr 2004 folgte eine anhaltende Erholung der wirtschaftlichen Lage. Die Arbeitslosenquote sank um mehr als 7 Prozentpunkte bis zum Jahr 2010. Auch die Inflation und das Leistungsbilanzdefizit konnten reduziert werden. Der Beitritt brachte einen Anstieg an ausländischen Direktinvestitionen mit sich, auch der private Konsum als auch die Binnenmarktnachfrage profitierten durch den Beitritt. Eine Auswanderung an Fachkräften die im Ausland Arbeit suchten, trieben die Gehälter in Polen in die Höhe. Dadurch sind die Gehälter dem EU-Durchschnitt näher gekommen.

Die EU stärkte die polnische Wirtschaft anhand einer finanziellen Unterstützung. Allgemein kann festgehalten werden dass der EU-Beitritt einen positiven Einfluss auf Polens Wirtschaft hatte und dieser Trend sich wahrscheinlich nachhaltig durchsetzen wird. Wir bezweifeln jedoch sehr stark dass die Türkei eine ähnliche Entwicklung wie Polen erfahren wird. Hier ist zum Beispiel die weniger zentral gelegene geographische Lage der Türkei zu nennen, welche dadurch wahrscheinlich einen nicht so hohen Ansturm an ausländischen Direktinvestitionen erfahren wird. Ein weiterer Aspekt ist die seit 2005 eingeführte Zollunion mit der EU, welche eine Zollfreie Ein- und Ausfuhr von Waren aus- und in die EU ermöglicht. Das Land hat zwar weltweit die zwölft größte Wirtschaft und sechst größte der 27 EU-Mitglieder; ein Beitritt zu EU würde aber mehr soziale und politische (z.B.: Sicherung von Demokratie) und weniger wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen.

Für den Beitrittskandidaten Island wurde als Vergleichsland der Inselstaat Malta ausgewählt. Malta weist eine ähnliche Einwohnerzahl auf, unterscheidet sich jedoch in der Größe und im BIP/Kopf. Island hat aufgrund schwerwiegender wirtschaftlicher Probleme, durch den Zusammenbruch der drei größten inländischen Banken, den Antrag auf EU-Beitritt gestellt. Der Antrag und der damit erhoffte Beitritt ist für Island der einzige Weg auf enorme finanzielle Unterstützung seitens der EU. Vor der Krise 2008 war Islands Wirtschaft vor allem durch die Fischerei und die Aluminiumproduktion geprägt. Von 1900 bis zur Krise betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 2,5%. Islands Wirtschaft wird vor allem durch die Fischerei und den Tourismus belebt. Maltas wichtigste Wirtschaftszweige sind der Tourismus und die Softwareindustrie. Seit dem EU-Beitritt Maltas machten sich positive wirtschaftliche Veränderungen, Großteils im Handel, bemerkbar. Erhöhte Nettoexporte brachten bereits 2005 ein stark ansteigendes Wirtschaftswachstum mit sich. Die von der EU

bezahlten Fördergelder kamen vor allem der Infrastruktur zu gute. Ein großer Anteil an Investitionen floss in den Ausbau der in Malta ansässigen ausländischen Firmen. Des Weiteren wurde viel in den Finanzsektor und in die Luftfahrt investiert. Vor allem die ausländischen Direktinvestitionen bescherten Malta ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Viele ausländische (Software)Unternehmen fanden Malta als profitablen Investitionsstandort, da die Malteser englischsprachig sind, was für den internationalen Wettbewerb sehr vorteilhaft ist und dass die Gehälter in Malta im Vergleich zu England um zwei Drittel niedriger sind.

Island würde unmittelbar nach dem Beitritt primär durch finanzielle Zuschüsse der EU profitieren. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten hohe Zahlungen von EU-Fördermitteln an Island zu leisten, würde die gesamte EU wirtschaftlich sehr stark belasten. Island könnte mit den erhaltenen Zahlungen den gigantischen Schuldenberg jährlich sukzessive abbauen. Durch den Wegfall von Zöllen und Steuern am Binnenmarkt würde die EU ein noch attraktiverer Handelspartner Islands werden. Der Inselstaat könnte dadurch unter anderem den Fischexport am Binnenmarkt ausweiten und damit die Wirtschaft ankurbeln. Denn allein die Ausfuhr an Fischprodukten macht annähernd die Hälfte aller Exporte des Landes aus. Eine Produktionssteigerung an Aluminium und Ferrosilicium (40% des Gesamtexports) und die damit verbundenen höheren Exportraten würde dem Land zusätzliche finanzielle Zuflüsse ermöglichen. (The official Gateway to Iceland, 2011)

Unserer Meinung nach ist der Inselstaat Island ein weniger interessanter Investitionsstandort als Malta. Im Vergleich zu Malta würde nach dem EU-Beitritt ein wesentlich kleinerer Ansturm an ausländischen Unternehmensneugründungen in Island erfolgen. Obwohl Englisch bei der isländischen Bevölkerung eine weitverbreitete Sprache ist, welche jedoch nicht die Landessprache ist, werden wahrscheinlich viele ausländische Unternehmen vor einer Unternehmensgründung in Island zurückschrecken. Auch wenn man die Steuerlast die von Unternehmen getragen werden muss (KöSt im Jänner 2010 von 15% auf 18% gestiegen), mit der von Malta vergleicht (KöSt seit 2007 bei 35%), denken wir nicht dass allein dieses Steuervorteil ausreichen wird Island als attraktiveren Investitionsstandort als Malta zu nennen. (Index of Economic Freedom, 2011), (cc-advocates, 2010)

Viele Unternehmen werden wahrscheinlich eine gewisse Zeit nachdem Island der EU beigetreten ist und finanzielle Zuschüsse erhalten hat, abwarten, bis sich dadurch die wirtschaftliche Lage auf dem Inselstaat verbessert. Denn die Angst in ein bankrotttes Land zu investieren und dadurch selbst finanzielle Verluste zu erleiden wird wahrscheinlich eine

Vielzahl an Investoren anfänglich abschrecken. Nichtsdestotrotz kann damit gerechnet werden, dass sich die wirtschaftliche Lage Islands mit der Zeit stabilisieren und schließlich ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreichbar sein wird.

9. Liste der Grafiken

Grafik 1) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), HNB (Kroatische Nationalbank)	8
Grafik 2) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), HNB (Kroatische Nationalbank)	10
Grafik 3) Quelle: Eurostat, HGK (kroatische Wirtschaftskammer)	11
Grafik 4) Quelle: DZS (Statistikamt Kroatien), HGK (Wirtschaftskammer Kroatien)	14
Grafik 5) Quelle: Eurostat und Economic Forecasts der Europäischen Kommission, Frühjahr 2010 (Statistical Annex of European Economy)	17
Grafik 6) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), HNB (Kroatische Nationalbank)	21
Grafik 7) Quelle: HGK (Kroatische Wirtschaftskammer), Zagrebacka Burza (Börse Zagreb)	22
Grafik 8) Quelle: DZS (Statistikamt Kroatien), HGK (Wirtschaftskammer Kroatien)	23
Grafik 9) Quelle: Economist Intelligence Unit	29
Grafik 10) Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), WIIW Current Analyses and Forecasts/5, Februar 2010, EUROSTAT	30
Grafik 11) Quelle: http://www.investinmacedonia.com	32
Grafik 12) Quelle: The Former Yugoslav Republic of Macedonia 2008 Progress Report	34
Grafik 13) Quelle: Internetseite der Mazedonischen Nationalbank; http://www.nbrm.mk	35
Grafik 14) Quelle: http://www.finanzen.net/devisen/euro-neue_tuerkische_lira-kurs	45
Grafik 15) Quelle: http://www.sedlabanki.is/?pageid=201	54
Grafik 16) Quelle: http://www.ecb.int/stats/exchange/eurofxref/html/index.en.html	55
Grafik 17) Quelle: Entwicklung des Verbraucherpreisindex (CPI); Statistics Lithuania;	59
Grafik 18) Quelle: Statistics Lithuania;	60
Grafik 19) Quelle: Statistics Lithuania	62
Grafik 20) Quelle: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/bulgarien.pdf	63
Grafik 21) Quelle: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/bulgarien.pdf	64
Grafik 22) Quelle: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/bulgarien.pdf	65
Grafik 23) Quelle: http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_8679.pdf?show=true	66
Grafik 24) Quelle: http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_8679.pdf?show=true	67
Grafik 25) Quelle: http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf	69
Grafik 26) Quelle: http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf	69
Grafik 27) Quelle: http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf	71

Grafik 28) Quelle: http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf	72
Grafik 29) Quelle: https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pl.html , https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gm.html	74
Grafik 30) Quelle: http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf	75
Grafik 31) Quelle: Eurostat, IMF	77
Grafik 32) Quelle: Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, Breuss, 2007, Seite 3	85
Grafik 33) Quelle: Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, Breuss, 2007; Seite 7	86
Grafik 34) Quelle: Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, Breuss, 2007; Seite 10	87
Grafik 35) Quelle: Five years of an enlarged EU, Economic achievements and challenges, European Commission 2009	89
Grafik 36) Quelle: EU Enlargement and Migration: Assessing the Macroeconomic Impacts, (Barell, Fitzgerald, & Riley, 2010)	92
Grafik 37) Quelle: (Dicke, Hugo: Wirtschaftliche Auswirkungen einer EU-Erweiterung auf die Mitgliedstaaten / Hugo Dicke; Federico Foders. Tübingen : Mohr Siebeck, 2000)	98

Literaturverzeichnis

(n.d.). Retrieved 11 2010, from CIA World Factbook Croatia:

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/hr.html>

77.am. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://www.77.am/index.php/content/view/Tuerkische-Lira-wertet-auf-zum-Euro/214/>

AHK Island. (n.d.). Retrieved from <http://island.ahk.de/news/single-view/artikel/fortschrittsbericht-ueber-den-eu-beitritt-veroeffentlicht/?cHash=dd1a70fc48b3fd221254d71ab5c474e5>

Aktuelle Tuerkeirundschau. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://www.openpr.de/drucken/143174/Aktuelle-Tuerkei-Rundschau-Vorsicht-bei-Prognosen-zum-Wechselkurs-der-YTL.html>

Auswaertiges Amt. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Erweiterung/Tuerkei.html#t1>

Baldwin. (1995). The Eastern Enlargement of the European Union. *European Economic Review* , pp. 474-481.

Bank for International Settlements. (n.d.). Retrieved 02 2011, from <http://www.bis.org/review/r100528b.pdf?frames=0>

Bank of Malta. (n.d.). Retrieved 02 2011, from http://www.centralbankmalta.org/updates/downloads/pdfs/maltese_economy_euro.pdf

Barell, Fitzgerald, & Riley. (2010). EU Enlargement and Migration: Assessing the Macroeconomic Impacts. *Journal of Common Market Studies* , pp. 373-395.

Beetsma, R., & Giuliodori, M. (2010). The Macroeconomic Costs and Benefits of the EMU and Other Monetary Unions: An Overview of Recent Research. *Journal of Economic Literature* , pp. 603–641.

Bertelsmann Transformation Index. (n.d.). Retrieved 12 2010, from <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/index.php?id=178#market>

Bertelsmann Transformation Index. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/MENA/Turkey.pdf

Bertelsmann Transformation Index. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/laendergutachten/laendergutachten/ostmittel-und-suedosteuropa/lithuania/#market>

Bloomberg. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <http://www.bloomberg.com/news/2010-07-28/lithuania-s-economy-resumed-growth-in-second-quarter-boosted-by-exports.html>

Bondi. (2008). Retrieved 2011, from <http://www.landbunadur.is/landbunadur/wgbi.nsf/key2/bosn5bhhu4.html>

Breuss. (2007). *Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, Erfahrungen mit der EU-Erweiterung*. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Breuss. (2001). *Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder*.

Bulgarischer Nationaler Rundfunk. (2010). Retrieved 2011, from http://bnr.bg/sites/de/Wirtschaft/Pages/040510_Krise.aspx

Bureau of European Policy Advisers and the Directorate-General for Economic and Financial Affairs. (2006, 5). Retrieved 6 2011, from http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication7548_en.pdf

Business Podium. (n.d.). Retrieved 02 2011, from <http://www.business-podium.com/boards/malta/2870-economy-malta.html>

cc-advocates. (2010). Retrieved 5 2011, from <http://www.cc-advocates.com/company-law/malta-company-taxation.htm>

Central Bank of Iceland. (2002). Retrieved 2011, from <http://www.sedlabanki.is/?PageID=196>

Central Bank of Iceland. (2002b). Retrieved 2011, from <http://www.sedlabanki.is/?PageID=202>

Central Bank of Iceland. (2002c). Retrieved 2011, from <http://www.sedlabanki.is/?PageID=287&NewsID=1881>

Central Bank of Iceland. (2008). Retrieved 2011, from <http://www.sedlabanki.is/lisalib/getfile.aspx?itemid=6451>

Central Bank of Iceland. (2008b). Retrieved from <http://www.sedlabanki.is/lisalib/getfile.aspx?itemid=6271>

Central Bank of Iceland. (2008c). Retrieved 2011, from <http://www.sedlabanki.is/lisalib/getfile.aspx?itemid=6493>

Central Intelligence Agency. (n.d.). Retrieved 2 2011, from <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pl.html>

CIA World Factbook Lithuania. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/lh.html>

CIA World Factbook Malta. (n.d.). Retrieved 02 2011, from <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mt.html>

CIA World Factbook Turkey. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html>

CIA World Factbook; FYRM. (n.d.). Retrieved 12 2010, from <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mk.html>

Coface Austria. (2009). *Coface Country Report Bulgarien*. Wien: Coface Austria.

Coface Austria2. (n.d.). Retrieved 2 2011, from <http://www.ksv.at/KSV/1870/de/pdf/931LeitfadenBulgarien.pdf>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa. (n.d.). *Länder-Analysen*. Retrieved 2 2011, from <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen58.pdf>

Dicke, H., & Foders, F. (2000). *Wirtschaftliche Auswirkungen einer EU-Erweiterung auf die Mitgliedsstaaten*. Kiel: Kieler Studien.

DW-World, Deutsche Welle. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1746863,00.html>

Economic Chamber of Macedonia. (n.d.). Retrieved 12 2010, from [http://www.mchamber.org.mk/\(S\(but3n02iaijfv55cpbhzi55\)\)/default.aspx?mId=30&lId=2](http://www.mchamber.org.mk/(S(but3n02iaijfv55cpbhzi55))/default.aspx?mId=30&lId=2)

Economic Outlook 2011 Lithuania. (2010).

Econstore. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/43573/1/641636261.pdf>

Elday. (2009). Retrieved 2011, from <http://www.eldey.de/Wirtschaft/Tourismus/tourismus.html>

Elday. (2009b). Retrieved 2011, from <http://www.eldey.de/Wirtschaft/Landwirtschaft/landwirtschaft.html>

Elsner, B. (2010). *Does emigration benefit the stayers? The EU enlargement as a natural experiment. Evidence from Lithuania*.

EU. (n.d.). Retrieved 12 2010, from http://ec.europa.eu/agriculture/enlargement/countries/fyrom/profile_en.pdf

EU. (n.d.). Retrieved 12 2010, from http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2010_autumn/cc_fyrom_en.pdf

Eurochambers 2009. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://www.eurochambres.be/DocShare/docs/2/ODEICNEAPMFBABGNIDKINCLF9VC5E4YBD73PDBW9DWD/EUROCHAMBRES/docs/DLS/TURKEY_2009-2008-01044-01.pdf

Eurochambers 2010. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://www.eurochambres.be/DocShare/docs/1/ODEICNEAPMFBABGNIDKINCLF9VC5E4YBYB3PDBG9DB1/EUROCHAMBRES/docs/DLS/TURKEY_2010-2009-00579-01.pdf

Europa Glossar. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/screening_de.htm

Europäische Kommission. (n.d.). Retrieved from http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/is_opinion_de.pdf

Europäische Kommission, Eurostat. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>

Europäisches Parlament Bericht 2010. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2010-0238+0+DOC+XML+V0//DE>

European Central Bank. (2011). Retrieved 2011, from <http://www.ecb.int/stats/exchange/eurofxref/html/index.en.html>

European Commission 2009. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://ec.europa.eu/economy_finance/pdf/2009/springforecasts/cc_turkey_en.pdf

European Commission 2010. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2010_autumn/cc_turkey_en.pdf

Eurostat. (2004). *EU-Erweiterung - Neue EU25 im Vergleich zu EU15.*

Exchange Rates. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://de.exchange-rates.org/currentRates/E/TRY>

Fihel, Kaczmarczyk, & Okolski. (2006). Labour Mobility in the Enlarged European Union: International Migration from the EU8 countries. *CMR Working Paper* .

Focus Economics. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <http://www.focus-economics.com/en/europe/lithuania/economic-data.html>

Frias, Iglesias, & Vazquez-Rozas. (2005). The Effect of the Enlargement of the EU: The Mobility of Factors of Production. *Applied Econometrics and International Development* , vol. 5(1).

Germany Trade & Invest. (n.d.). *AHK Deutschland.* Retrieved from http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/bulgarien.pdf

Government of Malta. (n.d.). Retrieved 02 2011, from http://finance.gov.mt/image.aspx?site=MFIN&ref=2010_budget_Economic%20Survey%202009

GTAI. (n.d.). *GTAI.* Retrieved 2 2011, from http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_8679.pdf?show=true

Hercksen, H. (2008). *Länderanalyse Bulgarien.* München: Volkswirtschaftliche Länder- und Branchenanalyse Volkswirtschaft und Research.

Hrvatska Gospodarska Komora, D. Z. (2010, 11). *www.hgk.hr.* Retrieved 11 2010, from Hrvatska Gospodarska Komora: www.hgk.hr

IMF. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2008/cr08140.pdf>

Index Mundi. (2010). Retrieved 5 2011, from [http://www.indexmundi.com/iceland/gdp_per_capita_\(ppp\).html](http://www.indexmundi.com/iceland/gdp_per_capita_(ppp).html)

Index of Economic Freedom. (2011). Retrieved 5 2011, from <http://www.heritage.org/Index/country/Iceland>

Informationen zu Islands wirtschaftlichem Umfeld. (2005). Retrieved 2011, from http://andresundcaro.ch/Reisen/Reiseberichte/Iceland_2005/island_wirtschaft.htm

International Monetary Fund. (2010). Retrieved 2011, from <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/01/weodata/index.aspx>

Landwirtschaft, Industrie und Energie in der Türkei. (n.d.). Retrieved 11 2011, from http://www.voyagesphotosmanu.com/landwirtschaft_industrie_turkei.html

Ministarstvo vanjskih poslova i europskih integracija Republike Hrvatske. (2010, 11). Retrieved from <http://www.mvpei.hr/MVP.asp?pcpid=50#>

Ministry of finance of the Republic of Bulgaria. (n.d.). Retrieved 2 2011, from www.minfin.bg/document/9159

Ministry of finance Iceland. (n.d.). *Ministry of finance Iceland*. Retrieved from http://www.ministryoffinance.is/media/Thjodarbúskapurinn/The_Icelandic_Economy_Autumn_2009.pdf

Murphy, A. (2006). The May 2004 Enlargement of the European Union: View from Two Years Out. *Eurasian Geography and Economics*, pp. 635–646.

Nagy, C. S. (n.d.). Retrieved 11 2010, from <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1746863,00.html>

Nielsen, B. (2008). *Bloomberg*. Retrieved 2011, from <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=aiz5Qlq94nrw&refer=europe>

Parker. (2006, 2). *Financial Times*. Retrieved 6 2011, from <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/c983560a-977f-11da-82b7-0000779e2340.html>

Peel. (2006, 2). *Financial Times*. Retrieved 2011, from <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/48b9194a-9911-11da-aa99-0000779e2340.html#axzz1OmfRk9Th>

Schweizerische Eidgenossenschaft. (n.d.). Retrieved 12 2010, from http://www.osec.ch/internet/osec/de/home/export/countries/mk/export/economic_report.-RelatedBoxSlot-61333-ItemList-65117-File.File.pdf/WB_1004_E_Wirtschaftsbericht-Mazedonien.pdf

Şen, P. D. (n.d.). *Tour Experience*. Retrieved 11 2010, from <http://www.tourexpi.com/de-tr/interview.html~iid=91>

Sommerbauer. (2008, 4). *Die Presse*. Retrieved 6 2011, from http://diepresse.com/home/politik/eu/374108/Bulgarien_Korruption-mit-EUGeldern-explodiert

Statistics Iceland. (2008). Retrieved 2011, from http://www.statice.is/?PageID=1512&src=/temp_en/Dialog/varval.asp?ma=SAM08101%26ti=Tourism+industry+share+of+gross+domestic+product+2000-2006++%26path=../Database/ferdamal/ferdaidnatur/%26lang=1%26units=Million%20ISK/percentag e%20change/percentage

Statistics Lithuania. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/lh.html>

Statistics Macedonia. (n.d.). Retrieved 12 2010, from http://www.stat.gov.mk/english/glavna_eng.asp

Statistics Malta. (n.d.). Retrieved 02 2011, from <http://www.nso.gov.mt/site/page.aspx>

Steinlein, Macovei, Jevčák, & Párkányi. (2009, 01). *ec.europa.eu*. Retrieved 2010, from http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication14078_en.pdf

The official Gateway to Iceland. (2011). Retrieved 5 2001, from <http://www.iceland.is/economy-and-industry/fisheries/>

Times of Malta. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <http://www.timesofmalta.com/business/view/20100701/news/maltas-2010-2011-economic-recovery-subdued-ernst-amp-young>

Traveldocs. (n.d.). Retrieved 12 2010, from <http://www.traveldocs.com/mk/economy.htm>

Traveldocs, Lithuania. (n.d.). Retrieved 03 2011, from <http://www.traveldocs.com/lt/economy.htm>

Travelnet. (n.d.). Retrieved 1 2011, from <http://www.travelnet.is/GHI/ger/about/geography.htm>

TÜİK. (n.d.). Retrieved 11 2010, from www.tuik.gov.tr

Türkische Botschaft Berlin. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://www.matax.de/A_H_P/listen/praef/Tuerkei/20040304_zollunion_EU_Tuerkei.pdf

U.S. Department of State. (2011). Retrieved 2011, from <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3396.htm>

Vienna's Weekly European Journal. (2010). Retrieved 2011, from <http://www.wieninternational.at/de/content/neue-eu-beitrittslaender-%E2%80%93-bulgarien-zieht-bilanz-de>

Weltbank. (n.d.). Retrieved 12 2010, from <http://data.worldbank.org/country/macedonia-fyr>

Wikipedia. (n.d.). Retrieved 11 2010, from http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_der_T%C3%BCrkei#Industrie

WKÖ. (2010). *AWO-Länderreport Türkei*. Ankara: WKÖ.

WKÖ. (2010). *AWO-Wirtschaftsreport Türkei*. Ankara: WKÖ.

WKÖ. (2010). *Länderbericht Island*. Kopenhagen: WKÖ.

WKÖ2. (2010). *Wirtschaftsreport Island*. Kopenhagen: WKÖ.

WKÖ5. (2010). *EU Top Thema Island*. Wien: WKÖ.

Worldwide Inflation Data. (2007). Retrieved 2011, from <http://www.inflation.eu/inflation-rates/iceland/historic-inflation/cpi-inflation-iceland-2007.aspx>

Abstract

In dieser Arbeit werden wirtschaftliche Entwicklungen der aktuellen EU-Beitrittskandidaten (Kroatien, Mazedonien, Island und Türkei) als auch Entwicklungen von vier ausgewählten Mitgliedsstaaten der letzten Erweiterung (2004/2007) behandelt (Litauen, Bulgarien, Malta und Polen), analysiert und die wirtschaftlichen Aspekte dieser Länder miteinander verglichen. Es soll festgestellt werden, ob und inwiefern die Kandidatenländer eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung wie die neuen Mitgliedsländer erfahren können. Für diese Analyse wurden folgende wirtschaftliche Kennzahlen der jeweiligen Länder herangezogen: BIP, BIP/Kopf, Wirtschaftsstruktur, Inflation, Arbeitslosigkeit, Wechselkurse, Investitionen sowie die Zahlungsbilanz. Anschließend werden unterschiedliche Meinungen von Ökonomen zur EU-Erweiterung eingeholt. Schließlich soll festgestellt werden, ob die Kandidaten durch den Beitritt ähnliche Entwicklungsschritte wie deren Vergleichspartner verfolgen werden.

Lebenslauf von Zoran Jelčić

PERSÖNLICHE DATEN:

Zoran Jelčić, geboren am 09.04.1985, Österreichischer Staatsbürger,
Familienstand: ledig

AUSBILDUNG:

10/2005- 06/2011	International Business Administration, University of Vienna
09/1999- 06/2004	College for Tourism and Commerce Vienna XXI
09/1995- 06/1999	High School for Maths and Natural Sciences, Krottenbachstrasse 11-13
09/1991- 06/1995	Primary School „Mise Simoni“; Primary School „Kleine Sperlgasse 2a“; Primary School „Grinzinger Strasse 88“